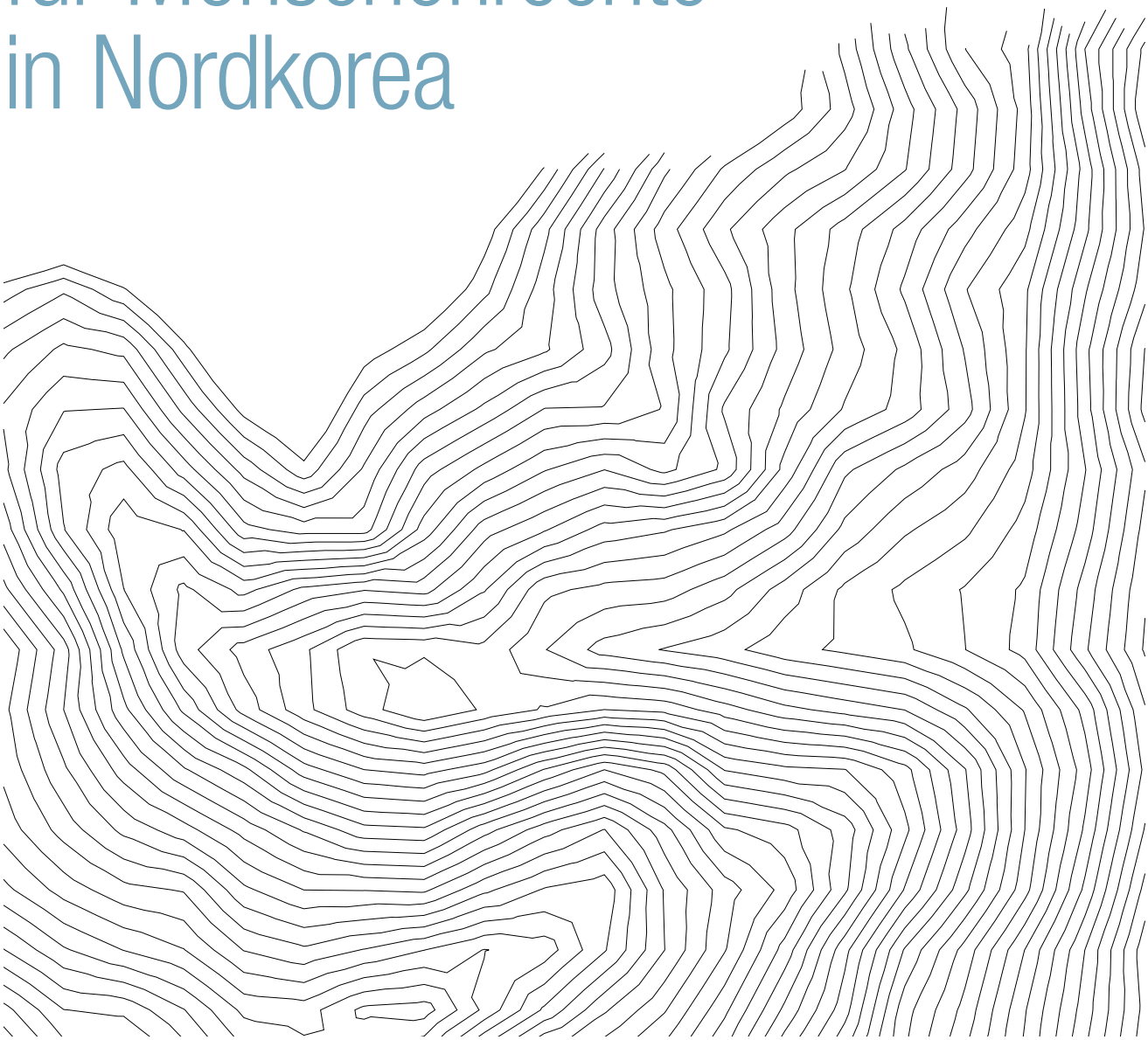
Die Effekte des internationalen Engagements für Menschenrechte in Nordkorea



NK Watch 2020 Report

Die Effekte des internationalen Engagements für Menschenrechte in Nordkorea

Ahn Myeong-chul, Executive Director, NK Watch

Lee Kwan-hyung, Program Director, NK Watch

Nam Hye-in, Manager of International Affairs, NK Watch

Hahn Hye-soo, Research Assistant, NK Watch

Übersetzung und Bearbeitung:
SARAM – Stiftung für Menschenrechte in Nordkorea

NK WATCH
Free the NK Gulag

Abkürzungsverzeichnis

CoI	*Commission of Inquiry (on Human Rights in the DPRK)*
CVID	*Complete, Verifiable, Irreversible Dismantling*
DVRK	Demokratische Volksrepublik Korea
DPRK	*Democratic People's Republic of Korea*
FFVD	*Final, Fully Verified Denuclearization*
KCNA	*Korean Central News Agency*
MLIHRC	*Minnesota Lawyers International Human Rights Committee*
MSS	Ministerium für Staatssicherheit (*Ministry of State Security*)
MPS	Ministerium für Volkssicherheit (*Ministry of People's Security*)
NDI	*National Democratic Institute*
NED	*National Endowment for Democracy*
NGO	Nichtregierungsorganisation (*non-governmental organization*)
OHCHR	Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (*Office of the High Commissioner for Human Rights*)
OSINT	*Open Source Intelligence*
RGB	*Reconnaissance General Bureau*
UN	Vereinte Nationen (*United Nations*)
UNICEF	Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (*United Nations Children's Fund*)
UPR	*Universal Periodic Review*

Inhalt

Vorwort 06

I. Einleitung 08

1. Forschungsüberblick 08
2. Zusammenfassung 10

II. Das politische System der Demokratischen Volksrepublik Korea und die Menschenrechte 12

1. Das politische System Nordkoreas 12
2. Menschenrechte und Lager für politische Gefangene unter dem nordkoreanischen Regime 16

III. Internationales Menschenrechtsengagement und die Reaktionen der Demokratischen Volksrepublik Korea 25

1. Das Engagement internationaler Nichtregierungsorganisationen und der US-Regierung und die Reaktion Nordkoreas 25
2. Das Engagement der Vereinten Nationen und die Reaktion Nordkoreas 33
3. Das Engagement der Vereinigten Staaten von Amerika und die Reaktion Nordkoreas 42

IV. Tatsächliche Veränderungen der Menschenrechtssituation in der Demokratischen Volksrepublik Korea 50

1. Reduzierung der Lager für politische Gefangene 50
2. Änderungen in den Gefängnissen und Haftanstalten in Nordkorea 70
3. Nordkoreas eigene Darstellung seiner Menschenrechtssituation 86

V. Menschenrechtsstrategien und ihre Auswirkungen 89

1. Warum sich die Situation der Menschenrechte unter der Führung von Kim Jong-un verbesserte 89
2. Auswirkungen der Menschenrechtsstrategien 91

Anhang 94

Literatur 96

Vorwort

NK Watch existiert aus einem Grund: NK Watch untersucht und dokumentiert Fälle von Menschenrechtsverletzungen in Nordkorea, um zur Vorbereitung eines angemessenen und objektiven Wegs der Übergangsjustiz bzw. Vergangenheitsbewältigung (*transitional justice*) beizutragen, wenn Nordkorea die universellen Menschenrechte respektiert hat und zu einer Demokratie geworden ist.

Der oberste Führer Nordkoreas und wenige Mitglieder der herrschenden Klasse begingen und begehen seit über 75 Jahren systematische und weit verbreitete Menschenrechtsverletzungen, um ihre Diktatur aufrechtzuerhalten und die absolute Macht des obersten Führers zu rechtfertigen. Wie die Geschichte Südkoreas und mehrerer anderer Länder zeigt, ist eine Koexistenz von Diktatur und Menschenrechten nicht möglich. Nach 75 Jahren ist die nordkoreanische Bevölkerung darauf konditioniert, Missbrauch und Terror des Regimes als Normalität hinzunehmen. In Nordkorea geschieht es häufig, dass Personen, die abweichende Meinungen äußern, in Gefängnisse oder Lager verbracht und schlimmstenfalls hingerichtet werden. Andere fliehen aus Angst vor Verfolgung aus dem Land.

Eine erhebliche Anzahl von Nordkoreaner/innen weiß nicht, dass sie das Recht hat, mit Würde und Respekt behandelt zu werden. Die Menschen in Nordkorea sind dazu gezwungen zu glauben, dass nur der oberste Führer über derartige Privilegien verfügt. Dieser Glaube wurde zu einem unumstrittenen Prinzip im Leben der Einwohner/innen Nordkoreas. Sie wissen nicht einmal, was Menschenrechte sind. Eine lange Zeit sah es so aus, als ob sich diese Umstände langfristig nicht ändern würden. Allerdings gibt es seit einiger Zeit bedeutsame Veränderungen in Nordkorea.

Die internationale Gemeinschaft hat sich über einen langen Zeitraum hinweg für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte in Nordkorea eingesetzt. Seit den 2000er Jahren unternehmen die Vereinten Nationen (*United Nations*, UN) Maßnahmen zur Beobachtung und Verbesserung der Menschenrechtssituation in Nordkorea. Ebenso setzen sich verschiedene Länder der Europäischen Union, die USA und Japan sowie internationale Nichtregierungsorganisationen (*Non-governmental organizations*, NGOs) durch eine Vielzahl von Aktivitäten für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte in Nordkorea ein. Das internationale Engagement für die

Menschenrechte führte in den vergangenen Jahren zu einem geschärften Bewusstsein und einer Anerkennung der katastrophalen Menschenrechtssituation in Nordkorea durch die internationale Gemeinschaft.

Es war jedoch bisher nicht klar, inwieweit diese Bemühungen Auswirkungen auf die Menschenrechtslage in Nordkorea haben. In der internationalen Gemeinschaft herrscht Unsicherheit darüber, ob das Engagement einen bedeutsamen Fortschritt erzielt hat, und es gilt darüber hinaus in Erfahrung zu bringen, welche Veränderungen oder Verbesserungen es in Bezug auf die Menschenrechtslage in Nordkorea gibt. Der Mangel an Information über den Erfolg bedingt dabei eine Ermüdungserscheinung der internationalen Gemeinschaft, die zu einer Reduktion der Motivation für die Weiterführung ihres Engagements führt.

Da NK Watch mit der gleichen Unsicherheit und Ermüdung konfrontiert ist, hielt es die Organisation für äußerst relevant, mögliche Auswirkungen und Veränderungen der Menschenrechtssituation in Nordkorea zu untersuchen. Es wird davon ausgegangen, dass grundlegende Änderungen der Menschenrechtslage in Nordkorea schwer zu erreichen sind, weil Menschenrechtsverletzungen in Nordkorea auf das System der Führung und der Diktatur zurückzuführen sind, welches tief im Leben der Menschen verwurzelt ist. Im Zuge der Forschungsarbeit erkannte NK Watch jedoch, dass die Situation der Menschenrechte in Nordkorea durch kontinuierliches Engagement und die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft verbessert wurde und weiter verbessert werden kann. Es konnte festgestellt werden, dass Nordkorea kleine, aber bedeutsame Fortschritte in Bezug auf die Menschenrechtslage erzielt hat.

NK Watch hofft, dass dieser Report der internationalen Gemeinschaft dabei helfen kann, positive Veränderungen in der Menschenrechtslage in Nordkorea zu bewirken, und er als Basis für den Schutz und die weitere Verbesserung der Menschrechtslage in Nordkorea dienen kann.

Zuletzt ist zu sagen, dass NK Watch alle Nordkoreaner/innen unterstützt, die auf ein Leben in Freiheit und Würde hoffen, und auch alle Mitglieder der internationalen Gemeinschaft, die an der Verbesserung der Menschenrechtslage in Nordkorea arbeiten. NK Watch würdigt alle Bemühungen der internationalen Gemeinschaft inklusive den UN für den Schutz und die Förderung von Menschenrechten in Nordkorea und fordert auch die einzelnen Bürger/innen dazu auf, sich diesem zentralen Anliegen unserer Zeit anzuschließen.

Vielen Dank.

Mai 2020

NK Watch

I Einleitung

1. Forschungsüberblick

1.1 Hintergrund und Zielsetzung

Ziel der vorliegenden Untersuchung war es herauszufinden, ob das internationale Engagement für Menschenrechte einen Einfluss auf die Menschenrechtslage in Nordkorea hatte.

Menschenrechtsverletzungen in Nordkorea resultieren aus der Diktatur der Kim-Familie, die die Macht von Kim Il-sung zu Kim Jong-il zu Kim Jong-un weitergegeben hat. In den 1950er Jahren führte Kim Il-sung weitreichende Säuberungen gegen seine politischen Feinde und rivalisierende Gruppierungen durch. Sie wurden entweder exekutiert oder in Lager für politische Gefangene geschickt. Kim Jong-il erschuf den ideologischen und organisationellen Rahmen für das heutige diktatorische System in Nordkorea. Kim Jong-il betonte, dass nur er, als Sohn von Kim Il-sung, als einziger rechtmäßiger „Thronfolger" in der Lage sei, Nordkorea zu entwickeln und eine „permanente Revolution" zu verfolgen. Diese Behauptung Kim Jong-ils wurde später in die nordkoreanische Staatsideologie integriert. Jede Person, die sich der absoluten Herrschaft nicht fügte, wurde entweder hingerichtet oder in die Lager für politische Gefangene geschickt. Alle darüberhinausgehenden potentiellen Bedrohungen für seine Herrschaft eliminierte Kim Jong-il. Mit seinem Tod kam sein Sohn Kim Jong-un an die Macht und ist der gegenwärtige Führer dieser Diktatur.

Seit der Gründung der Demokratischen Volksrepublik Korea (DVRK) werden dort systematisch die Menschenrechte verletzt. Diese Verbrechen werden bis heute begangen. Bereits seit den 1960er Jahren wird das von der internationalen Gemeinschaft kritisiert und in den 2000er Jahren haben internationale Organisationen und Staaten wie die UN, die EU, die USA und Japan

Bedenken über die Menschenrechtssituation in Nordkorea geäußert. Über einen langen Zeitraum hinweg hat man sich mit verschiedenen Maßnahmen und Ressourcen für die Menschenrechte in Nordkorea eingesetzt. Allerdings blieb unklar, ob diese Bemühungen auch einen Einfluss auf die Menschenrechtslage in dem Land hatten. Diese Untersuchung von NK Watch soll daher die Effekte des internationalen Engagements für die Menschenrechte in Nordkorea aufzeigen.

1.2 Quellen und Daten

Verschiedene Quellen und Daten wurden in dieser Untersuchung berücksichtigt, die sich in drei Arten aufteilen lassen: Materialien und Daten von NK Watch, Publikationen aus Nordkorea und akademische Veröffentlichungen.

Die Materialien und Daten von NK Watch beinhalten UN-Petitionen (hiermit sind Mitteilungen bzw. Beschwerden an UN-Organe gemeint, die mitunter auch als „Petitionen" bezeichnet werden, Anm. d. Übers.) und die Aussagen von Ahn Myeong-chul.[1] Seit 2013 interviewt NK Watch nordkoreanische Flüchtlinge, um Menschenrechtsverletzungen in Nordkorea zu untersuchen und zu dokumentieren. Basierend auf diesen Interviews wurden Petitionen verfasst, die an die UN weitergeleitet wurden. Während die eingereichten Petitionen keine Anzeichen für einen allumfassenden Wandel der Menschenrechtssituation in Nordkorea zeigten, konnten sie dennoch entscheidende Hinweise dafür liefern, dass sich die Behandlung von Gefangenen in Gefängnissen oder Haftanstalten verändert hat. Darüber hinaus geben die Aussagen von Ahn einen Überblick über die Lager für politische Gefangene in Nordkorea. Ahn Myeong-chul ist die einzige Person außerhalb Nordkoreas, die die Strukturen und Arbeitsweisen der Einrichtungen in jedem Lager für politische Gefangene identifizieren kann. In der vorliegenden Untersuchung spielen die Aussagen Ahns eine entscheidende Rolle, um den Prozess des Rückbaus von diesen Lagern in Nordkorea von den späten 1980er Jahren bis heute nachvollziehen zu können.

Die Publikationen aus Nordkorea beinhalten diverse Arten von Veröffentlichungen wie Bücher und Zeitungen, die in der DVRK herausgegeben werden. Wie Nordkorea offiziell erklärt, dienen diese Publikationen der Förderung des Regimes und der Verehrung des obersten Führers.[2] Während die *Open Source Intelligence* (OSINT, geheimdienstliche Informationssammlung durch

1 Ahn Myeong-chul (auch bekannt als Ann Myeong-Chul), der im Oktober 1994 nach Südkorea geflohen ist, arbeitete als Wärter in den Lagern für politische Gefangene Nr. 11, Nr. 13, Nr. 22 und Nr. 26 von 1987 bis zu seiner Flucht im September 1994. Er ist seit Mai 2014 Exekutivdirektor von NK Watch.

2 "(Editorial) Our Party publications are a powerful weapon to keep socialist ideology strong." (*Rodong Sinmun*, 01. November 1995).

öffentlich zugängliche Quellen, Anm. d. Übers.) die wahren Motive Nordkoreas nicht zu enthüllen vermochte, gaben diese Daten trotzdem einen Überblick über die Reaktion und Haltung des Regimes bezüglich der Menschenrechte. Mithilfe der OSINT konnte also untersucht werden, wie die nordkoreanische Regierung auf die internationale Kritik und/oder das Engagement für Menschenrechte reagiert hat und darauf eingegangen ist.

Schließlich wurden zur Ergänzung der Befunde sowohl koreanische als auch internationale wissenschaftliche Journale genutzt.

2. Zusammenfassung

In Kürze lässt sich sagen, dass das internationale Engagement einen positiven Einfluss auf die Situation der Menschenrechte in Nordkorea hatte: Die internationale Kritik an Nordkoreas Menschenrechtspraxis hat zum Rückbau der Lager für politische Gefangene zwischen den späten 1980ern und frühen 1990ern beigetragen. Als Ergebnis wurde die Anzahl dieser Lager von zwölf auf sechs reduziert. Darüber hinaus wurden nach der Machtübernahme Kim Jong-uns zwei weitere Lager aufgelöst. Heute sind nur noch vier Lager für politische Gefangene in Betrieb.

Trotz des Rückbaus muss bemerkt werden, dass nicht alle Gefangenen aus den aufgelösten Lagern freigelassen wurden. Manche wurden in andere Lager verlegt, die wiederum teilweise erweitert wurden, um weitere Gefangene aufnehmen zu können. Man könnte also sagen, dass es keinen großen Wandel in der Wahrnehmung oder der Politik der nordkoreanischen Regierung bezüglich der Menschenrechte gegeben hat.

Trotzdem hätte es ohne die kontinuierlichen Bemühungen der internationalen Gemeinschaft keine Veränderungen der Menschenrechtssituation in Nordkorea geben können. Die vorliegende Untersuchung konzentriert sich hauptsächlich auf das Menschenrechtsengagement der UN und der USA. Sie analysiert, wie sich Nordkoreas Haltung als Antwort auf dieses Engagement verändert hat. Darüber hinaus werden Veränderungen in der Behandlung von Gefangenen in nordkoreanischen Haftanstalten untersucht.

Die einzelnen Kapitel lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Kapitel II gibt einen Überblick über die Kernkonzepte des politischen Systems Nordkoreas und der Menschenrechte. Die systematischen und weit verbreiteten Menschenrechtsverletzungen in Nordkorea, die bis heute verübt werden, sind die unausweichliche Konsequenz der Dik-

tatur der Kim-Familie seit der Gründung der DVRK im Jahr 1948. Daher muss man das politische Systems Nordkoreas kennen, um die Menschenrechtssituation im Land verstehen zu können.

Kapitel III gibt einen Überblick über die Reaktionen der nordkoreanischen Regierung auf das internationale Engagement von den 1970ern bis heute. Das Kapitel fokussiert sich dabei auf **1)** das Engagement internationaler NGOs, **2)** das Engagement der UN und **3)** das Engagement der USA. Bezüglich der Reaktion Nordkoreas auf das Engagement der USA werden die offiziellen Standpunkte der nordkoreanischen Regierung als Reaktion auf die Einführung des *North Korean Human Rights Act* von 2004 und die Aktivitäten des *National Endowment for Democracy* (NED) erörtert.

Kapitel IV analysiert den Einfluss des internationalen Engagements auf die Menschenrechtssituation in Nordkorea. Die Analyse bezieht sich auf **1)** Veränderungen der Lager für politische Gefangene in Nordkorea von den 1980er Jahren bis heute und **2)** Veränderungen in nordkoreanischen Haftanstalten. Das Kapitel enthält Details zu nordkoreanischen Lagern für politische Gefangene, inklusive Standort (Längen- und Breitengrad), Größe und Zeitpunkt der Auflösung. Der vorliegende Bericht ist der erste, der die Veränderungen im nordkoreanischen Lagersystem erörtert. Der Rückbau von Lagern für politische Gefangene in Nordkorea ist dabei eindeutig auf das internationale Engagement für Menschenrechte zurückzuführen.

Kapitel V ist eine kurze Analyse der Ursachen für die Veränderung der Menschenrechtssituation in Nordkorea unter der Herrschaft Kim Jong-uns. Das Kapitel diskutiert außerdem die Voraussetzungen, die für weitere Strategien notwendig sind, um die Menschenrechtssituation in Nordkorea weiterhin effektiv anzusprechen.

II

Das politische System der Demokratischen Volksrepublik Korea und die Menschenrechte

1. Das politische System Nordkoreas

Bislang hat die internationale Gemeinschaft das politische System Nordkoreas mit verschiedenen Konzepten und Theorien zu erklären versucht. Einige Begriffe wurden in der Vergangenheit häufig genutzt, um das politische System zu beschreiben, wie „Metamorphose des Staates", „Korporatismus", „Nation unter Waffen", „Militärstaat", „Totalitarismus", „Diktatur", „konfuzianistisches Land" und „*Suryong-System*" (수령/*Suryong* = oberster Führer). Unter diesen Begriffen ist die Theorie des Totalitarismus ein entscheidender Ansatz, um das politische System Nordkoreas zu erklären.

Folgende in wechselseitiger Beziehung stehende Eigenschaften des Totalitarismus wurden von Carl J. Friedrich und Zbigniew K. Brzezinski identifiziert: Offizielle Ideologie, Ein-Parteien-System, Kontrolle über die Massenmedien, zentralistische Ökonomie und Geheimpolizei.[3] Hierauf aufbauend wurden von Anthony Giddens die Kernelemente des Totalitarismus als Überwachung, moralischer Absolutheitsanspruch, Terror und die Bedeutung einer Führerfigur definiert.[4] Diese Analyseansätze können jedoch nur ein partielles Verständnis für das nordkoreanische Regime liefern: Selbst wenn der nordkoreanische Staat ein totalitäres System ist, gibt es doch Eigenheiten, die in anderen totalitären Regimen nicht zu finden sind. Auch bestimmte Merkmale, die ähnlich zu

3 Friedrich, Carl. J. & Brzezinski, Zbigniew K. *Totalitarian Dictatorship & Autocracy. 2nd ed.*, New York: Frederick A. Praeger, 1965.

4 Giddens, Anthony. "Modernity, Totalitarianism and Critical Theory," in *The Nation-State and Violence: Volume Two of a Contemporary Critique of Historical Materialism*. University of California Press, 1985.

anderen totalitären Staaten sind, scheinen in einem gewissen Maße noch einmal anders in Nordkorea zu sein. Zum Beispiel wird Nordkorea seit 75 Jahren von der Kim-Familie regiert, innerhalb derer die Macht weitergegeben wird. Diese Macht garantiert dem Führer die Kontrolle über alle Aspekte des Staates wie Regierung, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Darüber hinaus werden durch die Anwendung des Prinzips der Sippenhaft die gesamte Familie, Verwandte und manchmal sogar Kolleg/innen von Personen bestraft, die staats- oder regimefeindliche Vergehen begangen haben.

Durch die Sippenhaft werden Volksaufstände oder die Bildung oppositioneller Strukturen effektiv unterbunden. Wenn zum Beispiel die Regierung eine Person identifiziert, die ihre Abneigung gegenüber dem Regime oder der Führung geäußert hat, wird nicht nur diese Person, sondern auch ihr Umfeld entweder hingerichtet oder in ein Lager für politische Gefangene gebracht. Indem die Regierung Vertrauen und zwischenmenschliche Verbindungen zerstört, verhindert sie die Bildung von Netzwerken.

Um das politische System Nordkoreas – die *Suryong*-Diktatur[5] – zu erklären, greift dieser Report auf das Konzept des sog. „dynastischen Totalitarismus“ [6] zurück, einer extremen und umfassenden Version des Totalitarismus. In Nordkorea sind die Menschenrechtsverletzungen direkt mit dem Staatswesen verbunden und werden innerhalb seines Systems begangen. Daher gibt dieses Kapitel gleichzeitig eine Einführung in die essenziellen Bestandteile des politischen Systems Nordkoreas.

Das politische System Nordkorea ist ein Staatsparteien-System, in dem die Partei der Arbeit Koreas (조선로동당; *Chosun-rodong-dang*) das Land regiert. Während Nordkorea wie ein typischer sozialistischer Staat nach den Lehren des Marxismus-Leninismus erscheinen mag, hat der *Suryong* die Macht, die Partei der Arbeit Koreas, das Kabinett und die Koreanische Volksarmee zu kontrollieren. Damit trifft der *Suryong* durch die Partei der Arbeit Koreas, die das Kabinett und die Koreanische Volksarmee überwacht, politische Entscheidungen und implementiert die Hauptrichtlinien der Politik.

5 Park, Hyeong Jung et al. “The Dynamics of the Competition for Power and Interest under Suryong Dictatorship and the Purge of Jang Sung-taek.” *North Korean Studies Review*, Vol. 18, No. 1, 2014, 3. (Hyeong Jung Park, ein renommierter Forscher der Nordkorea-Studien, argumentiert, dass die „*Suryong*-Diktatur“ ein System ist, in dem die Macht des *Suryong* auch nicht durch eine Machtkoalition der Staatsbürokratie und der gesellschaftlichen Eliten gestürzt werden kann. Die politische Macht wird nur vom *Suryong* verteilt, ebenso verhält es sich mit Rechten und Ressourcen.)

6 Lim, Jae-Cheon. *Kim Jong Il‘s Leadership of North Korea*. London: Routledge, 2009, 85-90. (Die politische Macht in Nordkorea wurde vom Vater auf den Sohn übertragen, wodurch ein „dynastischer Totalitarismus“ entstand. Das politische System unterlief damit eine Metamorphose nordkoreanischer Art.)

Die Regierung Nordkoreas definiert die Dreifaltigkeit aus *Suryong*, der Partei der Arbeit Koreas und dem Volk als „soziopolitische Einheit". Die Regierung erkennt den *Suryong* als obersten Führer dieser Dreifaltigkeit an und betont, dass die nordkoreanischen Bürger/innen unverbrüchliche Loyalität gegenüber dem Führer und der Partei zeigen müssen.[7] In Nordkorea hängen die Existenz der Partei und der Bürger/innen von der Existenz des *Suryong* ab und das Regime behauptet, dass der Hauptgrund der Existenz von Partei und Volk darin bestehe, dem *Suryong* zu dienen. Die nordkoreanische Regierung betont damit, dass der *Suryong* die absolute und ultimative Quelle einer jeden Existenz ist, und dass Partei und Volk ohne ihn nicht existieren können.[8] Hwang Jang-Yop, ein ehemaliger hochrangiger Funktionär in der Partei der Arbeit Koreas, kritisiert und beschreibt das nordkoreanische politische System als „die absolute Herrschaft des *Suryong*". Hwang führt weiter aus, dass die absolute Herrschaft des *Suryong* ein egoistisches System sei, in dem die Selbstsucht des Führers durch die Diktatur des *Suryong* reflektiert wird. Hwang stellt fest, dass Nordkorea eine Extremform eines egoistischen Systems darstellt, in dem die Interessen des *Suryong* die des Volkes, der Institutionen und der Nation verdrängen.[9]

Die Staatsideologie der DVRK, die Werte und Regeln, die das politische System stützen, konzentriert sich auf die Definition der Loyalität des Volkes gegenüber dem obersten Führer und der monolithischen Führung. Die Hierarchie der Regeln und Gesetzte in Nordkorea lässt sich folgendermaßen beschreiben: **1.** Die Worte des obersten Führers → **2.** Die Zehn Prinzipien für die Errichtung eines monolithischen ideologischen Systems → **3.** Der Kodex der Partei der Arbeit Koreas → **4.** Die Verfassung der DVRK → **5.** Die Gesetze[10] der DVRK

7 Cha, Yong-ae. *The Ideology by the Supreme Leader, Kim Jong-il*. Pyongyang: Social Science Press, 1996, 66-67, 138-139. (Das Buch wurde in Nordkorea veröffentlicht.)

8 Hwang, Jang-yop. *I witnessed the truth of history*. Seoul: Hanul, 1999, 387. (Hwang Jang-yop war ein ehemaliger Sekretär der Partei der Arbeit Koreas, der im Februar 1997 nach Südkorea geflohen ist.)

9 Hwang, 286, 393.

10 Choi, Bong-Dae. *The Study on the Legal Consciousness of North Korean Refugees*. Seoul: Institute for Eastern Studies, 2011, 11. (Für diese Studie wurden 73 nordkoreanische Flüchtlinge zum Rechtsbewusstsein in Nordkorea befragt. Die Ergebnisse zeigten, dass 56.7% mit dem Begriff „Gesetz" die Partei der Arbeit Koreas, das Ministerium für Staatssicherheit, die Staatsanwaltschaft, das Gericht, die Umerziehungslager und Haftanstalten verbanden. 38.8% antworteten, dass der Begriff „Gesetz" sie an die Anweisungen und Worte von Kim Jong-il erinnerten. 90.5% sagten, dass das Gesetz in Nordkorea den Anweisungen und Worten Kim Jong-ils entspräche.)

Im politischen System der *Suryong*-Diktatur[11] kann eine Allianz aus allen politischen Kräften und allen Regierungsmitgliedern die Macht des *Suryong* nicht stürzen. Auch wenn man die Macht von **3**, **4** und **5** zusammennimmt, kann sie die Macht von **1** und/oder **2** nicht übertreffen.

Ab den 1950er Jahren konsolidierte Kim Il-sung seine Macht durch eine Serie von Säuberungen rivalisierender Gruppierungen und potenziell oppositioneller Kräfte. Die frühen Säuberungen, die direkt nach dem Koreakrieg durchgeführt wurden, hatten Sozialist/innen aus Südkorea zum Ziel, die der späten 1950er Jahre Sozialist/innen aus China und der Sowjetunion. In den frühen 1970er Jahren führte Kim Il-sung weitere Säuberungen durch, die sich gegen Personen oder Gruppen wendeten, die eine potenzielle Bedrohung gegenüber der Nachfolge seines designierten Nachfolgers Kim Jong-il darstellten. Während Kim Il-sung die politischen Rivalen beseitigte, kündigte Kim Jong-il auf einer Sitzung des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Koreas im Juni 1967 die „Zehn Prinzipien für die Errichtung eines monolithischen ideologischen Systems" an. Am 27. Dezember 1972 trat die Sozialistische Verfassung der DVRK in Kraft, die die Basis für die Etablierung einer Ein-Personen-Diktatur legte. In den späten 1960er Jahren wurden die Ideologie des Sozialismus und Kommunismus inklusive des Marxismus-Leninismus durch den „Kimilsungismus" ersetzt und um den „Kimjongilismus" ergänzt.

Bei einer Sitzung des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Koreas im Februar 1974 wurde Kim Jong-il offiziell als einziger Nachfolger Kim Il-sungs ernannt. Kim Jong-il reagierte darauf folgendermaßen: „Die Macht aller Behörden unter meine Autorität zu stellen ist dasselbe wie die Macht des *Suryong* zu konsolidieren. Mein Urteil, meine Entscheidung und meine Genehmigung sind die des obersten Führers." Darauffolgend begann Kim Jong-il 1974 damit, die gesamte politische Macht unter seine Herrschaft zu bringen. Kim Jong-il hatte nun die Macht und Befehlsgewalt über die Partei, das Kabinett und die Koreanische Volksarmee. Um eine stabilere und gefestigte Herrschaft aufzubauen, stärkte Kim Jong-il die Diktatur, indem er seinen Vater Kim Il-sung, den obersten Führer Nordkoreas, anpries. Der Schlüssel zur Errichtung der Diktatur in Nordkorea war die Verabschiedung der „Zehn Prinzipien für die Errichtung eines monolithischen ideologischen Systems" (im Folgenden als „das Prinzip" bezeichnet) im April 1974. Das Prinzip wurde zur absoluten Regel und zum obersten Gesetz Nordkoreas. Es dient Regierungsbeamt/innen, Mitgliedern der Partei der Arbeit Koreas und den Arbeiter/innen als Regel und Verhaltensrichtlinie, um Kim Il-sung gegenüber loyal zu sein. Einige Sätze des Prinzips beziehen sich auf die „großen Taten" der *Juche*-Ideologie (Staatsideologie der DVRK, *Juche* bedeutet „Subjekt", wird jedoch in diesem Zusammenhang häufig mit

11 Park, Hyeong Jung et al. "The Dynamics of the Competition for Power and Interest under Suryong Dictatorship and the Purge of Jang Sung-taek." *North Korean Studies Review*, Vol. 18, No. 1, 2014, 3.

„Eigenständigkeit“ übersetzt, Anm. d. Übers.), die unter der Herrschaft Kim Il-sungs vereinheitlichte Organisationsdisziplin und die Errichtung von Kim Il-sungs monolithischer Führung. Obwohl das Prinzip kein offiziell festgeschriebenes Gesetz ist wie die Gesetze in anderen Ländern, dient es als das oberste Gesetz Nordkoreas[12], das das Leben aller nordkoreanischen Bürger/innen regelt.

Niemand in Nordkorea kann das Prinzip missachten. Sogar nordkoreanische Diplomat/innen, die am Tisch der Atomverhandlungen sitzen, nordkoreanische Arbeitsmigrant/innen, die Zwangsarbeit verrichten müssen, Soldat/innen, Kinder und Ältere müssen sich alle im Einklang mit dem Prinzip verhalten. Darüber hinaus sollen alle Regierungsbeamt/innen der Partei der Arbeit Koreas, des Kabinetts und des Ministeriums für Staatssicherheit ihre Aufgaben auf der Grundlage des Prinzips erfüllen. Zum Beispiel lügen und betrügen nordkoreanische Diplomat/innen häufig bei internationalen Konferenzen und Treffen, da sie nicht gegen das Prinzip verstoßen dürfen. Selbst wenn ein solches Verhalten illegal ist oder von der internationalen Gemeinschaft als illegal betrachtet wird, tun nordkoreanische Regierungsvertreter/innen dies um ihrer selbst und um ihres Überlebens willen. Wenn das Verhalten der Beamt/innen im Einklang mit dem Prinzip steht und damit ihre Loyalität gegenüber dem *Suryong* zeigt, wird die nordkoreanische Regierung ihre Handlungen legitimieren. Darüber hinaus enthält das Prinzip keine spezifischen Bestimmungen wie ein Gesetz, so dass dem Regime eine willkürliche Auslegung möglich ist. Der Kern des Prinzips ist die „Loyalität gegenüber dem *Suryong*“, und dies stellt eine nachvollziehbare Begründung dafür dar, warum Verletzungen der Rechte politischer Gefangener/Krimineller in Nordkorea ungestraft stattfinden können.

2. Menschenrechte und Lager für politische Gefangene unter dem nordkoreanischen Regime

2.1 Konzept und Verständnis für Menschenrechte in Nordkorea

Wie im vorherigen Abschnitt beschrieben sieht das nordkoreanische Regime alle Personen und Organisationen als „sozio-politische Einheiten“ an. Nur Personen, die vom *Suryong* als sozio-politische Einheiten betrachtet werden, werden auch als „Menschen“ angesehen. Der Begriff „Menschenrechte“ wird in Nordkorea als „ein göttliches Recht der sozialen menschlichen

12 Hyun, Seong-Il. *North Korea's National Strategy and Power Elites*. Seoul: Sunin, 2007, 115. (Seong-Il Hyun, früherer Botschafter der DVRK in Sambia, floh im Januar 1996 nach Südkorea. Er promovierte im Jahr 2006 in Seoul und arbeitet heute in einem politischen Institut für die nationale Sicherheit.)

Wesen“[13] definiert. Das kann so interpretiert werden, dass nur für Personen, die vom *Suryong* als „Menschen“ anerkannt werden, auch die Menschenrechte gelten. Wie die meisten totalitären Staaten terrorisiert auch Nordkorea Abweichler und *Outgroups*.[14] Wenn man ihnen die Staatsbürgerschaft entzieht, werden sie nicht mehr als Menschen anerkannt und können wie Tiere behandelt werden. Der Grund dafür, dass Agent/innen und Beamt/innen der Strafverfolgungsbehörden oder des Ministeriums für Staatssicherheit ohne Zögern öffentliche oder geheime Hinrichtungen, Folter und erzwungene Abtreibungen durchführen können, liegt darin, dass sie darauf konditioniert wurden, Personen, die ihre Ablehnung gegenüber dem System zum Ausdruck gebracht haben, nicht als Menschen zu betrachten oder zu behandeln.

Die Regierung Nordkoreas erkennt die in der internationalen Gemeinschaft üblichen Normen und Prinzipien nicht an. Die Definition der „Denuklearisierung“ (nukleare Abrüstung) durch die nordkoreanische Regierung ist ein typisches Beispiel für einen solchen Fall: Die internationale Gemeinschaft definiert „Denuklearisierung“ als die „vollständige, verifizierbare, unumkehrbare Demontage (*Complete, Verifiable, Irreversible Dismantling*, CVID)“ oder „endgültige, vollständig verifizierte Denuklearisierung (*Final, Fully Verified Denuclearization*, FFVD)“. Nordkorea hingegen gibt eine deutlich andere Definition. In einem Kommentar der nordkoreanischen Nachrichtenagentur KCNA (*Korean Central News Agency*) erklärte die nordkoreanische Regierung am 20. Dezember 2018 ihre Definition der „Denuklearisierung“ wie folgt:

> *Wenn wir von der Koreanischen Halbinsel sprechen, schließt das sowohl das Territorium der DVRK als auch das von Südkorea ein, wo aggressive Truppen einschließlich der Nuklearwaffen der USA stationiert sind. Wenn wir von der Denuklearisierung der Koreanischen Halbinsel sprechen, müssen daher alle Elemente nuklearer Bedrohung entfernt werden, im Norden wie im Süden und auch in umgebenden Gebieten, von denen aus die Koreanische Halbinsel anvisiert werden kann.*

Für Nordkorea ist die Denuklearisierung die Beseitigung aller strategischen Einrichtungen, einschließlich der Atomwaffen und des US-Militärs, die in Ostasien stationiert sind. Der Plan der nordkoreanischen Regierung zur Denuklearisierung beschränkt sich also nicht auf das Territorium Nordkoreas, sondern auf das Territorium aller ostasiatischer Länder.

13 Kim, Hyeryeon & Kim, Sungho. *About Human Rights*. Pyongyang: Pyongyang Press, 2017, 13-14. (Dieses Buch wurde in Nordkorea als Antwort auf das internationale Engagement für Menschenrechte veröffentlicht.)

14 Giddens, Anthony. “Modernity, Totalitarianism and Critical Theory,” 305.

Gleichermaßen erkennt Nordkorea die Normen und Prinzipien der Menschenrechte, wie sie weithin in der internationalen Gemeinschaft verstanden werden, nicht an: Nordkorea definiert die „Menschenrechte" im Sinne von Relativität und nationaler Souveränität. Obwohl die nordkoreanische Regierung diese Definition nicht öffentlich verwendet, ist sie der Ansicht, dass die Menschenrechte in Nordkorea nur durch die Existenz des *Suryong* gewährleistet werden können. Außerdem vertritt die Regierung, wie im vorigen Abschnitt dargelegt, die Auffassung, dass „Menschenrechte" dem Volk auch nur vom *Suryong* gewährt werden können.[15]

Im „*Report on Human Rights Situation in DPRK*" („Bericht über die Menschenrechtssituation in der DVRK"), der 2014 von der (nordkoreanischen, Anm. d. Übers.) *Korea Association for Human Rights Studies* (Koreanische Assoziation für Menschenrechtsstudien) veröffentlicht wurde, wird behauptet, dass das Konzept der Menschenrechte, wie es in der internationalen Gemeinschaft verstanden wird, die Idee der Menschenrechte so wiedergibt, wie sie von kapitalistischen Ländern verstanden wird. Darüber hinaus wird argumentiert, dass die internationalen Prinzipien der Menschenrechte nicht universell angewandt werden könnten. Die Organisation lehnt also die Allgemeingültigkeit der Menschenrechte ab. Im Bericht wird der Standpunkt eingenommen, dass die USA alle anderen Staaten dazu zwingen, ihre Menschenrechtsstandards zu akzeptieren. Weiterhin wird geschildert, „wenn die Menschen in einem Land mit den Standards zufrieden sind, sollten diese Standards als richtig und fair angesehen werden" und „in ihrem Alltag haben die Menschen Nordkoreas Vertrauen, dass der Schutz der Menschenrechte durch die Regierung wahrhaftig der richtige und faire Standard ist, der wirklich die Autonomie der Bevölkerung schützt."

Um das System unter der Führung des *Suryong* beizubehalten, präsentiert die Regierung Nordkoreas ein Argument, das der Lebensrealität in Nordkorea widerspricht. Die nordkoreanische Regierung kann das Konzept von der Allgemeingültigkeit der Menschenrechte nicht akzeptieren oder anerkennen. Wenn sie dieses Konzept übernähme, würde dies die Verleugnung ihres Führers (des *Suryong*) und der Rechtfertigung für das politische System des Landes bedeuten.

15 Öffentlich bekräftigt das Regime der DVRK nicht die absolute Herrschaft des *Suryong*. Der Grund dafür ist, dass die Behauptung dieser Ansicht dazu führen könnte, dass die internationale Gemeinschaft die DVRK als einen illegitimen Staat betrachten könnte. Die Regierung der DVRK weiß also sehr wohl, dass eine solche öffentliche Darstellung zum Abbruch von diplomatischen Beziehungen und zu einer schwächeren diplomatischen Position führen kann.

2.2 Die Geschichte der Lager für politische Gefangene in der Demokratischen Volksrepublik Korea

Die Demokratische Volksrepublik Korea lehnt es offen ab, die Existenz von politischen Verbrecher/innen bzw. Gefangenen (정치범; *Jeongchi-beom*) und von Lagern für politische Gefangene (정치범수용소; *Jeongchibeom-suyongso* bzw. 관리소; *Gwalliso*) anzuerkennen.[16] Vertreter/innen der nordkoreanischen Regierung behaupten, dass es Begriffe wie „politische Verbrecher/innen bzw. Gefangene" oder „Lager für politische Gefangene" in Nordkorea nicht gäbe.

Menschenrechtsverletzungen in Nordkorea, die vom Regime begangen werden, haben sich über die Jahrzehnte umfassend und systematisch gewandelt, stets mit dem Ziel, die Herrschaft des obersten Führers zu stärken: Zwischen Dezember 1952 und Januar 1969 konsolidierte Kim Il-sung seine Position als Alleinherrscher Nordkoreas durch die Säuberung von rivalisierenden Gruppierungen. Der Spionage für die USA beschuldigt oder als Mitglieder einer Anti-Partei- oder konterrevolutionären Gruppierung verurteilt, wurden politische Rivalen Kim Il-sungs inhaftiert und/oder hingerichtet. Darüber hinaus sah Kim Il-sung jede Person, die sich gegen seine Machtübernahme positionierte oder eine Bedrohung für diese darstellte, als „politischen Verbrecher" an. In den 1950ern wurden politische Verbrecher/innen und ihre Familien, die auch als „Verbrecher/innen" angesehen wurden, von Pjöngjang zwangsweise aufs Land umgesiedelt oder durften nur noch in entlegenen, bergigen Regionen leben.

Darauf aufbauend implementierte die Partei der Arbeit Koreas im August 1958 unter der Führung von Kim Il-sung ein soziopolitisches Klassifikationssystem (계급정책; *Gyegeup-jeongchaek*). Die Regierung führte Hintergrundüberprüfungen bei allen Bürger/innen durch, um sämtliche anti-revolutionäre Kräfte (반혁명분자; *Banhyeongmyeong-bunja*) aufzuspüren und zu bestrafen. Auf Grundlage der Ergebnisse der Überprüfungen wurden die Nordkoreaner/innen in drei Klassen aufgeteilt: Revolutionäre Klasse (혁명적 요소; *Hyeongmyeongjeok-yoso*), schwankende Klasse (동요 요소; *Dongyo-yoso*) und reaktionäre Klasse (반혁명적 요소; *Banhyeongmyeongjeok-yoso*). Ungefähr drei Millionen Nordkoreaner/innen wurden in die reaktionäre Klasse eingestuft. Mit Inkrafttreten des nordkoreanischen Regierungsdekrets Nummer 149 durften Personen der reaktionären Klasse schließlich nur noch in abgelegenen gebirgigen Regionen und nicht mehr in einem Radius von 50 km um große Städte wie Pjöngjang oder Kaesong oder näher als 20 km von Küsten oder der militärischen Demarkationslinie zwischen Nord- und Südkorea entfernt leben.[17]

16 "Democratic People's Republic of Korea Review - 33rd Session of Universal Periodic Review," *UN Web TV*, 9 May 2019, http://webtv.un.org/search/democratic-people's-republic-of-korea-review-33rd-session-of-universal-periodic-review/6034759611001/?term=Korea&sort=date&page=13.

17 Kim, Dukhong. *Suryong Absolutism and North Korean studies, Vol. 1* (unpublished book), 92-93. (Kim Dukhong floh zusammen mit Hwang Jang-yop im Februar 1997 nach Südkorea. Er ist ein Kollege von Hwang und war der Vize-Leiter des Juche-Forschungszentrums des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Koreas.)

Darüber hinaus ließ das Regime zwischen 1967 und 1970 sechstausend Personen, die sich gegen das politische System Nordkoreas gestellt hatten, hinrichten und schickte 70.000 Personen in Gefangenenlager. Außerdem reorganisierte Kim Il-sung (zusammen mit Kim Jong-il) das Politische Sicherheitsamt (*Political Security Bureau*, 정치보위국/*Jeongchibowiguk*) des Ministeriums für Soziale Sicherheit (*Social Security Department*, 사회안전부/*Sahoeanjeonbu*, heute das Ministerium für Volkssicherheit/*Ministry of People's Security*, 인민보안성/*Inminboanseong*), um „feindliche Kräfte", die nicht hingerichtet oder inhaftiert wurden, im Auge zu behalten und die Überwachung zu verstärken. Als Ergebnis wurde am 15. Februar 1973[18] das Politische Sicherheitsamt in ein eigenes Ministerium überführt, dem Ministerium für Staatssicherheit (State Security Department, 국가정치보위부/*Gukgajeongchibowibu*, heute *Ministry of State Security*, 국가보위성/ *Gukgabowiseong*).[19]

In den späten 1950er Jahren richtete die nordkoreanische Regierung Gemeinschafts- und Wohngebiete[20] ein, um das Leben der verbliebenen „feindlichen Kräfte" zu überwachen und zu kontrollieren. Diese Gebiete wurden in abgelegenen, gebirgigen Regionen eingerichtet und sind die Vorläufer der heutigen Lager für politische Gefangene in Nordkorea. Frühe Gefangenenlager waren mit Holzbrettern eingezäunt, um Grenzen zu markieren, und hatten kaum Sicherheitsvorkehrungen. Infolgedessen entkamen die Menschen häufig und es kam zu Unruhen. Die frühen Gefangenenlager konnten also nicht unbedingt als Haftanstalten betrachtet werden. In den 1960er Jahren verstärkte sich jedoch die Kontrolle der Regierung über diese Wohngebiete. Ab 1968 wurden dort sehr gut ausgebildete Sicherheitskräfte eingesetzt. Das Ministerium für Soziale Sicherheit überwachte die Gemeinschafts- und Wohngebiete seit dem Ende der 1950er Jahre. Im Jahr 1974 wurde schließlich dem Ministerium für Staatssicherheit die Zuständigkeit für die Überwachung der in diesen Gebieten ansässigen politischen Verbrecher/innen übertragen.[21]

18 Ahn Myeong-Chul versichert, dass der 11. November 1973 das eigentliche Gründungsdatum des Ministeriums für Staatssicherheit ist. Die nordkoreanische Regierung behauptet jedoch, dass es der 15. Februar 1973 war, weil ihm Kim Il-sung an diesem Tag einen Besuch abstattete.

19 Oh, Hang Kyun. *A research on the command system of North Korean Armed Forces in Kim Jong Il regime* (PhD dissertation, University of North Korean Studies, 2012), 120-121. (Hang Kyun Oh diente als Oberbefehlshaber im südkoreanischen *Defense Intelligence Command*.)

20 Nach dem nordkoreanischen Kabinettsbeschluss Nr. 149 wurden die Gemeinschafts- und Wohngebiete für „feindliche Kräfte" als „Nr. 149" bezeichnet. Der Jahresbericht von Amnesty International vom 1. Oktober 1981 bestätigte, dass sich Nr. 149 in der Provinz Ryanggang befand.

21 Kim, Yong-sam. "The Inside Story of In-vivo Studies and Secret Execution on Pregnant Women," *Monthly Chosun Magazine Vol. 3*, 1995, 191. (Der Artikel basiert auf einem Interview mit Ahn Myeong-Chul.)

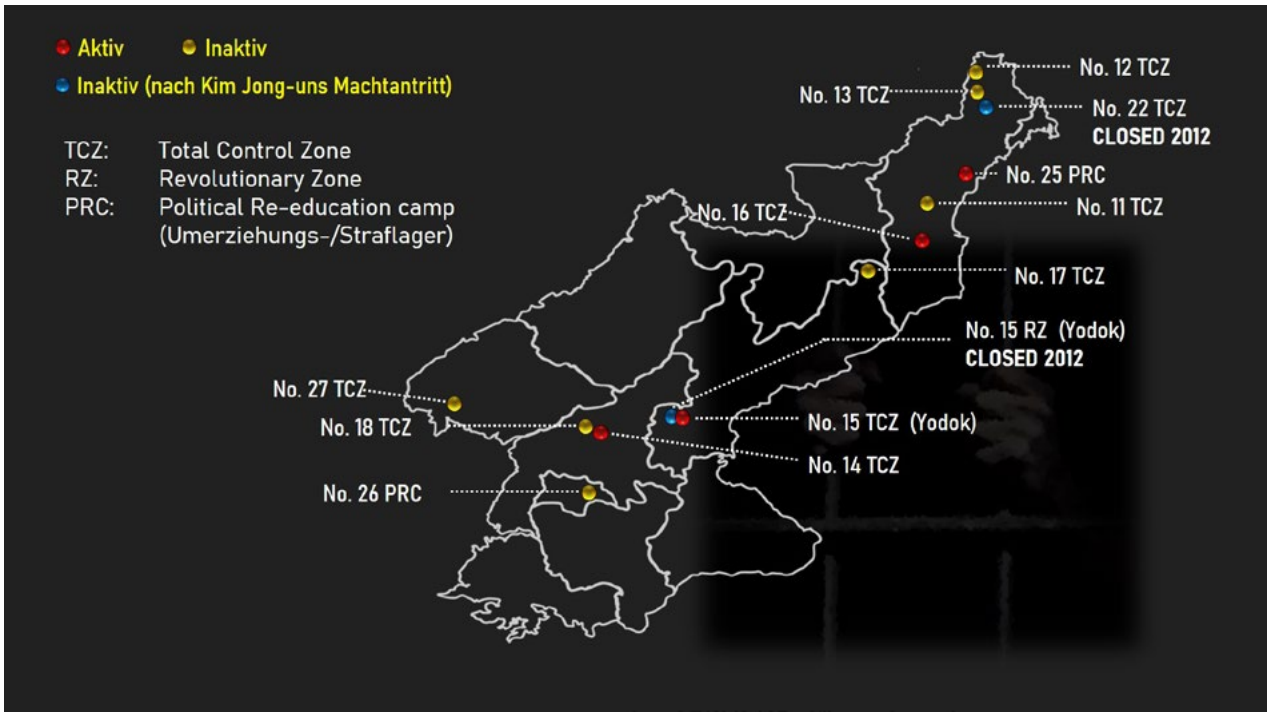


Abbildung 1. Lager für politische Gefangene in Nordkorea
Zu sehen sind die Standorte der zwölf Lager für politische Gefangene in Nordkorea. Heute sind nur noch vier dieser Lager in Betrieb: Die Lager für politische Gefangene (관리소; *Gwalliso*) Nr. 14, Nr. 15, Nr. 16 und das Strafarbeitslager für politische Gefangene (정치범교화소; *Jeongchibeom-Gyohwaso*) Nr. 25. Das Konzentrationslager für behinderte Menschen ist ebenfalls noch in Betrieb. Die geschlossenen Lager sind gelb markiert. Die Lager, die unter der Herrschaft Kim Jong-uns geschlossen wurden, sind blau markiert. Alle aktiven Lager sind rot markiert.

Das 1973 gegründete Ministerium für Staatssicherheit wurde von Kim Byung-ha geleitet. Den Berichten von Ahn Myeong-Chul folgend, führte dieser den Befehl von Kim Jong-il aus, indem er mindestens zwölf Lager für politische Gefangene in Nordkorea aufbaute.[22] Etwa 300.000 Menschen wurden in diese Lager geschickt – die meisten davon Personen, die nach Nordkoreas sozio-politischem Klassifikationssystem als „feindliche Kräfte" eingestuft wurden. Es wurden jedoch nicht nur diese Menschen, sondern auch ihre Verwandten inhaftiert.

22 Ein Bericht von Asia Watch und dem Minnesota Lawyers International Human Rights Committee aus dem Jahr 1988 enthüllte zwölf Lager für politische Gefangene in Nordkorea. Ahn Myeong-Chul bestätigt in seinen Aussagen die Existenz dieser Lager in Nordkorea. Möglicherweise gab es aber auch mehr als zwölf Lager.

2.3 Die Rolle des Ministeriums für Staatsicherheit

In Nordkorea sind die drei wichtigsten öffentlichen Sicherheitsapparate das Ministerium für Staatssicherheit (*Ministry of State Security/MSS*), das Ministerium für Volkssicherheit (*Ministry of People's Security/MPS*) und der militärische Sicherheitsdienst (*Defense Security Command*, 보위사령부/*Bowisaryoengbu*). Um die Rollen der einzelnen Organe kurz zu definieren: Das MSS und das MPS überwachen und kontrollieren die Aktivitäten der nordkoreanischen Bürger/innen und der militärische Sicherheitsdienst überwacht und kontrolliert die Aktivitäten der Soldat/innen und des Personals der Koreanischen Volksarmee. Darüber hinaus sind das MSS und der militärische Sicherheitsdienst für Ermittlungen, Voruntersuchungen und Vollstreckungen bei allen Fällen von Verbrechen gegen den Staat oder Vaterlandsverrat zuständig. Diese Organe können auch sofortige Entscheidungen, also ohne Gerichtsverfahren, darüber treffen, politische Verbrecher zu inhaftieren oder hinzurichten.[23] Das MPS hingegen ist für alle anderen strafrechtlichen Ermittlungen und Voruntersuchungen zuständig. Während es als Polizeibehörde fungiert, die die Sicherheit der nordkoreanischen Bürger/innen gewährleistet, spielt das MPS aber auch eine entscheidende Rolle bei der Überwachung der Aktivitäten und des Lebens aller Nordkoreaner/innen, um das Regime zu schützen. Das MPS überwacht verschiedene Aspekte des Lebens der Menschen, z.B. das Alltagsleben aller Bürger/innen, die Aktivitäten der Nachbarschaftseinheiten (인민반; *Inminban*), wirtschaftliche Aktivitäten oder die Bewegungen ehemaliger Häftlinge.[24]

Der Hauptsitz des MSS ist in Pjöngjang, mit regionalen Sicherheitsbehörden in jeder Provinz und in jedem Kreis. Die Befehlskette im MSS-Hauptquartier besteht aus dem Minister und sechs Abteilungsleiter/innen. Unter den Abteilungen sind 35 Büros und zehn Unterabteilungen angesiedelt. Schätzungsweise 40.000 bis 50.000 Personen arbeiten im MSS, davon 4.000 bis 5.000 im Hauptquartier und je 1.000 bis 2.000 Personen in den Behörden auf Kreis- und Provinzebene.[25]

Das MSS ist das Hauptorgan für die Aufrechterhaltung des nordkoreanischen Regimes, und damit der diktatorischen Herrschaft unter der Führung des obersten Führers. Daher können kritische Bemerkungen, Beschwerden oder Zweifel an der Führung oder das Zeigen von Illoyalität gegenüber dem obersten Führer und dem Regime als „regimefeindlich", „antirevolutionär" und

23 Park, Young-Ja et al. *North Korea's State Apparatus and Stateness in the Kim Jong Un Era*. Seoul: Korea Institute for National Unification, 2018, 62.

24 Kwak, Myeong-Il. *A Study on the Change of relations between People's Safety Agents and Residents in North Korea*. University of North Korean Studies, PhD dissertation, 2016, 31. (Myeong-Il Kwak war ein Polizeibeamter im Ministerium für Volkssicherheit in der DVRK und ist nach Südkorea geflohen.)

25 Park, Young-Ja et al. *North Korea's State Apparatus and Stateness in the Kim Jong Un Era*, 62.

„staatsfeindlich“ angesehen werden. Im weiteren Sinne können auch das Überschreiten der Grenze, um nach Südkorea überzulaufen, die Weitergabe von Informationen, die Kontaktaufnahme mit religiösen Organisationen, Telefongespräche mit Südkoreaner/innen, der Konsum von südkoreanischen Filmen oder Serien, das Lesen südkoreanischer Bücher und das Hören südkoreanischer Musik als „regimefeindliche“, „antirevolutionäre“ und „staatsfeindliche“ Verbrechen angesehen werden. Während Nordkorea behauptet, dass alle Verbrechen gegen den Staat innerhalb eines fairen Strafrechtssystems bestraft werden, werden in der Realität Ermittlungen und Strafen in Übereinstimmung mit dem „Prinzip“ und nicht nach dem Strafrecht der DVRK durchgeführt. Außerdem wird das „Prinzip“ von der Regierung willkürlich ausgelegt. Insbesondere politische Verbrecher werden ohne Gerichtsverfahren bestraft. Die Bestrafung von politischen Gefangenen wird ausschließlich vom MSS entschieden und vollstreckt. **Tabelle 1** beschreibt den strafrechtlichen Prozess des MSS von der Verhaftung bis zur Bestrafung.

Tabelle 1. Das strafrechtliche Verfahren des Ministeriums für Staatssicherheit
(Anm.: „Politische Verbrecher“ und „politische Gefangene“ in der DVRK sind Opfer, keine Verbrecher.)

Schritte	Verwaltungsbehörde	Beteiligung
Ermittlung, Verhaftung und Befragung	Jeweilige Sicherheitsbehörde (보위부; *Bowibu*) in der Gemeinde (Stadt oder Landkreis)	• Ermittlung gegen und Verhaftung der Person, die eines politischen Verbrechens beschuldigt wurde • Gewahrsam und Befragung des Angeklagten in einer Haftanstalt (구류장; *Guryujang*) der jeweiligen Sicherheitsbehörde in der Gemeinde (Stadt oder Landkreis) • Verletzung der Menschenrechte der beschuldigten Person (Folter, Schlagen etc.) • Beweissammlung und Aussage der beschuldigten Person, Übergabe der Person und ihrer Akte an die jeweilige Sicherheitsbehörde auf Provinzebene
Fallüberprüfung	Jeweilige Sicherheitsbehörde auf Provinzebene	• Fallüberprüfung auf Aktenlage und Gewahrsam der beschuldigten Person in einer behördlichen Haftanstalt • Verletzung der Menschenrechte der beschuldigten Person (Folter, Schlagen etc.) • Weiterleitung der Akte an die Untersuchungsbehörde des MSS
Endgültiges Urteil über Internierung	Untersuchungsbehörde (수사국; *Susa-guk*) des MSS	• Finale Überprüfung des Falls • Endgültiges Urteil über die Internierung der angeklagten Person • Weiterleitung des Falls an die Farm-Abteilung
Entscheidung über Länge und Ort der Inhaftierung	Farm-Abteilung (농장지도국; *Nongjangjido-guk*) des MSS	• Festlegung der Länge der Haftstrafe und des Orts des Lagers für politische Gefangene • Meldung an die jeweilige Sicherheitsbehörde auf Provinzebene über Datum und Ort der Überführung des Opfers
Transfer des Opfers (des „politischen Verbrechers“)	Jeweilige Sicherheitsbehörde auf Provinzebene und Farm-Abteilung des MSS	Überführung des Opfers zu einem Sammelplatz, der von der Farm-Abteilung festgelegt wurde (aus Sicherheitsgründen sind die Sammelplätze normalerweise außerhalb der Lager für politische Gefangene)
Inhaftierung in einem Lager für politische Gefangene	Farm-Abteilung des MSS	Auf Grundlage der Entscheidung der Farm-Abteilung wird das Opfer • bei einer lebenslangen Haftstrafe in der *Total Control Zone* (완전통제구역; *Wanjeontongjae-guyeok*) • bei einer Haftstrafe auf Zeit in der *Revolutionary Zone* (혁명화구역; *Hyeongmyeonghwa-guyeok*) untergebracht.

III

Internationales Menschenrechts-engagement und die Reaktionen der Demokratischen Volksrepublik Korea

1. Das Engagement internationaler Nichtregierungsorganisationen und der US-Regierung und die Reaktion Nordkoreas

Der 1969 veröffentlichte Bericht *Amnesty International Annual Report 1968-9* ist der erste in der internationalen Gemeinschaft veröffentlichte Bericht, der menschenrechtliche Probleme in Nordkorea öffentlich machte. Dieser Bericht stellte die Schwierigkeit dar, Informationen über Einzelfälle aus Nordkorea zu erhalten, obwohl eine große Anzahl von Inhaftierten in Nordkorea vermutet wurde. Im Anschluss an die Veröffentlichung des Berichts hat Amnesty International wiederholt die Menschenrechtslage in Nordkorea dargestellt. *Ali Lameda: A Personal Account Of The Experience Of A Prisoner Of Conscience In The Democratic People's Republic Of Korea*, 1979 ebenfalls von Amnesty International herausgegeben, beschreibt die Erfahrungen des venezolanischen Schriftstellers Ali Lameda, der von 1967 bis 1974 wegen des Vorwurfs der Spionage und subversiver Aktivitäten in Nordkorea inhaftiert war. Obschon Amnesty International berichtete, dass Ali Lameda in Suriwon (oder Sariwon) einsaß, bleibt ungeklärt, ob der venezolanische Dichter in einem Lager für politische Gefangene, in einem Strafarbeitslager (로동교화소; *Rodong gyohawso*) oder einem disziplinarischen Arbeitslager (로동단련대; *Rodong dallyeondae*) untergebracht war.

Darüber hinaus war *Country Reports on Human Rights Practices for 1979*,[26] im Februar 1980 vom US-amerikanischen Außenministerium veröffentlicht, eines der ersten Dokumente, das die

26 The US Department of State. *Country Reports on Human Rights Practices for 1979*. Washington D.C.: The US Department of State, 1980. 467-472.

Menschenrechtssituation in Nordkorea beleuchtete. Dieser Bericht erörterte ausführlich das politische und ideologische System Nordkoreas und wies auf menschenrechtlich problematische Praktiken hin, unter anderem Folter, unfaire Gerichtsverfahren, Verletzung der Rechte auf Nahrung und medizinische Versorgung sowie von Bürgerrechten und Freiheit. Mithilfe der jährlichen Veröffentlichung der Menschenrechtssituation außerhalb der USA kritisiert das Außenministerium der Vereinigten Staaten bis heute die Menschenrechtslage in Nordkorea.

1988 veröffentlichten Asia Watch und das *Minnesota Lawyers International Human Rights Committee* (MLIHRC) die erste umfassende Untersuchung, welche die Lebensbedingungen in Nordkorea ans Licht der Öffentlichkeit brachte. Dieser Bericht brachte eine Gesellschaft zum Vorschein, in der die Regierung ihre Bürger/innen regelmäßig ihrer wesentlichen Menschenrechte und Freiheiten beraubte, etwa durch Ungerechtigkeit im Justizwesen, Hinrichtungen, den Aufrechterhalt von Lagern für politische Gefangene, willkürlicher Inhaftierung und Gefangenschaft, Folter, unmenschlicher Behandlung, einem sozio-politischen Klassensystem (성분제도; *Seongbun jaedo*), Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und Verletzung der Meinungsfreiheit. Dieser Bericht kritisierte die nordkoreanische Regierung für die Nichteinhaltung internationaler Menschenrechtsübereinkünfte und führte Empfehlungen auf, die sowohl von der nordkoreanischen Regierung als auch von internationalen Organisationen umzusetzen seien, um die Menschenrechtslage in Nordkorea zu verbessern.[27]

Dieser Bericht wurde auch in *Country Reports on Human Rights Practices for 1989*[28] berücksichtigt. Durch die Veröffentlichung dieses Dokuments wurde die internationale Öffentlichkeit darüber informiert, dass die nordkoreanische Regierung bis 1982 insgesamt zwölf Lager für politische Gefangene auf ihrem Staatsgebiet errichtet hatte. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass seit den späten 1980er Jahren verschiedene internationale Organisationen Menschenrechtsverletzungen und die Existenz von Lagern für politische Gefangene in Nordkorea thematisiert haben.[29]

27 Asia Watch & Minnesota Lawyers International Human Rights Committee. *North Korean Human Rights*. Seoul: Koryowon, 1990, 34-38. (Die koreanische Version wurde 1990 veröffentlicht.)

28 The US Department of State. *Country Reports on Human Rights Practices for 1989*. Washington D.C.: The US Department of State, 1990, 879.

29 Zu anderen Berichten über die Menschenrechtslage in Nordkorea gehören William Shaw, *Human Rights in Korea: Historical and Policy Perspectives*. East Asian Legal Studies Program of the Harvard Law School and Council on East Asian Studies/Harvard University, 1991, Publikationen von Amnesty International etc.

Der internationale Einsatz für Menschenrechte in Nordkorea wurde in den 1990er Jahren fortgesetzt. Durch die Veröffentlichung von *North Korea: New Information about Political Prisoners* hat Amnesty International im Juni 1994 Informationen über 49 politische Strafgefangene beleuchtet. Und Ahn Myeong-Chol veröffentlichte im März 1995 die Namen von 35 politischen Gefangenen während eines Interviews in Südkorea.[30]

Die nordkoreanische Regierung hat bis in die 1980er Jahre nicht auf dieses internationale Engagement reagiert. Bis in die 1970er Jahre hinein war sie mit der Optimierung des politischen Systems unter der Diktatur des *Suryong* beschäftigt. Dementsprechend waren Menschenrechte kein Anliegen. Allerdings veränderte sich die internationale politische Lage in den 1990ern. Die deutsche Wiedervereinigung fand im Jahre 1990 statt, die Sowjetunion kollabierte 1991 und sorgte für eine Demokratisierung Osteuropas, und China nahm 1992 diplomatische Beziehungen zu Südkorea auf. Dies führte zu einem Niedergang diplomatischer Beziehungen Nordkoreas und schürte dessen Angst vor zunehmender Isolation. Außerdem folgte 1993 der Austritt Nordkoreas aus dem Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag, wodurch sich Spannungen zu einer Nuklearkrise hin verdichteten. Dieses Problem konnte kurzzeitig ausgeräumt werden, nachdem Nordkorea im Oktober 1994 seine Zustimmung zur Unterzeichnung des *Agreed Framework* zwischen den USA und der DVRK gegeben hatte.

Zu Beginn der 1990er Jahre fing die nordkoreanische Regierung an, aktiv auf das Engagement für Menschenrechte zu reagieren. Insbesondere die vom US-Außenministerium jährlich veröffentlichten *Country Reports on Human Rights Practices* verstärkten die Sorge der nordkoreanischen Regierung vor zunehmender internationaler Isolation. Das Land fürchtete, aufgrund seiner problematischen Menschenrechtspraktiken gemieden zu werden. Im August 1990 antwortete die nordkoreanische Regierung auf das US-amerikanische Menschenrechtsengagement über eine Mitteilung in einem Propagandamagazin:

> *Die Vereinigten Staaten von Amerika sind ein ehrgeiziges Land, das seine politische Vorherrschaft über die Welt auszubauen versucht. Dieses Land übt Machtpolitik aus, und die „friedliche Übergangsstrategie" ist ein politisches Manöver, welches einzig und allein dazu dient, den Sozialismus zu Fall zu bringen. Die Vereinigten Staaten sprechen falsche Anschuldigungen über Menschenrechtsverletzungen aus, um den Kapitalismus zu implementieren. „Menschenrechtsengagement" ist schlicht und*

30 Kim, Yong Sam. "The Inside Story of In-vivo Studies and Secret Execution on Pregnant Women." *Monthly Chosun Magazine*, Vol. 3, 1995, 200-201.

> *ergreifend ein politisches Manöver, welches sozialistische Staaten dazu verführt, kapitalistische Methoden anzunehmen. Der Einsatz für Menschenrechte durch die amerikanischen Imperialisten hetzt Antisozialisten auf, sodass diese gegen die Regierungen ihrer Länder vorgehen. Darüber hinaus zielen diese Aktivitäten hauptsächlich darauf ab, die Überlegenheit des Sozialismus zu untergraben und die Vorzüge des Sozialismus zu unterminieren.*[31]

Zusätzlich gründete Nordkorea im Jahre 1992 eine Organisation namens *Korea Association for Human Rights Studies* (조선인권연구협회; *Chosun-ingwon-yeongu-hyeophoe*).[32] Diese Organisation erörterte die menschenrechtlichen Konzepte und Grundideen Nordkoreas, um dem internationalen Menschenrechtsengagement etwas entgegenzusetzen. Obwohl das Wesen dieser Organisation unbekannt bleibt[33], ist es wichtig anzumerken, dass Nordkorea auf internationales Menschenrechtsengagement zu reagieren begann. Dies geschah ab den 1990er Jahren, weil die internationale Gemeinschaft in den 1980er Jahren Kenntnis von menschenrechtlichen Problemen genommen hatte, insbesondere von der Existenz der Lager für politische Gefangene. Als Reaktion hierauf schloss die nordkoreanische Regierung zwischen den späten 1980er Jahren und 1992 sechs der zwölf Lager für politische Gefangene.[34] Im Anschluss an die Schließung verwendete die Regierung einige Kanäle wie etwa die *Korea Association for Human Rights Studies* oder einzelne Autor/innen[35], um der internationalen Kritik an nordkoreanischen Menschenrechtspraktiken zu begegnen.

31 An, Myung-Hyuk. „The Perpetrator of Human Rights Violations is the US", *Geunroja*, August 1990, 95. (*Geunroja*, eine Publikation der nordkoreanischen Regierung, wird neun bis elf Mal im Jahr veröffentlicht.)

32 Korea Association for Human Rights Studies, *Report on Human Rights in DPRK*. Pyongyang, 2014, 108. (Die nordkoreanische Regierung behauptet, dass die *Korea Association for Human Rights Studies* eine Nichtregierungsorganisation für Menschenrechte sei, die am 27.08.1992 gegründet wurde; allerdings können in Nordkorea keinerlei unabhängige Organisationen bestehen.)

33 Anna Fifield, „He ran North Korea's secret moneymaking operation. Now he lives in Virginia.", *The Washington Post*, 13.07.2017, https://www.washingtonpost.com/world/asia_pacific/he-ran-north-koreas-secret-money-making-operation-now-he-lives-in-virginia/2017/07/12/4cb9a590-6584-11e7-94ab-5b1f0ff459df_story.html?utm_term=.a77d4f7b8f09 (Es ist verfehlt, Nordkorea mit üblichen Staaten gleichzusetzen. Der oberste Führer und die Partei der Arbeit Koreas besitzen absolute Kontrolle über alle Lebensbereiche in Nordkorea. Für die nordkoreanische Regierung ist es ein Leichtes, Organisationen, Handelsunternehmen oder Jobbeschreibungen zu ändern oder neu zu errichten. Wir konnten einige Beispiele dieser Praxis anhand des US- und UN-Sanktionssystems beobachten. Jong Ho Ri, ein ehemaliger hochrangiger Beamter des Büro 39, der 2014 in die USA geflohen war, sagte: „Nordkorea ist ein hundertprozentiger Staatsbetrieb, also werden Unternehmen am Tag nach der Sanktionierung einfach unbenannt […] Auf diese Weise werden die Unternehmen fortgeführt, aber unter einem anderen Namen als auf der Sanktionsliste.")

Außerdem wurden nach Unterzeichnung des *Agreed Framework* amerikanische Nuklearexpert/innen nach Nordkorea geschickt, um herauszufinden, ob die 8.000 nuklearen Brennstäbe aus dem 5-Megawatt-Reaktor entfernt worden waren. Als die Expert/innen ihre Untersuchung am 24. Juni 1995 beendet hatten, veröffentlichte die Partei der Arbeit Koreas ihre offizielle Stellungnahme zu Menschenrechten in der *Rodong Sinmun* (로동신문). Sie lautete wie folgt:

> *Dies ist unser Kampf, um die Einrichtungen unserer Nation und unsere Souveränität vor den Feinden des Staates zu schützen. Es handelt sich um ein politisches Manöver, wenn die Feinde des Staates unser Land beschuldigen, Menschenrechte zu verletzen. Wir werden trotz alledem keine Beleidigung der Imperialisten aus diesen Ländern dulden. Falls die Imperialisten versuchen, unser überlegenes sozialistisches Konzept von Menschenrechten zu verwischen oder unsere staatliche Souveränität zu verletzen, werden wir gegen sie ankämpfen. Wir werden nicht davor zurückscheuen, gegen die imperialistischen Mächte anzukämpfen, und dies ist die Entschlossenheit der Partei dahingehend, wie wir mit dem Thema Menschenrechte umgehen werden.*[36]

Neben einigen OSINT-Informationen stellt die nordkoreanische Medienlandschaft eine der Quellen für Reaktionen und Positionen des nordkoreanischen Regimes bezogen auf internationales Menschenrechtsengagement dar.[37] Die *Rodong Sinmun*, eine offizielle Zeitung der Partei der Arbeit Koreas, dient der nordkoreanischen Regierung dabei als Kommunikationskanal. Über redaktionelle Beiträge, Kolumnen und Meinungsäußerungen kommuniziert die Regierung ihre offiziellen Stellungsnahmen und Positionen zu verschiedenen Angelegenheiten an die Außenwelt.[38] Damit hat die oben in Auszügen wiedergegebene Stellungnahme der Partei der Arbeit Koreas vom

34 Zeugenaussage von Ahn Myeong-chul.

35 Jong, Kyong Sop. *The Rebound Effect of Human Rights Advocacy by Imperialists*. Pyongyang: Choson Rodongdang Press, 1992. (Das Buch wurde zwar unter dem Namen eines einzelnen Autors veröffentlicht, spiegelt jedoch die Haltung der nordkoreanischen Regierung wider. Es erklärt, warum Nordkorea mit dem internationalen Engagement für Menschenrechte nicht einverstanden ist.)

36 "Advocating for Real Human Rights," *Rodong Sinmun* (Pyongyang), 24. Juni 1995.

37 "The Party's publication is a Weapon to protect and strengthen the country's socialist ideology (Editorials)." *Rodong Sinmun*, (Pyongyang), 1. November 1995, 1. (Alle Publikationen und Medienberichterstattungen, die auch der Außenwelt zugänglich sind, dienen dazu, die Überlegenheit des *Suryong* anzupreisen und das politische System Nordkoreas zu rechtfertigen.)

38 In Nordkorea dienen alle Medien, auch die *Rodong Sinmun*, der Regierung dazu, ihre Meinung auszudrücken oder Stellungnahmen zu veröffentlichen. Das kann z.B. durch abgedruckte Regierungserklärungen, Reden oder Presse-Statements geschehen.

24. Juni 1995, veröffentlicht in einem Leitartikel der *Rodong Sinmun*, eine erhebliche Bedeutung. In diesem Leitartikel bezeichnet die Partei der Arbeit Koreas das Menschenrechtsengagement der USA als Beleidigung gegenüber Nordkorea und stuft diese Aktivitäten als Verletzung der staatlichen Souveränität ein. Diese Ansicht wird in Stellungnahmen zu verschiedenen Themen geäußert, etwa zu Menschenrechten, nuklearen Angelegenheiten oder Sanktionen. Die Regierung versucht insbesondere die jährliche Veröffentlichung des *Country Report on Human Rights Practices* durch das US-Außenministerium zu verhindern. Die Reaktionen darauf sind in **Tabelle 2** aufgeführt.

Tabelle 2. Einige Stellungnahmen der nordkoreanischen Regierung zu den Annual Reports[39] des US-Außenministeriums (Auszüge)

Nr.	Datum	Art der Veröffentlichung	Organisation/ Medium	Inhalt der Stellungnahme
1	13.03.1996, 21:13 Uhr	Antwort des Pressesekretärs des Außenministeriums der DVRK	Korean Central Radio	Die kürzlich erschienenen Country Reports on Human Rights Practices des US-Außenministeriums haben unsere Nation und unser Regime herabgewürdigt.
2	06.02.1997, 22:07 Uhr			
3	07.03.1999, 06:08 Uhr			
4	02.03.2000, 07:11 Uhr			
5	02.03.2001, 07:09 Uhr			Die USA haben versucht unsere Nation, die DVRK, herabzuwürdigen, indem sie uns Menschenrechtsverletzungen vorwerfen.
6	02.03.2002, 06:07 Uhr			
7	04.04.2003, 06:23 Uhr	Stellungnahme des Pressesekretärs des Außenministeriums der DVRK		Die USA haben ihren jährlichen Bericht zur Menschenrechtslage in Ländern außerhalb der USA veröffentlicht.
8	05.03.2005, 22:07 Uhr	Antwort des Pressesekretärs des Außenministeriums der DVRK		Die USA haben versucht unsere Nation, die DVRK, herabzuwürdigen, indem sie uns Menschenrechtsverletzungen vorwerfen.
9	14.03.2006, 07:07 Uhr	Stellungnahme des Pressesekretärs des Außenministeriums der DVRK		Das US-Außenministerium hat die DVRK kritisiert, indem sie meint, dass das Land weiterhin schwerste Menschenrechtsverletzungen begeht.

39 In Nordkorea werden die *Country Reports on Human Rights Practices* des US-Außenministeriums als „Annual Reports" bezeichnet.

10	11.06.2007	Leitartikel der Korean Central News Agency	Korean Central News Agency (KCNA)	Kritik am US-Sonderbeauftragten zu Nordkorea wegen Übermittlung des jährlichen Berichts an den US-Kongress. Außerdem Hinweis darauf, dass „die Menschenrechtslage eines Landes Angelegenheit ausschließlich des Landes selbst ist. Die USA versuchen sich in diese Angelegenheit einzumischen, wobei sie dessen staatliche Souveränität verletzen.“
11	30.05.2012, 06:10 Uhr	Stellungnahme des Pressesekretärs des Außenministeriums der DVRK	Korean Central Television	Die *Country Reports on Human Rights Practices for 2011* beleidigen antiimperialistische Staaten auf Schwerste, darunter auch die DVRK.
12	23.04.2013, 17:35 Uhr	Stellungnahme des Pressesekretärs des Außenministeriums der DVRK	Radio Pyongyang	Die *Country Reports on Human Rights Practices for 2012* beleidigen die DVRK auf Schwerste.
13	07.03.2014, 21:25 Uhr	„Die Verurteilung“ von der Korean Central News Agency		Die USA werden von der internationalen Gemeinschaft zurechtgewiesen, weil sie erneut einen Bericht über die Menschenrechtssituationen in anderen Staaten veröffentlicht haben, die sie nichts angehen.
14	29.04.2018	-	Sogwang (Internetseite)	Kritik an den *Country Reports on Human Rights Practices for 2017*. Hinweis darauf, dass „die USA aufgrund ihrer Menschenrechtsverletzungen die eigentlich Schuldigen sind.“

Typisch für Nordkorea ist es, alle Behauptungen der internationalen Gemeinschaft zu verurteilen. Sobald die internationale Gemeinschaft Vorwürfe oder Kritik gegen den obersten Führer, Menschenrechte in Nordkorea oder das nordkoreanische Nuklearprogramm erhebt, versuchen die nordkoreanische Regierung und ihre Beamt/innen diese Vorwürfe zu bestreiten und dagegenzuhalten, dass imperialistische/kapitalistische Staaten ohne handfeste Beweise Nordkorea herabzuwürdigen versuchen. Darüber hinaus sind die Kommentare und Stellungnahmen der nordkoreanischen Regierung in aller Regel feindselig und sehr direkt. Sofern notwendig, enthalten einige der Aussagen verzerrte oder falsche Informationen, um die Wahrheit zu verschleiern. Nordkorea behauptet, dass die USA ihr größter Feind seien. Die nordkoreanische Regierung beteuert, dass sie diplomatische Beziehungen zu Staaten aufnehme, die Nordkorea bevorzugt behandeln. Sie versichert überdies, dass diese diplomatischen Beziehungen unter Einhaltung der Eckpfeiler nordkoreanischer Außenpolitik gepflegt würden – Unabhängigkeit, Frieden und Freundschaft. Allerdings sieht Nordkorea in der Realität alle anderen Staaten – auch die Volksrepublik China – als Feind an.[40] Für Nordkorea sind diese übrigen Staaten lediglich solche, aus denen es Vorteile ziehen könnte.

Vor diesem Hintergrund ist internationales Menschenrechtsengagement, darunter auch dasjenige der USA, ein sensibles Thema für die nordkoreanische Regierung. Da das nordkoreanische Regime seine Bürger/innen 75 Jahre dahingehend indoktriniert hat, dass ihr Land ein „idealer Himmel auf Erden, regiert vom allmächtigen *Suryong*" sei, ist es unmöglich für die Regierung zuzugeben, dass Menschenrechtsverletzungen im Land begangen werden. Würde Nordkorea solche Behauptungen bestätigen, ginge dies mit einer Absage an den *Suryong* und sein Regime einher. Dementsprechend ist die jährliche von der US-Regierung herausgebrachte Veröffentlichung *Country Reports on Human Rights Practices* sicherlich eine Herausforderung für die nordkoreanische Regierung.

Auch wenn Nordkorea die Menschenrechtsberichte des US-Außenministeriums seit den 1990er Jahren verurteilt, haben die *Country Reports on Human Rights Practices* für das Jahr 2017 (veröffentlicht im April 2018) die heftigste Kritik der nordkoreanischen Regierung erfahren. **Tabelle 2** zeigt eine Übersicht zu früheren Veröffentlichungen in nordkoreanischen Medien, darunter auch in Sogwang (서광), einer offiziellen Zeitschrift der Koreanischen Volksarmee.[41] Die

40 Lee, KwanHyung. "A Study on North Korean Spies: Interviews with Former Elite Secret Agents of North Korea." *Korean Journal of Military Art and Science*, Vol. 76, No. 1, 2020, 322.

41 Weitere Artikel erschienen in folgenden Medien: einer in *Ryomyong* (려명), zwei in *DPRK Today* (조선의 오늘), fünf in *Uriminzokkiri* (우리민족끼리), drei in *Arirang Meari* (메아리), einer in *Ryugyong* (류경) und zwei in *Tongil Voice* (통일의 메아리).

anhaltende Kritik an der Menschenrechtslage in Nordkorea durch die US-Regierung, selbst vor dem US-Nordkorea Gipfeltreffen am 12.06.2018, war eine Überraschung für Nordkorea. *Uriminzokkiri*, ein Propagandamedium, das von der Abteilung für die Einheitsfront (*United Front Department*; 통일전선부; *Tongil Jeonseonbu*) innerhalb der Partei der Arbeit Koreas gesteuert wird, veröffentlichte die höchste Anzahl an kritischen Artikeln. Diese können auch als Beschwerde gegenüber der südkoreanischen Regierung gedeutet werden, die sich anbot, zwischen den USA und der DVRK zu vermitteln.

2. Das Engagement der Vereinten Nationen und die Reaktion Nordkoreas

Von 2003 bis 2005 hat die UN-Menschenrechtskommission die Resolution „Lage der Menschenrechte in der DVRK" (nachfolgend „die Resolution") verabschiedet. Außerdem hat der UN-Menschenrechtsrat als Nachfolgeinstitution der UN-Menschenrechtskommission diese Resolution seit 2008 jährlich verabschiedet (siehe **Tabelle 3**). 2019 wurde sie ohne Abstimmung verabschiedet. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat dieselbe Resolution ebenso seit 2005 verabschiedet, um ihrer Sorge über die Menschenrechtslage in Nordkorea Ausdruck zu verleihen (siehe **Tabelle 4**). Überdies wurde im März 2013 die Untersuchungskommission zu Menschenrechten in Nordkorea (*Commission of Inquiry on Human Rights in the DPRK* bzw. CoI; im Folgenden „die Untersuchungskommission") vom UN-Menschenrechtsrat eingerichtet. Nach einjähriger Untersuchung berichtete die Untersuchungskommission, dass systematische, weitverbreitete und schwere Menschenrechtsverstöße von der nordkoreanischen Regierung verübt würden. Die Untersuchungskommission hielt zudem fest, dass zu diesen Verstößen auch Verbrechen gegen die Menschlichkeit zählten. Um die Menschenrechtslage in Nordkorea zu überwachen, wurde im Juni 2015 das UN-Menschenrechtsbüro in Seoul eröffnet.

Unter fortlaufender Kritik an Nordkoreas problematischen Menschenrechtspraktiken begannen die Vereinten Nationen sich in den 1990er Jahren für Menschenrechte in Nordkorea stark zu machen. Bis Mitte der 2000er war Nordkorea mit seiner Kritik an den UN zurückhaltend. Vor diesem Hintergrund erklärt sich, warum Nordkorea die Verabschiedung der Resolution durch das

dritte Komitee der Generalversammlung der Vereinten Nationen im November 2005 nicht angefochten hat.[42] Zudem war die Kritik der nordkoreanischen Regierung an den Vereinten Nationen, sofern sie denn überhaupt Kritik an diesen aussprach, nie so heftig wie diejenige, die sie der US-Regierung entgegenbrachte.[43]

Als die UN-Generalversammlung die Resolution zum ersten Mal in der Vollversammlung vom 16.12.2005 verabschiedete, sagte der Botschafter der DVRK bei den Vereinten Nationen in einer Pressekonferenz:

> *Die „Resolution" basiert auf falschen Daten und Informationen, welche von Feindstaaten der DVRK erfunden worden sind. Diese Resolution ist eine Verunglimpfung, die darauf abzielt, das politische System und die Institutionen der DVRK umzustürzen. Vor diesem Hintergrund verurteilen wir diese Resolution (…) Um die Anschuldigungen über Menschenrechtsverletzungen zu beenden und Zusammenarbeit zu erreichen, sollten wir zunächst die USA verurteilen, weil sie Menschenrechtsthemen als politisches Manöver verwenden. Darüber hinaus gilt es auch andere Staaten wie Japan oder die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zu verurteilen, weil sie auf Seiten der USA stehen.*[44]

Als der UN-Menschenrechtsrat die Resolution im März 2008 verabschiedete, beschrieb die nordkoreanische Regierung sie als „politische Farce, die darauf abzielt, unsere Ideologie und Institutionen zu zerstören" und „eine politisch motivierte Resolution, welche auf falschen Informationen und erfundenen Daten beruht." Nordkorea beschrieb die Europäische Union und Japan als

42 "Who is the 'Resolution on the Situation of Human Rights in North Korea' for (Editorials)", *Korean Central News Agency* (Pyongyang), 22. Nov. 2005. (In den KCNA-Leitartikeln wurde insbesondere die EU für die Verabschiedung der Resolution kritisiert und nicht die UN. Die Resolution wurde von der EU entworfen, aber Nordkorea wollte wahrscheinlich auch eine direkte Kritik an den Vereinten Nationen vermeiden, weil es Angst vor internationaler Isolation hat. Nach Nordkoreas Argumentation basiere die Resolution „auf falschen Informationen und erfundenen Daten. Die EU verhält sich im Einklang mit der Politisierung der Menschenrechte durch die USA.")

43 "The Statement of the Press Secretary of the Ministry of Foreign Affairs of the DPRK – If Human Rights Issue is Misused to Abuse the Nation, We would Take Decisive Steps to Counter," *Korean Central News Agency* (Pyongyang), 20. Apr. 2005. (Das Presse-Statement lautete: „Wenn die Resolution dazu missbraucht wird, unsere Nation zu beschimpfen, werden wir entschiedene Schritte gegen diese Maßnahmen unternehmen."); "The Statement of the Press Secretary of the Ministry of Foreign Affairs of the DPRK – Denunciation of 'the Resolution on the Situation of Human Rights in North Korea' as Non-Statutory Document," Korean Central News Agency (Pyongyang), 21. Nov. 2005.

44 "The Denunciation of 'the Resolution on the Situation of Human Rights in North Korea', the Press Briefing of the DPRK Ambassador to the UN," Korean Central News Agency (Pyongyang), 27. Dez. 2005.

Tabelle 3. Abstimmungsergebnisse der UN-Menschenrechtskommission bzw. des UN-Menschenrechtsrates bezüglich der Annahme der Resolution zur Menschenrechtslage in der DVRK.

Nr.	Sitzung	Datum	Dafür	Dagegen	Enthaltung	Abstimmungsverhalten Südkoreas
1	59. Sitzung der UN-Menschenrechtskommission	16.04.2003	28	10	14	Keine Teilnahme
2	60. Sitzung der UN-Menschenrechtskommission	15.04.2004	29	8	16	Enthaltung
3	61. Sitzung der UN-Menschenrechtskommission	14.04.2005	30	9	14	Enthaltung
4	7. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates	16.03.2008	22	7	18	Dafür
5	10. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates	16.03.2009	26	6	15	Mitträger
6	13. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates	16.03.2010	28	5	13	Mitträger
7	16. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates	16.03.2011	30	3	11	Mitträger
8	19. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates	16.03.2012	Konsens			Mitträger
9	22. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates	16.03.2013	Konsens			Mitträger
10	25. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates	16.03.2014	30	6	11	Mitträger
11	26. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates	16.03.2015	27	6	14	Mitträger
12	31. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates	16.03.2016	Konsens			Mitträger
13	34. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates	16.03.2017	Konsens			Mitträger
14	37. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates	16.03.2018	Konsens			Mitträger
15	40. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates	16.03.2019	Konsens			Mitträger; keine Teilnahme

Tabelle 4. Abstimmungsergebnisse der Generalversammlung der Vereinten Nationen bezüglich der Annahme der Resolution „Menschenrechtslage in der DVRK“.

Nr.	Sitzung	Datum	Dafür	Dagegen	Enthaltung	Abstimmungsverhalten Südkoreas
1	60. Sitzung der UN-Generalversammlung (Drittes Komitee)	17.11.2005	84	22	62	Enthaltung
	60. Sitzung der UN-Generalversammlung (Vollversammlung)	16.12.2005	88	21	60	
2	61. Sitzung der UN-Generalversammlung (Drittes Komitee)	17.11.2006	91	21	60	Dafür
	61. Sitzung der UN-Generalversammlung (Vollversammlung)	19.12.2006	99	21	56	
3	62. Sitzung der UN-Generalversammlung (Drittes Komitee)	20.11.2007	97	23	50	Enthaltung
	62. Sitzung der UN-Generalversammlung (Vollversammlung)	18.12.2007	101	22	59	
4	63. Sitzung der UN-Generalversammlung (Drittes Komitee)	21.11.2008	95	24	62	Mitträger
	63. Sitzung der UN-Generalversammlung (Vollversammlung)	18.12.2008	94	22	63	
5	64. Sitzung der UN-Generalversammlung (Drittes Komitee)	19.11.2009	97	19	65	Mitträger
	64. Sitzung der UN-Generalversammlung (Vollversammlung)	18.12.2009	99	20	63	
6	65. Sitzung der UN-Generalversammlung (Drittes Komitee)	18.11.2010	103	18	60	Mitträger
	65. Sitzung der UN-Generalversammlung (Vollversammlung)	22.12.2010	106	21	55	
7	66. Sitzung der UN-Generalversammlung (Drittes Komitee)	21.11.2011	112	16	55	Mitträger
	66. Sitzung der UN-Generalversammlung (Vollversammlung)	19.12.2011	123	16	51	
8	67. Sitzung der UN-Generalversammlung (Drittes Komitee)	27.11.2012	Konsens			Mitträger
	67. Sitzung der UN-Generalversammlung (Vollversammlung)	20.12.2012				
9	68. Sitzung der UN-Generalversammlung (Drittes Komitee)	19.11.2013	Konsens			Mitträger
	68. Sitzung der UN-Generalversammlung (Vollversammlung)	18.12.2013				

10	69. Sitzung der UN-Generalversammlung (Drittes Komitee)	18.11.2014	111	19	55	Mitträger
	69. Sitzung der UN-Generalversammlung (Vollversammlung)	18.12.2014	116	20	53	
11	70. Sitzung der UN-Generalversammlung (Drittes Komitee)	19.11.2015	112	19	50	Mitträger
	70. Sitzung der UN-Generalversammlung (Vollversammlung)	17.12.2015	119	19	48	
12	71. Sitzung der UN-Generalversammlung (Drittes Komitee)	15.11.2016	Konsens			Mitträger
	71. Sitzung der UN-Generalversammlung (Vollversammlung)	19.12.2016				
13	72. Sitzung der UN-Generalversammlung (Drittes Komitee)	14.11.2017	Konsens			Mitträger
	72. Sitzung der UN-Generalversammlung (Vollversammlung)	19.12.2017				
14	73. Sitzung der UN-Generalversammlung (Drittes Komitee)	15.11.2018	Konsens			Mitträger
	73. Sitzung der UN-Generalversammlung (Vollversammlung)	17.12.2018				
15	74. Sitzung der UN-Generalversammlung (Drittes Komitee)	14.11.2019	Konsens			Mitträger; keine Teilnahme
	74. Sitzung der UN-Generalversammlung (Vollversammlung)	18.12.2019				

„Staaten, welche von der US-Regierung angestiftet wurden, auf Seiten der anti-nordkoreanischen Propaganda zu stehen."[45] Solche Ansichten äußert Nordkorea bis heute.

Eine derjenigen UN-Maßnahmen, welche die nordkoreanische Regierung völlig überraschte, war die Verabschiedung der Resolution in der 22. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates am 21.03.2013. Diese Resolution wurde ohne Abstimmung verabschiedet und führte zur Einrichtung der UN-Untersuchungskommission. Diese veröffentlichte im Februar 2014 ihren *Report of the commission of inquiry on human rights in the Democratic People's Republic of Korea*. Viele internationale Organisationen und Expert/innen unterstützten die Ermittlungen der Untersuchungskom-

45 "The Press Secretary of the Ministry of Foreign Affairs of the DPRK, 'The Resolution' of the UN Human Rights Council is a document aiming for political mudslinging," Korean Central News Agency (Pyongyang), 29. März 2008.

mission zur Menschenrechtslage in Nordkorea. NK Watch half der Kommission durch Vorlage von UN-Petitionen, die Zeugenaussagen von Opfern nordkoreanischer Menschenrechtsverletzungen enthielten. Die nordkoreanische Regierung reagierte sehr empfindlich auf die Untersuchungen. Sie verunglimpfte Michael Kirby, den Vorsitzenden der Untersuchungskommission, hielt sich bei direkter Kritik an den Vereinten Nationen jedoch weiterhin zurück.

> *Während viele Journalist/innen die Authentizität des Berichts der Untersuchungskommission zur Menschenrechtslage in Nordkorea infrage stellten, versucht die Untersuchungskommission sich damit herauszureden, dass die Angaben auf Zeugenaussagen nordkoreanischer Flüchtlinge beruhen. Kurioserweise empfahl die Untersuchungskommission, dass es jetzt an der Zeit wäre, die Menschenrechtslage in Nordkorea an den UN-Sicherheitsrat und den Internationalen Strafgerichtshof zu verweisen. Indem sie politische Betrüger wie Michael Kirby anlockt, schwärmt sie davon, nordkoreanische Menschenrechtsverstöße international öffentlich zu machen. Nichtsdestoweniger existieren diese Verstöße in Wahrheit nicht. Diese nordkoreanischen Flüchtlinge, welche Michael Kirby erwähnte, sind nichts weiter als Straftäter/innen, Terrorist/innen und Flüchtige, welche schwere Verbrechen begangen haben, die niemals verziehen werden können.*[46]

Dass die nordkoreanische Regierung auf diese Weise reagiert hat, liegt darin begründet, dass der *CoI*-Bericht der erste offizielle UN-Bericht war, der die Menschenrechtslage in Nordkorea beleuchtete. Dieser Bericht enthielt Zeugenaussagen nordkoreanischer Flüchtlinge, darunter die UN-Petitionen, die von NK Watch eingereicht wurden. Da der Bericht detaillierte Zeugenaussagen nordkoreanischer Flüchtlinge enthielt, war die nordkoreanische Regierung sehr erpicht darauf, diese Angelegenheit zu torpedieren. Seit den 1990ern bezeichnet die nordkoreanische Regierung Flüchtlinge aus dem Land als „Drecksäcke", „Verbrecher/innen" und „Verräter/innen". Da Nordkorea die Außenwelt als Staatsfeind ansieht, stellt die Übertretung der Staatsgrenze eine Straftat dar.[47] Darüber hinaus wird der Begriff „Drecksäcke" häufig verwendet, um nordkoreanische Überläufer/innen zu bezeichnen, insbesondere solche, welche die Wahrheit über das nord-

46 "We will End All Political Mudslinging Campaigns by Crazy, Political Imposters (Editorials)", Korean Central News Agency (Pyongyang), Apr. 22, 2014.

47 Nordkoreaner/innen, die außerhalb Nordkoreas leben, gehen Verpflichtungen unter der Direktive der nordkoreanischen Regierung nach. Sie handeln also nach den Befehlen der Regierung, wenn sie im diplomatischen Dienst, im Handel, als Arbeiter/innen oder in der Spionage tätig sind.

koreanische Regime verbreiten oder sich an Tätigkeiten beteiligen, die die grausame Wahrheit über Nordkorea ans Licht bringen könnten.[48]

Nach derselben Logik unterminierte und torpedierte die nordkoreanische Regierung den Bericht der Untersuchungskommission (nordkoreanische Flüchtlinge sind „Drecksäcke", damit sind ihre Aussagen falsch und der Bericht der Untersuchungskommission nichts wert). Diese Vorgehensweise wurde auch in einer Rede von Ri Su-Yong, Außenminister der DVRK, deutlich. Am 03.03.2015 hielt er in der Sitzung des UN-Menschenrechtsrates folgende Rede:

> *Bezüglich der Menschenrechtslage in Nordkorea sind die Feindstaaten nur daran interessiert, die Worte nordkoreanischer Abtrünniger zu hören, die in Wahrheit Drecksäcke sind, welche gesündigt und ihre Familien in Stich gelassen haben. Es wurde bereits festgestellt, dass alle Zeugenaussagen, auf denen der Bericht der Untersuchungskommission beruht, Lügen sind. Dies zeigt offenkundig die Fehlerhaftigkeit der Resolution, wie sie von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet worden ist. Jeder Staat nimmt die Entscheidung eines Richters zurück, sofern sie auf falschen Zeugenaussagen beruht. Der Bericht nimmt für sich in Anspruch, dass mehrere weitere Abtrünnige in dieser Weise ausgesagt haben; dabei ist allgemein anerkannt, dass anonyme Zeugenaussagen nicht als Beweis in Gerichtsverfahren irgendeines Staates zugelassen sind. Dementsprechend sollte die Verabschiedung der Resolution durch die UN unverzüglich aufgehoben werden. Der UN-Menschenrechtsrat sollte überdies dringend die von den USA begangene Folter auf seine Agenda setzen. Dies würde das Ende der Selektivität und der Doppelmoral der Vereinten Nation in Sachen Menschenrechtsangelegenheiten bedeuten.*

Das Engagement des Außenministers der DVRK in den Vereinten Nationen kann als Reaktion gegen den Bericht der Untersuchungskommission sowie die Empfehlung der Generalversammlung der Vereinten Nationen, Kim Jong-un dem Internationalen Strafgerichtshof zu überlassen, gesehen werden. Es zeigt also, wie das internationale Menschenrechtsengagement Nordkorea beeinflusst und unter Druck gesetzt hat.

48 Anna Fifield, "He ran North Korea's secret moneymaking operation. Now he lives in Virginia." *The Washington Post*,13. Juli 2017. (Als ein Reporter den Botschafter der DVRK bei den UN nach Jong Ho Ri, einem ehemaligen hochrangigen Beamten im „Büro 39" fragte, antwortete dieser: „Er ist Müll.")

Neben der Verunglimpfung von Michael Kirby und der Aktivitäten der Untersuchungskommission veröffentlichte die nordkoreanische Regierung ebenfalls einen Bericht, den „Bericht über die Menschenrechtssituation in Nordkorea" (*Report on Human Rights Situation in DPRK*). Dieser Bericht stammt von der *Korea Association for Human Rights Studies*, von der die nordkoreanische Regierung behauptet, sie sei eine Nichtregierungsorganisation[49], die im August 1992 gegründet wurde. Obschon die nordkoreanische Regierung unter dem Namen der *Korea Association for Human Rights Studies* das internationale Menschenrechtsengagement kritisiert hatte, handelt es sich dabei um den ersten Bericht dieser Vereinigung.[50] Dieser Bericht war auch der erste aus Nordkorea, der die Menschenrechtslage in dem Land beleuchten sollte. Der Gesamtumfang des Berichts beträgt 109 Seiten und ist in folgende Kapitel unterteilt:

- *Vorwort*
- *Die Mechanismen zum Schutze der Menschenrechte in der DVRK*
- *Die Ausübung von Menschenrechten in der DVRK*
- *Die Bemühungen und die gegenwärtige Situation der DVRK zum Schutze der Menschenrechte*
- *Hindernisse für den Schutz der Menschenrechte in der DVRK*
- *Aussichten des Menschenrechtsschutzes in der DVRK*
- *Schlusswort*
- *Anhang (Einführung zur Korea Association for Human Rights Studies)*[51]

Laut dem Vorwort sind Sinn und Zweck des Berichts, die ungenauen und verzerrten Ansichten über die Menschenrechtssituation in Nordkorea zu korrigieren. Im Vorwort wird dazu ausgeführt: „In der internationalen Gemeinschaft verbreiten eine Reihe anti-nordkoreanischer Mächte Falschinformationen und Gerüchte über Nordkorea, insbesondere über die dortige Menschenrechtslage. Die nordkoreanische Regierung hat aufgrund dessen eine Reihe von Nachteilen erlitten, weswegen sich dieser Bericht um korrekte Daten und Informationen über die Menschenrechtslage in Nordkorea bemüht." Nach diesem Bericht ist Nordkorea ein Land ohne jegliche

49 In Nordkorea wird die Gründung einer Nichtregierungsorganisation als Verbrechen gegen den Staat angesehen. Es kann also keine NGOs in Nordkorea geben.

50 Seit 1992 hat die *Korea Association for Human Rights Studies* ihre Äußerungen bzw. Kritik in verschiedenen Formen über die nordkoreanischen Medien verbreiten lassen, z.B. als Stellungnahmen.

51 Korea Association for Human Rights Studies, *Report on Human rights Situation in DPRK*. Pyongyang, 2014, 1-3.

menschenrechtlichen Probleme. Der Bericht führt aus, dass im Falle einer Menschenrechtsverletzung in Nordkorea eine derartige Angelegenheit im Rahmen eines gerechten Systems und gerechter Verfahrensweisen behandelt werde. Unabhängig von der Glaubhaftigkeit dieses Berichtes ist anzumerken, dass Nordkorea einen derartigen Bericht veröffentlicht und der Außenwelt zugänglich gemacht hat. Dieser Wandel lässt sich als Beweis dafür heranziehen, dass die nordkoreanische Regierung auf internationales Menschenrechtsengagement reagiert.

Nachfolgend werden die allgemeinen Merkmale dargestellt, durch welche die Reaktionen der nordkoreanischen Regierung auf das UN-Menschenrechtsengagement charakterisiert werden.

1) Die Ziele nordkoreanischer Kritik sind die Vereinigten Staaten von Amerika, die Europäische Union und Japan, nicht aber die Vereinten Nationen selbst. Die südkoreanische Regierung ist ebenso Teil der Kritik, weil sich das Land dazu entschloss, die „Resolution zur Menschenrechtslage in der DVRK" mitzutragen. Da Nordkorea internationale Isolation fürchtet, wird eine Verurteilung der Generalversammlung der Vereinten Nationen vermieden.

2) Nordkorea weist darauf hin, dass es auch auf den Gebieten der USA, der EU, Japan und Südkorea Menschenrechtsprobleme gibt. Vor diesem Hintergrund kritisiert die nordkoreanische Regierung die Doppelmoral der Weltgemeinschaft dafür, dass sie gegen die dort begangenen Menschenrechtsverletzungen keinerlei Maßnahmen unternimmt, sondern nur gegen Menschenrechtsverletzungen in Nordkorea vorgeht. Nordkoreanische Regierungsangehörige verlangen von Japan, sich für sein vergangenes Fehlverhalten zu entschuldigen, und drängen die Weltgemeinschaft dazu, Sanktionen gegen Japan zu verabschieden. Interessant ist, dass die nordkoreanische Regierung die einzigartige Situation des Landes hervorhebt, in welchem das Konzept von Menschenrechten durch das politische System Nordkoreas anders ausgelegt wird. Nordkorea behauptet also, dass das Konzept der Menschenrechte in den Staaten der Welt unterschiedlich aufgefasst werde und dass dieses Konzept von Menschenrechten das Ergebnis des politischen Systems eines jeden Staates sei. Nichtsdestoweniger anerkennen und verwenden nordkoreanische Beamt/innen während UN-Sitzungen und internationalen Konferenzen das allgemein geltende Konzept von Menschenrechten, wie es von der Weltgemeinschaft übereinstimmend verwendet wird.

3) Nordkorea beschreibt jegliche gegen das Land gerichtete internationale Menschenrechtskritik als „politisches Manöver", „Subversion" und „Verletzung der staatlichen Souveränität". Diese Begriffe sind typische Ausdrücke und Antworten, wenn nordkoreanische Beamt/innen internationale Kritik verwerfen.

Obwohl es schwer ist zu beurteilen, ob das UN-Engagement effektive und positive Veränderungen der Menschenrechtslage in Nordkorea hervorgebracht hat, ist festzuhalten, dass sich der Blickpunkt auf und die Wahrnehmung von Menschenrechten durch die nordkoreanische Re-

gierung, wie sie in internationalen Konferenzen und Treffen zum Ausdruck kommen, teilweise gewandelt haben. Man kann also sagen, dass die Verabschiedung der Resolution durch die UN-Generalversammlung seit 2005, die Einrichtung der *Universal Periodic Review* (UPR; regelmäßiges Prüfverfahren des UN-Menschenrechtsrats, Anm. d. Übers.) seit 2008, die Einsetzung der Untersuchungskommission 2013 sowie die Einrichtung des UN-Menschenrechtsbüros in Seoul im Jahre 2015 zusammengenommen die nordkoreanische Regierung dahingehend beeinflusst haben, die Menschenrechtslage zumindest oberflächlich zu verändern.

3. Das Engagement der Vereinigten Staaten von Amerika und die Reaktion Nordkoreas

Im Zeitraum von Anfang bis Mitte der 2000er Jahre zeigten sich strategische Veränderungen im internationalen Engagement für die Menschenrechte in Nordkorea. Im Oktober 2004 wurde von der US-Regierung der *North Korean Human Rights Act* erlassen. Auf Grundlage dieses Gesetzes übten die US-Regierung sowie private, gemeinnützige Organisationen größeren Einfluss auf die Menschenrechtslage in Nordkorea aus.[52] Insbesondere die Hilfe, die der *National Endowment for Democracy* (NED) südkoreanischen NGOs zukommen ließ, ermöglichte diesen NGOs Aktivitäten auszuüben, die kleine, aber effektive Veränderungen der Menschenrechtslage in Nordkorea herbeiführten.

Der NED ist eine 1983 unter den gemeinsamen Bemühungen von Demokraten und Republikanern gegründete „private, gemeinnützige Stiftung, welche die Projekte von Nichtregierungsorganisationen im Ausland unterstützt, die sich für demokratische Ziele einsetzen."[53] Nachdem der NED ein Seminar des Instituts für Fernoststudien der Universität Kyungnam unter dem Titel „Perspektiven auf wirtschaftliche Reformen und Liberalisierung in Nordkorea" unterstützt hatte, begann er sich für die Menschenrechtslage in Nordkorea zu interessieren. Um das Jahr 2000 he-

52 Der US-Kongress erließ 2004 den *North Korean Human Rights Act* mit drei Zielen: Förderung der Menschenrechte in Nordkorea, Unterstützung von Nordkoreaner/innen in Not und Schutz von nordkoreanischen Flüchtlingen. Ab dieser Zeit begannen die USA verschiedenen internationalen Organisationen, darunter auch südkoreanischen NGOs, Gelder zur Verfügung zu stellen, um Menschenrechte und Demokratie in Nordkorea zu fördern. Auf der Grundlage dieses Gesetzes konnte die US-Regierung jährlich etwa 2 Mio. Dollar für die Menschenrechte in Nordkorea bewilligen. Insbesondere unter der Bush-Administration erhöhte die Regierung die Mittel für Programme zur Förderung von Demokratie und Menschenrechten, was auch das Budget des NED erhöhte.

53 The US Department of State. *The Budget in Brief – Fiscal Year 2005*. Washington D.C.: The US Department of State, 2005, 124.

rum begann der NED zahlreiche südkoreanische NGOs zu fördern, die sich für Menschenrechte in Nordkorea einsetzten, darunter die *Founding Ceremony of Democracy Network against North Korean Gulag*[54] oder die *Citizens' Alliance for North Korean Human Rights*.[55]

In den frühen 2000er Jahren erhöhte sich die Anzahl an NGOs, die sich für Menschenrechtsbelange in Nordkorea einsetzten, und sie spielten eine sehr dynamische Rolle im Rahmen des Menschenrechtsengagements. Gemeinsam mit zahlreichen NGOs konnte die *Founding Ceremony of Democracy Network against North Korean Gulag*, gegründet von Ahn Myeong-Chul[56], einem ehemaligen Lagerwächter, sowie von Kang Cheol Hwan, einem Überlebenden der Lager für politische Gefangene in Nordkorea, das Engagement für Menschenrechte in Nordkorea stark beeinflussen. Diese Initiative für das Engagement zur Menschenrechtslage in Nordkorea beruhte auf der fragwürdigen Haltung der südkoreanischen Regierung, wenn es um die Auseinandersetzung mit der Menschenrechtslage in Nordkorea ging. Wie aus **Tabelle 3** ersichtlich, nahm die südkoreanische Regierung an der 59. Sitzung der UN-Menschenrechtskommission nicht teil und enthielt sich ihrer Stimme bei der 60. und 61. Sitzung. Darüber hinaus enthielt sich die südkoreanische Regierung bei der Generalversammlung der Vereinten Nation in den Jahren 2005 und 2007. Opfer von nordkoreanischen Menschenrechtsverletzungen konnten diese Entscheidungen der südkoreanischen Regierung nicht nachvollziehen. Ein derartiges Verhalten stellte den Glauben der südkoreanischen Regierung an Menschenrechte infrage. Vor diesem Hintergrund glaubten Geflohene aus Nordkorea, dass nur ihr eigenes Engagement die Menschenrechtslage in Nordkorea verändern könnte.

Anfang bis Mitte der 2000er Jahre gab es umfassende Aktivitäten zur Förderung der Menschenrechte in Nordkorea. 2003 wurde der *North Korean Freedom Act* im US-Kongress vorgestellt. 2004 trat ein entsprechendes Gesetz in Kraft. Die UN-Menschenrechtskommission nahm 2005 die „Resolution zur Lage der Menschenrechte in Nordkorea" an, ebenso die UN-Generalversammlung.

54 Die Organisation nannte sich ab 2003 „Network for North Korean Democracy and Human Rights" und ab 2014 „NK Watch".

55 Die Menschenrechtsprojekte, die vom NED gefördert werden, beschäftigen sich mit diesen Themen: Informationsfreiheit, politische Bildung, demokratische Ideen und Werte, Dokumentation der Menschenrechtslage in Nordkorea und Entwicklung einer Marktwirtschaft.

56 "Testimony of Two Fugitives at the US Senate Committee on Foreign Relations (Editorials)," Korean Central News Agency (Pyongyang), 5. Mai 1999. (1999 sagten Ahn Myeong Chul und Kang Cheol Hwan vor dem US-Senatsausschuss für Auswärtige Beziehungen [*US Senate Committee on Foreign Relations*] über die Situation der Menschenrechte in Nordkorea aus. Ihre Aussagen stellten eine immense Belastung für das nordkoreanische Regime dar, das darauf sehr empfindlich reagierte. Ahn und Kang wurden von der Regierung als „Kriminelle", „Drecksäcke" und „Flüchtige" bezeichnet.)

Um diesem internationalen Menschenrechtsengagement entgegentreten zu können, machte die nordkoreanische Regierung von anderen Taktiken als in den 1990er Jahren Gebrauch. Zwischen den 1990er Jahren und der Mitte der 2000er Jahre litt Nordkorea unter einem wirtschaftlichen Abschwung und dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems, wodurch es eine massive Krise durchstehen musste. Und die Nuklearkrise, die von der nordkoreanischen Regierung selbst heraufbeschworen wurde, verschlimmerte die diplomatischen Beziehungen des Landes. Indessen reagierte Kim Jong-il intensiver auf internationale Kritik an der Menschenrechtslage, während Nordkorea die zuvor genannten Probleme anging.

Han Jin-Myeong[57], ein ehemaliger Diplomat in der nordkoreanischen Botschaft Vietnams, der 2015 nach Südkorea flüchtete, sagte aus, dass Kim Jong-il im Jahre 2003 eine Richtlinie namens „Menschenrechte sind nationale Angelegenheit" herausbrachte. Bis heute wird diese Wendung von Nordkorea verwendet, wenn es seine Vorstellung von Menschenrechten erläutert. Diese Aussage wurde auch von nordkoreanischen Medien im April 2003 aufgegriffen.[58] Nach Auffassung von Han impliziert diese Botschaft, dass alle Bemühungen, internationale Kritik an der Menschenrechtslage in Nordkorea zu kontern, zugleich auch dem Schutz der staatlichen Souveränität dienen.

Darüber hinaus erörterte Han, dass Kim Jong-il diplomatisches Personal der DVRK anwies, ihre diplomatischen Mittel einzusetzen, um jegliches internationales Engagement bezüglich der Menschenrechtslage in Nordkorea zum Erliegen zu bringen. Im Ausland eingesetzte nordkoreanische Diplomat/innen[59] wurden angewiesen, auf UN-Vertreter/innen einzuwirken, die in der UN-Generalversammlung oder dem UN-Menschenrechtsrat sitzen, um sie davon zu überzeugen, entweder gegen die Resolution zu stimmen oder sich ihrer Stimme zu enthalten. Für den Fall des Scheiterns der nordkoreanischen Diplomat/innen sandte die nordkoreanische Regierung hochkarätige Delegationen von Pjöngjang in diese Länder aus, damit deren UN-Vertreter/innen Partei für Nordkorea ergriffen.[60]

57 KwanHyung Lee, Programm-Direktor von NK Watch, ist Wissenschaftler im Bereich der Nordkoreastudien. Seit dem 17. Januar 2017 interviewte er Han Jin-Myeong (Pseudonym zu seinem Schutz). Die Interviews fanden in Seoul auf Koreanisch statt. Die Aufzeichnungen und Transkripte wurden gespeichert.

58 "U.S. not qualified to talk about human rights." Korean Central News Agency (Pyongyang), 3. April 2003.

59 Nach Daten des südkoreanischen Außenministeriums unterhielt die DVRK im Jahr 2003 42 Botschaften, drei Konsulate und fünf Büros im Ausland. Heute gibt es 47 Botschaften, drei Konsulate und vier Büros.

60 Wie in **Tabelle 4** gezeigt, gab es bis 2007 eine bedeutsame Anzahl von Delegationen, die entweder gegen die Resolution zur Menschenrechtslage in der DVRK stimmten oder sich enthielten. Es wird davon ausgegangen, dass die Überredungstaktik gegenüber den UN-Vertreter/innen hierbei eine Rolle gespielt hat.

Hinzu kommt, dass die nordkoreanische Regierung im Jahre 2003 eine „Abteilung für Menschenrechte“[61] innerhalb des Bereiches für internationale Organisationen des Außenministeriums der DVRK einrichtete (siehe **Tabelle 5** für die Struktur des Außenministeriums der DVRK). Darüber hinaus wurden Forscher/innen der nordkoreanischen Akademie für Sozialwissenschaften[62] damit betraut, offizielle Stellungnahmen anzufertigen oder Mechanismen zur Reaktion auf internationale Kritik zu erarbeiten.

Tabelle 5. Organigramm des Außenministeriums der DVRK.
Website des Außenministeriums der DVRK: http://www.mfa.gov.kp/kp/about-us/

Einheit	Abteilung
Regionale und Landesabteilungen	Abteilung für asiatische Beziehungen 1 und 2, Abteilung für europäische Beziehungen 1 und 2, Abteilung für Beziehungen in Nordamerika, Abteilung für Beziehungen in Afrika, arabischen Staaten und Lateinamerika
Andere Abteilungen	Abteilung für Presse und Information, Konsularabteilung, Abteilung für Verträge und rechtliche Angelegenheiten, Abteilung für Protokoll, Abteilung für internationale Organisationen, Abteilung für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Institute des Außenministeriums	Institut für Abrüstung und Frieden, Institut für Amerikastudien, Institut für Japanstudien
Zivilgesellschaftliche Akteure, die vom Außenministerium getragen werden	Koreanisch-chinesische Vereinigung für die Förderung zivilen Austausches, Koreanisch-kanadische Vereinigung für Kooperation, Koreanisch-japanische Vereinigung für Austausch, Vereinigung für die Förderung des internationalen wirtschaftlichen und technologische Austausches, Koreanisch-europäische Vereinigung, Koreanisch-asiatische Vereinigung, Koreanisch-russische Vereinigung für die Förderung von Austausch und Zusammenarbeit

61 Han Jin-Myeong sagte, dass Ende der 2000er Jahre sieben Personen (inkl. der Leitung) in der „Abteilung für Menschenrechte“ gearbeitet haben.

62 “U.S., Western Countries Are to Blame for World‘s Biggest Refugee Crisis: DPRK Human Rights Institute.” Korean Central News Agency (Pyongyang), 17. Juni 2017. (In Nordkorea gibt es ein Institut für Menschenrechte an der Akademie für Sozialwissenschaften der DVRK. Diese Information wurde am 17. Juni 2017 in einem nordkoreanischen Medium publiziert. Die nordkoreanische Regierung behauptete, dass das Institut für Menschenrechte einen Bericht über die Menschenrechtslage veröffentlicht hat. Aufzeichnungen zeigen jedoch, dass die Berichte für 2018 und 2019 nicht veröffentlicht wurden.)

Wie zuvor bereits ausgeführt, lag die erhöhte Sensibilität Nordkoreas bezüglich internationaler Menschenrechtskritik im Jahre 2003 darin begründet, dass die UN-Menschenrechtskommission am 16.04.2003 die Resolution zur Menschenrechtslage in der DVRK zum ersten Mal verabschiedete. Darüber hinaus verabschiedete der US-Kongress in den frühen 2000ern eine Reihe von Gesetzen bezüglich der Menschenrechte in Nordkorea.

Am 19.06.2002 verabschiedete der US-Senat einstimmig eine Resolution, die die zwangsweise Repatriierung von Nordkoreaner/innen durch China angriff. Am 20.06.2002 hielt Mark S. Kirk, ehemaliges Mitglied des US-Repräsentantenhauses, eine Rede bei der *Heritage Foundation*, in der er vorschlug, dass die US-Regierung nordkoreanischen Flüchtlingen einen vorübergehenden Schutzstatus gewähren und ihnen erlauben solle, in den USA zu leben. Darüber hinaus hielt der US-Kongress im November 2003 eine Kongressanhörung ab, um die Menschenrechtslage in nordkoreanischen Lagern für politische Gefangene zu erörtern.

Die nordkoreanische Regierung reagierte sehr sensibel gegenüber den Gesetzen und Resolutionen des US-Kongresses, die die Menschenrechte in Nordkorea betrafen. Nachfolgend findet sich eine Antwort Nordkoreas an das US-Repräsentantenhaus auf die Verabschiedung einer Resolution über Menschenrechte in Nordkorea und die Entscheidung, diese Resolution bei der 59. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates einzubringen.

> *Das US-Repräsentantenhaus hat Berichten zufolge eine „Resolution über Menschenrechte in Nordkorea" verabschiedet, in der es zur Achtung und zum Schutz von Menschenrechten von Nordkoreaner/innen aufruft, und sich dazu entschlossen, diese bei der 59. Sitzung der UN-Menschenrechtskommission vorzustellen.*
> *Es muss nicht weiter ausgeführt werden, dass diese Resolution kompletter Unsinn ist, da sie auf „Zeugenaussagen" von Abtrünnigen stammt, die ins Ausland geflohen sind, nachdem sie in Nordkorea Verbrechen begangen hatten, und enthält zahlreiche stereotype Beschimpfungen der USA gegenüber dem politischen System der DVRK aus dem letzten halben Jahrhundert, was sich in die feindselige Politik gegenüber Nordkorea einreiht.*
> *Worauf es tatsächlich ankommt ist, dass der US-Kongress eine isolierte Resolution angenommen hat, die sich ausschließlich mit menschenrechtlichen Angelegenheiten in der DVRK beschäftigt.*[63]

63 "KCNA refutes U.S. Congress anti-DPRK 'resolution'." Korean Central News Agency (Pyongyang), 25. Mai 2003.

Aufgrund des Irakkrieges befand sich Nordkorea damals in einem Schwebezustand. Die nordkoreanische Regierung befürchtete, die USA könnten in Nordkorea einmarschieren oder angreifen. Vor diesem Hintergrund gab Nordkorea zu, dass ein Urananreicherungsprogramm aufgebaut wurde, als am 04.10.2002 James A. Kelly, ehemaliger Unterabteilungsleiter für ostasiatische und pazifische Angelegenheiten des US-Außenministeriums, Nordkorea besuchte. Damit wurde die nordkoreanische Nuklearkrise wieder zu einer internationalen Angelegenheit. Es scheint, dass Nordkorea in Anbetracht dieser Umstände den Irakkrieg, der im März 2003 begann, als große Bedrohung wahrnahm. Darüber hinaus wuchs die nordkoreanische Feindseligkeit gegenüber Kritik, welche die internationale Staatengemeinschaft auch an nicht-militärischen Angelegenheiten Nordkoreas ausübte, wie etwa der Menschenrechtslage.

Auf Grundlage des *North Korea Human Rights Act* von 2004, der am 18.10.2004 von Präsident George W. Bush unterzeichnet wurde, verfolgte die US-Regierung verschiedene Maßnahmen zur Förderung und zum Schutz von Menschenrechten in Nordkorea. Unter all diesen Initiativen wurden die Aktivitäten des NED am stärksten verurteilt. Zwischen 2004 und 2017 diffamierte Nordkorea den NED durch seine Medien und Propaganda. Beispielsweise verurteilen nordkoreanische Medien den NED für die Entführung nordkoreanischer Staatsbürger/innen und bezeichneten ihn als kriminell und terroristisch (spezifische Äußerungen Nordkoreas lassen sich **Tabelle 6** entnehmen). Es wurde auch kritisiert, dass der NED konspirative Aktionen gegen Nordkorea plane, um eine Demokratie westlichen Typs einzuführen.

Tabelle 6. Antworten Nordkoreas auf Aktivitäten des NED.

Nr.	Datum	Medium	Name des Mediums	Titel und Inhalt
1	21.08.2004	Allgemeine Nachrichten	KCNA	„Wahrheit hinter ‚Problem der nordkoreanischen Abtrünnigen' aufgedeckt": KCNA beschuldigt den NED, südkoreanische rechtsgerichtete NGOs, die sich für Menschenrechte in Nordkorea einsetzen, zu nutzen, um Nordkoreaner/innen zu entführen (d.h. der NED wurde beschuldigt, Nordkoreaner/innen bei ihrer Flucht nach Südkorea zu unterstützen).
2	03.03.2005	Mitteilung des Außenministeriums der DVRK	KCNA	„Mitteilung des Außenministeriums der DVRK": Präsident Bush stand unter erheblicher Kritik dafür, beim 20. Gründungstag des NED am 06.11.2003 die DVRK als „Vorposten der Unterdrückung" bezeichnet zu haben.
3	30.04.2005	Allgemeine Nachrichten	KCNA	„Politisches Manöver der USA zur Förderung pro-amerikanischer Kräfte in Südkorea": KCNA beschuldigt die USA, über die Aktivitäten des NED pro-amerikanische Kräfte in Südkorea zu fördern.
4	03.08.2012	Kolumne der Rodong Sinmun	Rodong Sinmun	„Benennung der US-amerikanischen Achse internationaler Manöver, Terrorismus": KCNA kritisiert den NED dafür, zusammen mit Politiker/innen, südkoreanischen, japanischen und europäischen NGOS die „Alliance for North Korean Freedom" ins Leben gerufen zu haben.
5	08.08.2012	Stellungnahme des Instituts für nationale Wiedervereinigung	KCNA	„Wahrheit über US-, südkoreanische Entführungen und Terrorismus aufgedeckt": Die Stellungnahme beinhält Vorwürfe gegen den NED, nordkoreanische Bürger/innen angelockt und entführt zu haben. Ki-Won Chon, ein Geistlicher von Turi Hana, wurde besonders beschuldigt, zwischen 1990 und 2009 900 nordkoreanische Bürger/innen entführt zu haben.
6	15.01.2014	Kolumne der Rodong Sinmun	Rodong Sinmun	„Einblicke in die reaktionären Elemente westlicher Demokratie (Kolumne)": Der Artikel beschuldigt den NED, Gehirnwäsche zu betreiben, damit Menschen nach westlicher Demokratie verlangen.
7	01.01.2016	Allgemeine Nachrichten	Uriminzokkiri	„Land mit massiver Entführung wirbt auf verleumderische Weise für nordkoreanische Menschenrechte": Kritik am NED dafür, Nordkoreaner/innen, die in nördlichen Grenzregionen leben, zu entführen.

8	24.02.2016	Anklage	Rodong Sinmun	„Koreanische Vereinigung für menschenrechtliche Studien enthüllt schreckliche Menschenrechtssituation in den USA und anderen westlichen Ländern“: Kritik an der US-Regierung dafür, über das NDI (National Democratic Institute) und den NED 65 Mio. Dollar an ein osteuropäisches Land überwiesen zu haben.
9	11.05.2017	Mitteilung von KCNA	KCNA	“Mitteilung – Ein Versuch der USA, die DVRK zu terrorisieren, wäre ihre zerschmetternde Niederlage“: Kritik am NED für die Entführung von nordkoreanischen Bürger/innen, die nahe der nördlichen Grenzregionen leben, und Beschreibung des NED als terroristische Organisation, die von der CIA erschaffen wurde.
10	17.05.2017	Stellungnahme des Pressesprechers des Ministeriums für Staatssicherheit der DVRK	Ryomyong	„Stellungnahme des Pressesprechers des Ministeriums für Staatssicherheit der DVRK – Wir werden alle Achsen des Bösen eliminieren“: Kritik am NED für die Entführung von nordkoreanischen Bürger/innen, die nahe der nördlichen Grenzregionen leben, und Hervorhebung der Tatsache, dass der NED 309.7 Mio. Dollar für derartige Entführungen ausgegeben habe.

Kurz gesagt veränderte Nordkorea seine Herangehensweise im Umgang mit internationaler Menschenrechtskritik seit 2003. Anders als noch in den 1990er Jahren, als die nordkoreanische Regierung gegenüber derartiger Kritik Stillschweigen bewahrte, wurde die Regierung immer aggressiver, nachdem sich die Vereinten Nationen ab 2003 offiziell für Menschenrechte in Nordkorea einsetzten und die USA ihr Menschenrechtsengagement im Jahre 2004 initiierten. Nordkorea zeigte jetzt viel aktiveren Widerspruch auf die Äußerung internationaler Kritik an seiner Menschenrechtslage. Diese Handlungen der nordkoreanischen Regierung führten später zu Veränderungen in Nordkorea.

IV

Tatsächliche Veränderungen der Menschenrechtssituation in der Demokratischen Volksrepublik Korea

1. Reduzierung der Lager für politische Gefangene

Eine der größten Errungenschaften des Engagements für die Menschenrechte in Nordkorea war die Aufdeckung der Existenz der Lager für politische Gefangene gegenüber der internationalen Gemeinschaft. Der 1988 erschienene Untersuchungsbericht von Asia Watch und MLIHRC enthüllte, dass in Nordkorea zwölf politische Gefangenenlager existierten. Diese Veröffentlichung hatte einen großen Effekt auf die nordkoreanische Regierung. Die Existenz dieser Lager wurde durch Ahn Myeong-Chul bestätigt. Er arbeitete von 1987 bis 1994 als Wärter in vier verschiedenen Lagern für politische Gefangene, Nr. 11, Nr. 13, Nr. 22 und Nr. 26. In Nordkorea stehen diese Lager unter der Zuständigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit. Durch Ahns Flucht nach Südkorea konnte die internationale Gemeinschaft Einzelheiten über Struktur, Funktion, Rolle, Betrieb, Kapazitäten und Sicherheitssysteme der Lager in Erfahrung bringen. Soweit wir wissen, ist Ahn der einzige Zivilist, der so genaue und detaillierte Informationen über die Lager für politische Gefangene in Nordkorea besitzt. Bis heute beobachtet er über Satellitenbilder mögliche Veränderungen in den Lagern.[64]

Während seiner Zeit als Wärter wurde Ahn in der Demontage politischer Gefangenenlager eingesetzt. Während Anfang der 1990er Jahre international von zwölf Lagern für politische Gefangene in Nordkorea ausgegangen wurde, sagte Ahn aus, dass die nordkoreanische Regierung

64 Eine Analyse der Lager für politische Gefangene in Nordkorea, die auf den Aussagen von Ahn basiert, ist auf der Website von NK Watch veröffentlicht: http://www.nkwatch.org/?page_id=4297&lang=en

zwischen Ende der 1980er und 1992 aufgrund des internationalen Engagements für die Menschenrechte sechs politische Gefangenenlager abbaute: Das Lager Nr. 12 wurde im Mai 1987, Nr. 11 im Jahr 1989, Nr. 17[65] Ende der 1980er Jahre, Nr. 13 und Nr. 27 im Jahr 1990 und Nr. 26 im Jahr 1991 geschlossen. Dadurch, dass die Existenz politischer Gefangenenlager in Nordkorea gegenüber der internationalen Gemeinschaft bekannt wurde, fühlte sich die nordkoreanische Regierung unter Druck gesetzt und beschloss die Schließung dieser sechs Lager (siehe **Tabelle 7** für Details). Einige politische Gefangene der aufgelösten Lager wurden freigelassen und andere wurden in andere Lager verlegt. Hierfür wurden die verbliebenen Lager teilweise umgebaut bzw. erweitert. Laut Ahn dauert der vollständige Rückbau eines einzigen Lagers für politische Gefangene zwei bis drei Jahre und ist sehr teuer.

Tabelle 7. Verfahren zur Demontage und Erweiterung politischer Gefangenenlager Ende der 1980er bis Anfang der 1990er Jahre. Die Informationen in der Tabelle basieren auf den Aussagen Ahn Myeong-Chuls.

Phasen	Mitwirkung und Schritte
1. Befehle des Obersten Führers	Befehl ein bestehendes politisches Gefangenenlager abzubauen oder zu erweitern
2. Planung des Ministeriums für Staatssicherheit (MSS)	Planung des Projekts unter der Leitung der Farm-Abteilung (Büro 7)[66] des MSS
3. Zustimmung des Obersten Führers	Genehmigung des MSS-Plans
4. Auswahl von Einsatzgruppen durch das MSS	Auswahl der Agent/innen, insbesondere des Personals der Farm-Abteilung, und Organisation von Einsatzgruppen. Für den Abbau eines politischen Gefangenenlagers braucht es mehr Personal als für eine Erweiterung.

65 Das Lager für politische Gefangene Nr. 17 war ursprünglich dem Ministerium für Volkssicherheit unterstellt. Das Lager wurde später von dem Ministerium für Staatssicherheit betrieben, ist jedoch heute wieder dem Minister für Volkssicherheit unterstellt.

66 Die Farm-Abteilung (Büro 7) ist die dem MSS unterstellte Behörde, die für die Verwahrung und Kontrolle von politischen Kriminellen/Gefangenen zuständig ist. Die Behörde wird offiziell als „Farm-Abteilung“ bezeichnet, um ihren wahren Zweck und Verantwortlichkeiten zu verschleiern. Untereinander sprechen die Beamt/innen des MSS von „Büro 7“. Häufig wird die Nummer eines Büros bei Bedarf geändert. Bis Anfang der 1990er Jahre hieß die Farm-Abteilung „Büro 10“, aber nach Abschluss des Rückbaus der bestehenden politischen Gefangenenlager wurde sie in „Büro 7“ umbenannt.

5. Demontage oder Erweiterung des zugewiesenen Lagers für politische Gefangene durch operative Einsatzgruppen	1. Ermittlung der Anzahl der Gefangenen des den Einsatzgruppen zugewiesenen politischen Gefangenenlagers[67] und Entsendung der Gefangenen in erweiterte Gefangenenlager. 2. Auswahl der Transport-Art (Zug oder Lkw). 3. Auswahl, welche Einrichtungen des Lagers (Krematorium, Maschinengewehr-Artillerieeinheit, Fahrzeugbestand, Stacheldrahtzaun und unterirdisches Gefängnis) abgebaut werden. Die ausgewählten Einrichtungen werden gesprengt oder abgerissen. 4. Kategorisierung der verbliebenen Einrichtungen, die an das Militär und die Zivilbevölkerung übergeben werden. 5. Entscheidungen über die Verteilung aller im Gefangenenlager produzierten Feldfrüchte und Waren. 6. Benachrichtigung und Durchführung der Versetzung aller Agent/innen des MSS und Sicherheitswachen der demontierten Gefangenenlager. Sie scheiden entweder aus dem Dienst aus oder werden in ein erweitertes Gefangenenlager versetzt. 7. Vergrößerung der Einrichtungen in einem anderen Gefangenenlager, z.B. Wohnstätten für politische Gefangene, verschiedene Einrichtungen, in denen Menschenrechtsverletzungen begangen werden, Verwaltungsgebäude und Wohnstätten für Offiziere. 8. Nach dem Abschluss der Demontage eines Gefangenenlagers und der Erweiterung von Einrichtungen anderer bestehender Gefangenenlager gehen Einrichtungen des Lagers wie Eisenbahnen, Minen oder landwirtschaftliche Betriebe an das Militär oder andere Organisationen über.

Lager für politische Gefangene in Nordkorea sehen nicht aus wie Strafanstalten, wie man sie aus anderen Ländern kennt. Sie befinden sich innerhalb eines großen, abgegrenzten, in sich geschlossenen Geländes. Dieses Gelände sieht aus wie ein Dorf und funktioniert wie ein Dorf. Innerhalb dieses Geländes gibt es Unterkünfte für politische Gefangene und Sicherheitspersonal wie Agent/innen des MSS, Schulen für Angehörige des Sicherheitspersonals und politische Gefangene sowie Farmen. Auch wenn einige Leute denken mögen, dass das Leben in einem politischen Gefangenenlager gar nicht so schlimm sein mag, wenn man von den Einschränkungen in der Bewegungsfreiheit absieht, so ist die Realität doch, dass in diesen Lagern ungeheuerliche Menschenrechtsverletzungen begangen werden, die man sich gar nicht vorstellen kann.[68]

Mit Ausnahme der *Revolutionary Zone* im politischen Gefangenenlager Nr. 15 und dem Straf-

67 Informationen über politische Gefangenenlager sind nur dem Personal der Farm-Abteilung bekannt, d.h. andere Abteilungen und Büros im Rahmen des MSS haben keinen Zugang zu Informationen im Zusammenhang mit diesen Lagern. Wenn man also für die Arbeit in der Farm-Abteilung eingeteilt wird, bleibt man dort bis zum Rentenalter von 65 Jahren. Darüber hinaus sollten diese Personen nach der Pensionierung an bestimmten Wohnorten leben, die sich in der Nähe von politischen Gefangenenlagern befinden.

arbeitslager für politische Gefangene Nr. 25 sind alle politischen Gefangenenlager in Nordkorea Konzentrationslager der Sicherheitsstufe *Total Control Zone*. Eine *Total Control Zone* ist eine Zone, in der Gefangene lebenslange Haftstrafen verbüßen. Wenn eine Person in der *Total Control Zone* inhaftiert ist, kann sie unter keinen Umständen freigelassen werden. Familienangehörige und Verwandte werden ebenfalls dort inhaftiert und dort geborene Kinder[69] verbleiben auch in dieser Zone.

Es gibt zwei Gründe, warum es so teuer ist, nur ein einziges Lager für politische Gefangene abzubauen. Erstens sind die Gefangenenlager sehr groß. Das Gelände des Lagers Nr. 16 hat eine Fläche von 1.269 km² und misst 47 km von Nord nach Süd und 27 km von Ost nach West. Damit ist dieses Lager doppelt so groß wie die Fläche Seouls (605 km²). Das Gebiet des politischen Gefangenenlagers Nr. 22, das als mittelgroßes Konzentrationslager gilt, ist 414 km² groß (Nord-Süd 23 km, Ost-West 18 km), was der Größe Venedigs entspricht. Zweitens gibt es auf dem Lagergelände verschiedene Einrichtungen und Sicherheitsmaßnahmen, damit die Gefangenen nicht mit der Außenwelt kommunizieren können. Außerdem gibt es unterirdische Gefängnisse und Krematorien – Einrichtungen, in denen die grundlegenden Menschenrechte der Gefangenen verletzt werden. Alle politischen Gefangenenlager sind mit elektrischem Stacheldraht umzäunt.[70] Entlang dieser elektrischen Zäune befinden sich Sprengfallen, Sicherheitssensoren, Dornenbüsche, Sicherheitswachen, militärische Wachhunde, Wachtürme und Maschinengewehrbatterien.[71]

68 Ahn, Myeong-Chul. *They are crying* (Seoul: Chunjimedia, 1995); *Total Control Zone* (Seoul: Sidaejungshin, 2007). (Ahn Myeong-Chul bestätigte, dass eine bedeutende Anzahl politischer Gefangener, die zum ersten Mal inhaftiert werden, innerhalb von sechs Monaten Selbstmord begeht. Das liegt daran, dass das Leben in politischen Gefangenenlagern grauenhaft ist und Gefangene wie Tiere behandelt werden. Aufgrund dieses Umstände stehen politische Gefangene während der ersten sechs Monate der Haft unter intensiver Überwachung. Die nordkoreanische Regierung richtet politische Gefangene nicht hin, weil sie der Ansicht ist, dass sie für ihre Sünden mit Arbeit bis zum Tod bezahlen sollten. Wenn politische Gefangene Kinder zur Welt bringen, betont die Regierung, dass diese Kinder weiterhin für die Sünden ihrer Eltern büßen sollen.

69 Wenn ein Ehepaar in die *Total Control Zone* inhaftiert wird, kann es die Ehe nicht aufrechterhalten. Männer und Frauen leben in getrennten Wohnanlagen und Minderjährige leben in den Wohnanlagen für Frauen. Allerdings können unverheiratete Häftlinge eine „Heiratsempfehlung" als Belohnung für gute Arbeitsleistungen bekommen. Diese Politik wurde als Motivation für eine hohe Arbeitsproduktivität eingeführt. Durch die Heirat kann das Paar sieben Tage lang im selben Haus wohnen und kann sich – bei hoher Arbeitsleistung – auch darüber hinaus noch treffen. Falls aus dieser Verbindung ein Kind entsteht, wird es ebenso behandelt wie die politischen Gefangenen, die in der *Total Control Zone* inhaftiert sind.

70 Der Außenbereich jedes politischen Gefangenenlagers ist mit elektrischem Stacheldraht umzäunt. Wer diesem zu nahe (d.h. in der Regel einen Kilometer) kommt, wird erschossen.

71 Um politische Gefangene zu überwachen und an der Flucht aus dem Gefangenenlager zu hindern, patrouillieren Sicherheitsbeamt/innen des MSS verdeckt und können jederzeit Anwesenheitsappelle durchführen. Außerdem befindet sich an jeder Wohnanlage ein Wachturm. Innerhalb jeder Wohnanlage werden die politischen Gefangenen außerdem von einem Wachteam überwacht, das aus fünf politischen Gefangenen besteht.

Um all diese Anlagen zu entfernen und diese Einrichtungen abzureißen, ist also viel Zeit erforderlich. Wie in **Abbildung 2** dargestellt, gibt es in Nordkorea heute noch vier Lager für politische Gefangene (siehe auch **Anhang**). Die Anzahl wurde bis Anfang der 1990er Jahre von zwölf auf sechs reduziert, und drei Einrichtungen wurden danach noch abgebaut: Das Lager für politische Gefangene Nr. 18 wurde 2002 und das Lager Nr. 22 und die *Revolutionary Zone* im Lager Nr. 15 wurden 2012 abgerissen. Noch in Betrieb sind das politische Gefangenenlager Nr. 14, die *Total Control Zone* im politischen Gefangenenlager Nr. 15, das politische Gefangenenlager Nr. 16 und das Strafarbeitslager für politische Gefangene Nr. 25.[72]

Abbildung 2. Standorte der in Betrieb befindlichen Lager für politische Gefangene und des Konzentrationslagers für behinderte Personen[73]
Nr. 14, Nr. 15 (*Total Control Zone*), Nr. 16, Strafarbeitslager für politische Gefangene Nr. 25 und Konzentrationslager für behinderte Personen.

72 Weitere Informationen über die politischen Gefangenenlager in Nordkorea finden sich auf den Webseiten des Außenministeriums der Vereinigten Staaten (Bureau of Democracy, Human Rights, and Labor), „Prisons of North Korea“ (FACT SHEET), https://www.state.gov/prisons-of-north-korea/.

73 Nordkorea isoliert behinderte Menschen wie politische Gefangene. Das Konzentrationslager für behinderte Menschen, in dem Kleinwüchsige und Leprakranke inhaftiert sind, wird auch als „Zwergen-Konzentrationslager“ (난쟁이수용소; Nanjaeng-i-suyongso) bezeichnet.

Die Auflösung eines Lagers bedeutet nicht unbedingt die Freilassung oder Hinrichtung[74] der politischen Gefangenen. Für das nordkoreanische Regime sind Gefangene dieser Lager Zeugen ihrer Existenz und Beschaffenheit. Daher können politische Gefangene nicht lebendig freigelassen werden. Wenn die Regierung die Auflösung der *Total Control Zone* beschließen würde, würde sie bestehende Einrichtungen erweitern, um politische Gefangene und Offiziere dorthin zu verlegen bzw. zu versetzen. Die politischen Gefangenen der Lager, die bis 2012 aufgelöst wurden, wurden also in die erweiterten Einrichtungen der politischen Gefangenenlager Nr. 14, Nr. 15 (*Total Control Zone*) und Nr. 16 verlegt. Nach der Sprengung der *Revolutionary Zone* des Lagers Nr. 15 wurden einige Gefangene freigelassen und andere wurden in das Strafarbeitslager für politische Gefangene Nr. 25 verlegt. Während also mehrere *Total Control Zones* und die *Revolutionary Zone* des politischen Gefangenenlagers Nr. 15 vollständig abgerissen wurden, werden die Einrichtungen der Lager Nr. 14, Nr. 15 (*Total Control Zone*), Nr. 16 und des Strafarbeitslagers für politische Gefangene Nr. 25 noch immer erweitert.

1.1 Die Auflösung des politischen Gefangenenlagers Nr. 22 (2012)

Die *Total Control Zone* im politischen Gefangenenlager Nr. 22 befand sich in Hoeryong, Nord-Hamgyong Provinz (42°32'17.02"N 129°56'2.50"E). In diesem Lager waren schätzungsweise etwa 50.000 Menschen inhaftiert. Im Juni 2012, nachdem Kim Jong-un an die Macht gekommen war, wurde jedoch bestätigt, dass das politische Gefangenenlager Nr. 22 geschlossen wurde.

Abbildung 3, eine Aufnahme von 2010, zeigt Gebäude wie das Hauptquartier, das Krematorium (42°32'17.73"N 129°55'57.25"E) und das unterirdische Gefängnis (42°32'14.26"N 129°56'1.54"E). Diese sind auf einer Aufnahme von 2018 (**Abbildung 4**) nicht mehr zu sehen und wurden demnach vollständig abgerissen. Im unterirdischen Gefängnis wurden politische Gefangene von Sicherheitsbeamt/innen grausam gefoltert. Wenn Gefangene nach brutalen Folterungen verstarben, wurden sie von Sicherheitsbeamt/innen in den „Heizraum" gebracht, der als Krematorium diente („Krematorium" ist kein offizieller Begriff, der in politischen Gefangenenlagern verwendet wird).

74 Ein weiterer Grund, warum das nordkoreanische Regime nicht alle politischen Gefangenen hinrichten kann, ist, dass das Regime nicht mit der Verantwortung für Völkermord umgehen möchte. Kommt es jedoch zu einer Notsituation wie z.B. dem Zusammenbruch des Regimes, ist die Regierung verpflichtet, alle politischen Gefangenen zu erschießen. Nach Ahn Myeong-Chuls Aussage sind die Sicherheitsbeamten der politischen Gefangenenlager für diese Erschießungen verantwortlich. Jeder Sicherheitsbeamte wird einer Wohnanlage innerhalb des Lagers zugewiesen. Nachdem die Zahl der in dieser Anlage untergebrachten Gefangenen ermittelt wurden, werden die politischen Gefangenen von dem jeweiligen Sicherheitsbeamten erschossen. Danach werden alle größeren Gebäude in die Luft gesprengt und alle im Hauptquartier gelagerten Dokumente verbrannt. Ahn sagte aus, dass dieses Verfahren in einem Handbuch festgeschrieben steht.

Abbildung 3. Hauptquartier der Sicherheitsbehörde des politischen Gefangenenlagers Nr.22 (Google Earth, 2010).

Abbildung 4. Hauptquartier der Sicherheitsbehörde des politischen Gefangenenlagers Nr.22 (Google Earth, 2018).

Für das nordkoreanische Regime sind politische Gefangenenlager ein streng gehütetes Geheimnis, das der Außenwelt nicht preisgegeben werden sollte. Insbesondere Krematorium/ „Heizraum“ und Untergrundgefängnis sollten der Außenwelt nicht bekannt sein, da in diesen Einrichtungen unvorstellbare Menschenrechtsverletzungen begangen wurden. Nach der Auflösung des politischen Gefangenenlagers Nr. 22 im Jahr 2012 verlegte die Regierung die politischen Gefangenen von Nr. 22 mit dem Zug in die *Total Control Zones* der politischen Gefangenenlager Nr. 14, Nr. 15 und Nr. 16. Der Zug war das einzige verfügbare Transportmittel, um die Gefangenen in andere bestehende politische Gefangenenlager zu bringen.

1.2 Die Schließung der Revolutionary Zone im politischen Gefangenenlager Nr. 15 (2012)

Das politische Gefangenenlager Nr. 15 befindet sich im Landkreis Yodok, Süd-Hamgyong Provinz. Im Gegensatz zu anderen politischen Gefangenenlagern bestand das Lager Nr. 15 aus zwei Zonen: Der *Total Control Zone* (39°40‘31.44“N 126°51‘3.92“E) und der *Revolutionary Zone* (39°40‘18.95“N 126°50‘0.62“E).

Die meisten Lager für politische Gefangene in Nordkorea haben die Sicherheitsstufe *Total Control Zone*. Es ist für Einzelpersonen oder Regierungsbeamt/innen unmöglich, Zugang zu erhalten. Und für politische Gefangene ist es unmöglich, zu entkommen oder die Einrichtung zu verlassen. Nur Beamt/innen der Farm-Abteilung, die alle politischen Gefangenenlager unter dem Ministerium für Staatssicherheit verwaltet, haben sowohl zu Boden als auch zu Luft Zugang zu den Einrichtungen.[75] Derzeit ist kein Überlebender bekannt, der aus der *Total Control Zone* entkommen ist oder aus ihr entlassen wurde. Die meisten Überlebenden von politischen Gefangenenlagern sind diejenigen, die in der *Revolutionary Zone* inhaftiert und dann entlassen wurden. Folglich kann niemand außer Ahn Myeong-Chul die Existenz der *Total Control Zone* bezeugen.

75 Im März 1993 kündigte Nordkorea seinen Austritt aus dem Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag an und trat in den Kriegszustand ein. Zu dieser Zeit flog Jin-u O, der Minister der Volksarmee, mit einem Hubschrauber über ein politisches Gefangenenlager. Daraufhin schossen die Sicherheitsbehörden des Lagers Nr. 22 mit Maschinengewehren auf den Hubschrauber. In Nordkorea ist der Luftraum über politischen Gefangenenlagern gesperrt. Wenn das Hauptquartier der Sicherheitsbehörde des politischen Gefangenenlagers Flugzeuge entdeckt, die das politische Gefangenenlager überfliegen, ist das Büro verpflichtet, das Flugzeug mit 14,5-mm-Maschinengewehren (ZPU-4) zu beschießen. Der Hubschrauberpilot hatte über Funk dem Hauptquartier Nr. 22 mitgeteilt, dass der Minister im Hubschrauber sitzt und verlangte die Einstellung des Feuers. Er wurde daraufhin vom Hauptquartier aufgefordert, den verbotenen Luftraum sofort zu verlassen. Jin-u O diente als Minister der Volksarmee von 1976 bis zu seinem Tod im Februar 1995. Er gehörte zu Kim Jong-ils Vertrauten.

Anders als in der *Total Control Zone* hatten die Gefangenen in der *Revolutionary Zone* feste Haftzeiten und konnten danach entlassen werden. Ihnen wird auch nicht die Staatsbürgerschaft oder das Wahlrecht entzogen. Die *Revolutionary Zone* im politischen Gefangenenlager Nr. 15 im Bezirk Yodok war die einzige *Revolutionary Zone* in Nordkorea. Während einige argumentieren, dass das politische Gefangenenlager Nr. 18 auch eine *Revolutionary Zone* hatte, ist dies nicht wahr.[76] Bis 1989 wurden in der *Revolutionary Zone* nicht nur politische Gefangene, sondern auch ihre Familienangehörigen auf der Grundlage des Prinzips der Sippenhaft inhaftiert (der Fall Kang Cheol Hwan ist ein repräsentatives Beispiel dafür; er hat seine Lebensgeschichte im Buch „The Aquariums of Pyongyang" veröffentlicht, Anm. d. Übers.). Ab 1989 wurden in der *Revolutionary Zone* jedoch nur noch politische Gefangene inhaftiert.

Es wird geschätzt, dass in Südkorea etwa 20 nordkoreanische Flüchtlinge leben, die aus der *Revolutionary Zone* im politischen Gefangenenlager Nr. 15 entlassen wurden. Die Zeugenaussagen dieser Überlebenden schienen für die nordkoreanische Regierung zu einer Belastung zu werden. Infolgedessen wurde nach der Machtübernahme von Kim Jong-un die *Revolutionary Zone* im politischen Gefangenenlager Nr. 15 im Jahr 2012 geschlossen (siehe **Abbildung 7**). Wenn man sich **Abbildung 6** ansieht, kann geschätzt werden, dass in dieser Zone nicht mehr als 1.000 Menschen inhaftiert waren. Nach der Schließung der *Revolutionary Zone* wurden einige politische Gefangene freigelassen, während andere Gefangene mit Reststrafen in das Strafarbeitslager für politische Gefangene Nr. 25 verlegt wurden. Wie im vorigen Abschnitt beschrieben, handelt es sich bei der *Total Control Zone* und der *Revolutionary Zone* um völlig unterschiedliche Arten von politischen Gefangenenlagern mit völlig unterschiedlichen Sicherheitsniveaus. Die Gefangenen der *Revolutionary Zone* verbüßen eine Haftstrafe von maximal drei Jahren und können nach dieser Zeit in die Gesellschaft zurückkehren.

76 Ahn Myeong-Chul sagte aus, dass das politische Gefangenenlager Nr. 18 seit seiner Gründung unter der Aufsicht des Ministeriums für Volkssicherheit stand. Um 1974 übernahm das Ministerium für Staatssicherheit die Kontrolle über das Lager Nr. 18 und nach 1983 wurde das Lager wieder der Zuständigkeit des Ministeriums für Volkssicherheit unterstellt. 1983 führte die nordkoreanische Regierung eine Hintergrundüberprüfung bei ca. 300.000 politischen Gefangenen durch, wodurch sich die Anzahl der Inhaftierten verringerte. Es war die Entscheidung der Regierung, diese Anzahl zu verringern, die sich auch auf das Lager Nr. 18 bezog. Ahns Aussage zufolge fand Kim Il-sung 1982, während seines 60. Geburtstags, heraus, dass enge Mitarbeiter in politischen Gefangenenlagern inhaftiert waren. Kim Il-sung beschimpfte Kim Jong-il mit den Worten: „Warum hast du mich so viele Feinde haben lassen?" Kim Jong-il schob die Schuld auf Kim Byung-ha, der in verschiedene korrupte Aktivitäten verwickelt war, wie z.B. in den Bau eines Sommerhauses in einem politischen Gefangenenlager. Kim Jong-il beschuldigte Kim Byung-ha der Korruption und der parteifeindlichen Konterrevolution (반당반혁명분자; *bandang-banhyeong-myeong-bunja*) und beseitigte ihn damit. Es ist bekannt, dass Kim Byung-ha nicht hingerichtet wurde, sondern Selbstmord beging. Seit das Ministerium für Volkssicherheit die Kontrolle über das Lager Nr. 18 übernommen hatte, wurden mehrere wichtige Änderungen vorgenommen. So wurden politische Gefangene des Lagers Nr. 18 von der Aberkennung der Staatsbürgerschaft und des Wahlrechts befreit.

Abbildung 5. Szenen aus der *Revolutionary Zone* im politischen Gefangenenlager Nr. 15 (2004). Zu sehen sind Aufnahmen von 2004 aus der *Revolutionary Zone* des politischen Gefangenenlagers Yodok, auch als „Yodok-Gefängnis" bezeichnet. Diese Bilder wurden im Februar 2004 vom japanischen Sender FUJI TV veröffentlicht. In einem Interview mit Ahn Myeong-chul und Kang Cheol Hwan wurde die Authentizität dieser Bilder bestätigt.

Abbildung 6. *Revolutionary Zone* im politischen Gefangenenlager Nr. 15 (Google Earth, 2008).

Abbildung 7. *Revolutionary Zone* im politischen Gefangenenlager Nr. 15 (Google Earth, 2014).

Dagegen ist die *Total Control Zone* im politischen Gefangenenlager Nr. 15 bis heute in Betrieb (siehe **Abbildung 8**). Aufgrund der Auflösung anderer politischer Gefangenenlager durch die Regierung wurde das Gelände des Lagers Nr. 15 bis vor kurzem massiv erweitert. Die Hinrichtung von Jang Song-thaek (in anderer Umschrift auch Jang Song-taek oder Jang Sung-taek; angeheirateter Onkel von Kim Jong-un, Anm. d. Übers.) im Dezember 2013 führte noch einmal zu einer Erweiterung der Einrichtungen im Lager Nr. 15: Die *Total Control Zone* hat derzeit eine Fläche von 600 km^2 und misst 24 km von Nord nach Süd und 25 km von Ost nach West. Es wird geschätzt, dass etwa 50.000 politische Gefangene in dieser Einrichtung inhaftiert sind.

Abbildung 8. ***Total Control Zone*** **im politischen Gefangenenlager Nr. 15 (Google Earth, 2017).**

1.3 Die Erweiterung des politischen Gefangenenlagers Nr. 14 (Anfang der 1990er Jahre bis heute)

Die *Total Control Zone* im politischen Gefangenenlager Nr. 14 befindet sich in Kaechon, Süd-Pyongan Provinz (39°34‘9.63“N 126° 3‘25.94“E). Seit Anfang der 1990er Jahre befinden sich das Lager und seine Einrichtungen immer noch im Ausbau. Diese Veränderungen sind in **Abbildung 9**, **Abbildung 10** und **Abbildung 11** zu sehen. Das politische Gefangenenlager Nr. 14 hat eine Fläche von 252 km² und misst 12 km von Nord nach Süd und 21 km von Ost nach West. In den späten 1980er Jahren ging man davon aus, dass in der *Total Control Zone* des Lagers Nr. 14 maximal 15.000 politische Gefangene inhaftiert waren. Heute wird von etwa 30.000 politischen Gefangenen ausgegangen.[77]

Abbildung 9. *Total Control Zone* im politischen Gefangenenlager Nr. 14 (Google Earth, 2004).

77 In einem Lager für politische Gefangene gibt es verschiedene Einrichtungen, die je nach ihrer Funktion anders aussehen. Ahn Myeong-Chul kennt die innere Struktur und die bestehenden Einrichtungen in diesen Lagern im Detail. Anhand der Unterbringungsstätten für politische Gefangene kann Ahn die Anzahl der Gefangenen in einem Lager schätzen.

Abbildung 10. *Total Control Zone* im politischen Gefangenenlager Nr. 14 (Google Earth, 2018).

Abbildung 11. Hauptquartier der Sicherheitsbehörden der *Total Control Zone* des politischen Gefangenenlagers Nr. 14 (Google Earth, 2019).

1.4 Die Erweiterung des politischen Gefangenenlagers Nr. 16 (Anfang der 1990er Jahre bis heute)

Die Fläche des politischen Gefangenenlagers Nr. 16 beträgt 1.269 km^2, was in etwa der Fläche von Los Angeles entspricht. Damit ist es flächenmäßig das größte politische Gefangenenlager in Nordkorea. Von den 1990er Jahren bis in die letzten Jahre durchlief es auch die größten Erweiterungsmaßnahmen. Das politische Gefangenenlager Nr. 16 befindet sich im Landkreis Hwasong, Nord-Hamgyong Provinz (41°18'54.04"N 129°20'33.89"E). Im Jahr 2004 befanden sich schätzungsweise etwa 30.000 politische Gefangene in der Einrichtung, doch jetzt können in der erweiterten Einrichtung bis zu 50.000 Menschen inhaftiert werden (**Abbildung 12** zeigt die Größe des Lagers im Jahr 2004, **Abbildung 13** zeigt sie im Jahr 2019). Das Gelände wurde erweitert, um weitere politische Gefangene aus geschlossenen Gefangenenlagern aufnehmen zu können. Auch hier führte die Hinrichtung Jang Song-thaeks im Dezember 2013 zu einer massiven Erweiterung.

Abbildung 12. Politisches Gefangenenlager Nr.16 im Jahr 2004 (Google Earth, 2004).

Abbildung 13. Politisches Gefangenenlager Nr.16 im Jahr 2019 (Google Earth, 2019).
Die roten Kreise kennzeichnen neu errichtete Einrichtungen.

1.5 Die Erweiterung des Strafarbeitslagers für politische Gefangene Nr. 25 (2012 bis heute)

Das Strafarbeitslager für politische Gefangene (Correction Labor Camp; 정치범교화소; *Jeongchibeom-Gyohwaso*) Nr. 25 befindet sich in Chongjin, Nord-Hamgyong Provinz (41°50‘1.89“N 129°43‘32.23“E). Schon am Namen kann man erkennen, dass sich dieses Lager von anderen politischen Gefangenenlagern unterscheidet. Im Allgemeinen ist ein politisches Gefangenenlager ein dorfähnliches Gelände mit Unterkünften für politische Gefangene. In einem Strafarbeitslager für politische Gefangene sind die Gefangenen jedoch in Gefängnissen, wie es sie auch in anderen Ländern gibt, inhaftiert.

Darüber hinaus kann das Strafarbeitslager für politische Gefangene Nr. 25 auch nicht unbedingt als *Total Control Zone* eingestuft werden. Die Gefangenen werden nicht wie in den *Total Control Zones* in den politischen Gefangenenlagern Nr. 14, Nr. 15 oder Nr. 16 ohne Gerichtsverfahren inhaftiert. Sie verbüßen eine festgelegte Haftzeit auf der Grundlage ihrer Verurteilung. Doch trotz dieser Regelung werden die Gefangenen von Lager Nr. 25 nach den Haftstrafen von zum Beispiel 10, 15 oder 20 Jahren selten entlassen. Es gibt jedoch einige Fälle, zum Beispiel

Abbildung 14. Strafarbeitslager für politische Gefangene Nr. 25 (Google Earth, 2018).

kam es Mitte der 2000er Jahre zu Entlassungen aus dem Strafarbeitslager Nr. 25.[78]

Darüber hinaus werden in dem Strafarbeitslager Nr. 25 nur politische Gefangene untergebracht und keine Familienangehörigen wie in der *Revolutionary Zone* im Lager Nr. 15. Als die nordkoreanische Regierung beschloss, die *Revolutionary Zone* im Lager Nr. 15 zu schließen, wurden einige der Gefangenen in Lager Nr. 25 verlegt. Derzeit sind schätzungsweise etwa 5.000 politische Gefangene in Lager Nr. 25 inhaftiert.

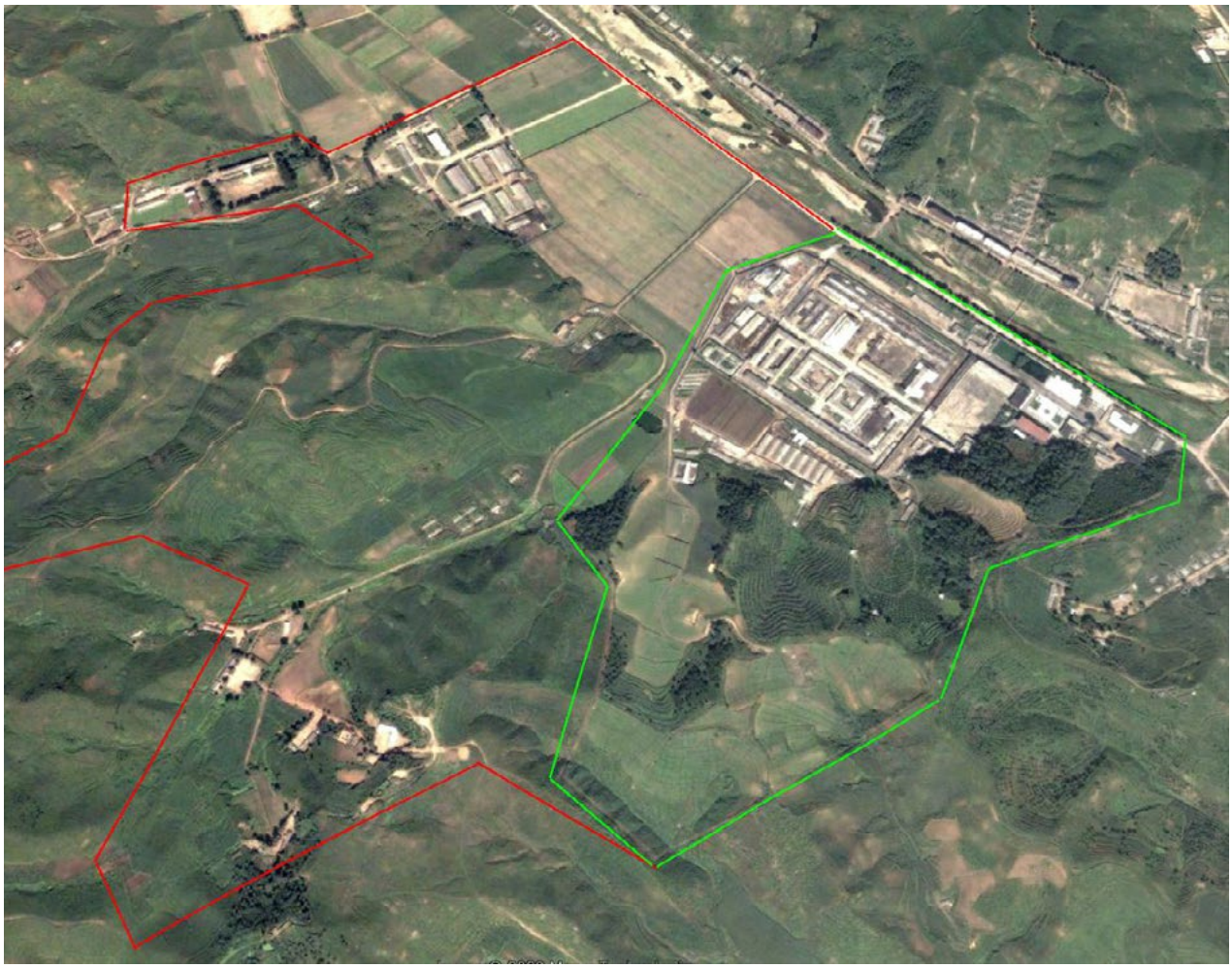


Abbildung 15. Strafarbeitslager für politische Gefangene Nr. 25 (Google Earth, 2006). Seit Februar 2012 befindet sich das Lager Nr. 25 in der Erweiterungsphase. Die grüne Linie markiert das ursprüngliche Gebiet des Lagers vor der Erweiterung, während die rote Linie das erweiterte Lagergelände nach seiner Erweiterung im Jahr 2012 markiert. Im Vergleich dazu zeigt **Abbildung 14** (Google Earth, 2018) eine markantere Linie, die die Grenze des Lagers angibt. Die Grenzlinie, die in **Abbildung 15** zu sehen ist, ist elektrischer Stacheldrahtzaun entlang des Lagergeländes.

78 Person A (aus dem Kreis Onsong der Provinz Nord-Hamgyong), die in den 1990er Jahren nach ihrer Flucht nach Südkorea gelangt war, kehrte Mitte der 2000er Jahre nach Nordkorea zurück. Anschließend wurde sie im Strafarbeitslager für politische Gefangene Nr. 25 inhaftiert und ein Jahr später entlassen. Danach floh Person A erneut nach Südkorea.

1.6 Bewertung der Veränderungen der Menschenrechtssituation in den politischen Gefangenenlagern Nordkoreas nach der Machtübernahme von Kim Jong-un

Nach dem Tod von Kim Jong-il im Dezember 2011 kam sein Sohn Kim Jong-un an die Macht. Die Schließung des politischen Gefangenenlagers Nr. 22 und der *Revolutionary Zone* im Lager Nr. 15 unter der Führung von Kim Jong-un ist eine große Errungenschaft des internationalen Menschenrechtsengagements. Es stimmt, dass Nordkorea nicht alle seine politischen Gefangenenlager aufgelöst hat. Es stimmt auch, dass die Regierung nicht alle Gefangenen dieser demontierten Lager freigelassen hat. Trotz dieser Tatsachen ist die Schließung der politischen Gefangenenlager ein riesiger Fortschritt, der auf die Veränderungen der Menschenrechtssituation in Nordkorea hinweist. Es war Kim Jong-uns Entscheidung, das politische Gefangenenlager Nr. 22 und die *Revolutionary Zone* im Lager Nr. 15 zu schließen. Als Kim Jong-un am 8. Januar 2009 offiziell als Erbe ernannt wurde, waren das Ministerium für Staatssicherheit und die Abteilung für Geheimoperationen des *Reconnaissance General Bureau* (RGB) (정찰총국; *Jeongchal-chong-guk*, Generalbüro für Aufklärung, nordkoreanischer Geheimdienst, Anm. d. Übers.) Kim Jong-un unterstellt. Es wird vermutet, dass Kim Jong-un genauere Kenntnisse über die Lage der politischen Gefangenenlager in Nordkorea erlangt hat, nachdem er die Aufsicht über das Ministerium für Staatssicherheit übernommen hatte.[79]

Es sind jedoch noch weitere Anstrengungen erforderlich, um die Menschenrechtssituation in Nordkorea grundlegend zu verändern. Die Schließung aller noch verbliebenen politischen Gefangenenlager und die Freilassung aller politischen Gefangenen wären ein deutliches Signal für den Fortschritt der Menschenrechtslage in Nordkorea. Das hat die Regierung jedoch nicht getan und man kann auch nicht davon ausgehen, dass sich die Menschenrechtssituation in Nordkorea in naher Zukunft grundlegend verbessern wird. Während das nordkoreanische Regime sowohl das Lager für politische Gefangene Nr. 22 als auch die *Revolutionary Zone* in

79 Ende 2008 wurde Kim Jong-un auf einer Sitzung des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Koreas zum Erben Kim Jong-ils ernannt. An Kim Jong-uns Geburtstag, dem 8. Januar 2009, wurde diese Entscheidung anderen hochrangigen Regierungsbeamten von Ri Je-Kang, dem Direktor der Abteilung für Organisation und Führung, mitgeteilt. Danach veranstalteten das MSS, das MPS und die Koreanische Volksarmee politische Kundgebungen, um Kim Jong-un ihre Loyalität zuzusichern. Es wird angenommen, dass Kim Jong-un bereits vor 2009 begonnen hatte, Kontrolle über die Regierung auszuüben, da sich Kim Jong-ils Gesundheitszustand verschlechtert hatte. Damit Kim Jong-un eine wirksame Kontrolle über alle geheimen Anti-Süd-Divisionen ausüben konnte, organisierte Kim Jong-il diese Divisionen neu und fasste sie unter dem RGB zusammen. Darüber hinaus begann Kim Jong-un um 2009 herum, das MSS zu leiten.

Lager Nr. 15 schloss, wurden die Insassen dieser Lager in andere bestehende Lager für politische Gefangene (Nr. 14, Nr. 15, Nr. 16) oder das Strafarbeitslager für politische Gefangene Nr. 25 verlegt. Darüber hinaus wurden alle Einrichtungen der noch bestehenden Gefangenenlager erweitert, um diese Verlegungen zu ermöglichen. Möglicherweise wurden die Einrichtungen auch erweitert, um neue Gefangene aus den Säuberungsaktionen im Rahmen der Hinrichtung von Jang Song-thaek im Dezember 2013 aufzunehmen. Wie weiter oben beschrieben, ist eines der Merkmale des dynastischen Totalitarismus in Nordkorea die Anwendung extremer Gewalt durch das Regime, das seine Einwohner/innen terrorisiert. Ein Beispiel dafür ist die Anwendung des Prinzips der Sippenhaft. Nach der Exekution von Jang Song-thaek hat Kim Jong-un 400 Menschen hinrichten lassen, die eine persönliche Verbindung zu Jang Song-thaek hatten.[80] Mitarbeiter/innen von Jang Song-thaek und ihre gesamten Familien wurden in Strafarbeitslager für politische Gefangene oder politische Gefangenenlager geschickt. Es wird geschätzt, dass im Rahmen dieser Säuberungsaktion etwa 20.000 Menschen inhaftiert wurden.[81]

Es wird erwartet, dass sich die Menschenrechtssituation in Nordkorea nur dann grundsätzlich ändern kann, wenn das nordkoreanische Regime entweder zusammenbricht oder sein politisches System umgestaltet. Solange das Regime sein politisches System nicht reformiert, wird es auch weiterhin politische Gefangenenlager geben. Es ist jedoch wichtig festzuhalten, dass das internationale Engagement definitiv einen Einfluss auf die Menschenrechtssituation in Nordkorea hat. Obwohl es höchst unwahrscheinlich ist, dass das Regime auch die jetzt noch bestehenden politischen Gefangenenlager auflösen wird, kann es heutzutage – auch aus Kostengründen – keine Masseninhaftierungen von politischen Gefangenen vornehmen. Auch scheint es unmöglich, dass das Regime neue politische Gefangenenlager errichtet.

80 Ra, Jong-Yil. *The Path Taken by Jang Song-thaek: A Rebellious Outsider*. (Seoul, Alma Books, 2016), S.27. (Dr. Ra war 1999 Erster Stellvertretender Direktor des südkoreanischen Nachrichtendienstes NIS und diente 2003 als Nationaler Sicherheitsberater des Präsidialamtes.)

81 Thae, Yong-ho. "The Effect of Jang Song-Thaek's Execution on North Korean Society (A discussion with South Korean human rights activist on 29 January 2017)", Thae Yong Ho's Forum for Unification. https://thaeyongho.com/2017/01/29/장성택숙청사건이-북한사회에-미친-영향/ (abgerufen am 15 April 2019).

2. Änderungen in den Gefängnissen und Haftanstalten in Nordkorea

Dieses Kapitel geht auf die Veränderungen der Menschenrechtssituation in Nordkoreas Gefängnissen und Haftanstalten ein. Daten und Informationen für dieses Kapitel basieren auf UN-Petitionen, die von NK Watch eingereicht wurden, und weiteren Quellen.

2.1 Das Engagement von NK Watch für die Menschenrechte in Nordkorea

The Network for North Korean Democracy and Human Rights (2014 in *NK Watch* umbenannt) wurde im Juni 2003 gegründet. Die Organisation wurde von Überlebenden der politischen Gefangenenlager, darunter Kang Cheol Hwan und Ahn Hyuk, mit dem Ziel gegründet, diese Lager zu beseitigen und die Demokratisierung Nordkoreas zu fördern. Zu der Zeit gab es noch keine persönlichen Netzwerke zwischen nordkoreanischen Flüchtlingen und so schlossen sich einige zusammen und gründeten diese Organisation als Reaktion auf die unklare Position der südkoreanischen Regierung im Kampf für den Schutz der Menschenrechte in Nordkorea (siehe auch **Tabelle 3**).

Für nordkoreanische Flüchtlinge wurde durch das Verhalten der südkoreanischen Regierung die Botschaft vermittelt, dass sie nicht die Absicht habe, sich für die Verbesserung der Menschenrechte in Nordkorea einzusetzen. Das führte allerdings zu vermehrten Gründungen von NGOs in Südkorea, die sich für dieses Ziel einsetzten. *The Network for North Korean Democracy and Human Rights* war eine dieser NGOs. Sie bemühte sich, die Realität über die Zustände in den politischen Gefangenenlagern Nordkoreas aufzudecken, und führte mehrere Kampagnen durch. Im Jahr 2004 veröffentlichte die Organisation ein Buch mit dem Titel „Names Lost to NK Gulags“.[82] Dieses Buch enthielt eine Beschreibung der politischen Gefangenenlager in Nordkorea und persönliche Informationen über 617 Personen, die in politischen Gefangenenlagern in Nordkorea inhaftiert waren. In einer weiteren Publikation im Jahr 2011 wurden von der Organisation persönliche Informationen über 245 Personen, die in der *Revolutionary Zone* im Lager Nr. 15 inhaftiert waren, veröffentlicht.[83]

82 The Network for North Korean Democracy and Human Rights, *Names Lost to NK Gulags* (Seoul: Zeitgeist, 2004).

83 The Network for North Korean Democracy and Human Rights, *245 Prisoners of Political Prison Camps in North Korea: The Revolutionary Zone at Yodok Gwanliso No. 15* (Seoul: The Network for North Korean Democracy and Human Rights, 2011).

Ab 2013 begann *The Network for North Korean Democracy and Human Rights*, alle Menschenrechtsverletzungen in Nordkorea zu sammeln und aufzuzeichnen. Hierzu befragte und interviewte die Organisation nordkoreanische Flüchtlinge, insbesondere diejenigen, deren Rechte in nordkoreanischen Gefängnissen oder Haftanstalten verletzt wurden. Um die verschiedenen Aspekte der Menschenrechtsverletzungen besser verstehen zu können, wurde auch ein ehemaliger Gefängniswärter aus Nordkorea, Ahn Myeong-Chul, Teil der Organisation. Er ist heute der Exekutivdirektor von NK Watch, wie die Organisation seit 2014 heißt.

Mit einer Finanzierung durch den NED konnte NK Watch eine robustere Strategie für die Überwachung und Beobachtung der Menschenrechtslage in Nordkorea entwickeln und seine Interessen vertreten. Die Organisation begann, bei den UN Petitionen einzureichen. Alle Informationen zu den eingereichten Petitionen stützen sich auf Zeugenaussagen von Opfern von Menschenrechtsverletzungen. Insgesamt hat NK Watch zwischen 2013 und 2019 748 Petitionen bei den UN eingereicht (siehe **Tabelle 8** für Details) und führt diese Aktivitäten weiterhin fort.

Die Petitionen wurden von NK Watch an die Sonderberichterstatter/innen zu Folter, zu Gewalt gegen Frauen, zu modernen Formen der Sklaverei, zu den Rechten von Menschen mit Behinderungen und an die Arbeitsgruppen gegen erzwungenes oder unfreiwilliges Verschwinden von Personen und gegen willkürliche Inhaftierung eingereicht.

Tabelle 8. Von NK Watch eingereichte UN-Petitionen.

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	Gesamt
Willkürliche Inhaftierung	38	-	7	27	-	2	1	75
Erzwungenes oder unfreiwilliges Verschwinden von Personen	2	20	58	4	8	2	14	108
Moderne Formen der Sklaverei	-	-	17	-	4	-	-	21
Folter	-	-	18	87	133	119	88	445
Gewalt gegen Frauen	-	-	-	19	38	19	22	98
Menschen mit Behinderungen	-	-	-	1	-	-	-	1
Gesamt	40	20	100	138	183	142	125	748

Mit den Einreichungen im Namen von Opfern von Menschenrechtsverletzungen möchte NK Watch die internationale Gemeinschaft zu den anhaltenden schweren Menschenrechtsverletzungen in Nordkorea informieren und sie auffordern, nach möglichen Lösungen zu suchen, die der Gewalt ein Ende setzen könnten. Im Falle des erzwungenen oder unfreiwilligen Verschwindens hat NK Watch Petitionen im Namen nordkoreanischer Flüchtlingen eingereicht, deren Familie oder Verwandte nach der Verhaftung durch die Ministerien für Staatssicherheit oder Volkssicherheit verschwunden waren. Von den Flüchtlingen erfuhr die Organisation die relevanten Einzelheiten der Fälle und reichte nach einer Übersetzung der Aussagen ins Englische und dem Einholen des Einverständnisses die Petitionen bei den UN ein. NK Watch hielt die Flüchtlinge über den gesamten Prozess hinweg auf dem Laufenden. Bei der Einreichung der Petition bei der Arbeitsgruppe gegen das erzwungene oder unfreiwillige Verschwinden von Personen wurde gebeten, keine persönlichen Daten der Quellen preiszugeben, um ihre Identität und Sicherheit zu schützen. Nach Erhalt der Petitionen werden diese von den Arbeitsgruppen geprüft und dann an den jeweiligen Vertragsstaat – in diesem Fall die DVRK – weitergeleitet. **Abbildung 16** zeigt einen Ausschnitt einer von NK Watch bei den UN eingereichten Petition.

Alle Petitionen wurden zusammen mit dem schriftlichen Einverständnis der Opfer bzw. Quellen bei den jeweiligen Arbeitsgruppen oder Sonderberichterstatter/innen eingereicht. Die jeweiligen Expert/innen überprüften dann den Inhalt der Petition und bestimmten die Glaubwürdigkeit der in der Petition enthaltenen Beweise und Zeugenaussagen. Bei einer positiven Beurteilung der Glaubwürdigkeit wird die Petition an die DVRK zur Beantwortung weitergeleitet. In Fällen von erzwungenem oder unfreiwilligem Verschwinden von Personen ist die Regierung der DVRK verpflichtet, Informationen darüber zu erteilen, ob das Opfer tot oder lebendig ist. Im Allgemeinen antwortet die Regierung der DVRK auf solche Fälle mit den Worten: „Der Fall ist für die DVRK nicht relevant“ und/oder „Solche Mitteilungen sind Teil des stereotypen politischen Komplotts gegen die DVRK, das von feindlichen Kräften verfolgt wird“ (siehe **Abbildungen 17** und **18** für Antworten der DVRK auf die Petitionen). Selten wird von der Regierung der DVRK der Aufenthaltsort eines Opfers preisgegeben. Trotzdem sind diese Einreichungen von entscheidender Bedeutung: Es werden sowohl Informationen über die Opfer zusammengetragen und bei den UN archiviert als auch Druck auf die DVRK ausgeübt, der durch das Bewusstsein der internationalen Gemeinschaft für die Menschenrechtsverletzungen Nordkoreas entsteht. Außerdem zeigen die Antwortschreiben der DVRK, dass das Regime empfindlich auf Kritik an seiner Menschenrechtslage reagiert. Daher wird davon ausgegangen, dass die Einreichung von Petitionen bei den UN weiterhin eine entscheidende Rolle für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte in Nordkorea spielen wird.

WORKING GROUP ON ENFORCED OR INVOLUNTARY DISAPPEARANCES

COMMUNICATION FORM

1. INFORMATION CONCERNING THE DISAPPEARED PERSON

(a) * **Family name(s):** [redacted]

(b) * **Given names(s):** [redacted]

(c) Pseudonyms or other forms besides given name, by which he or she may be known: None

(d) Sex: Female

(e) Occupation/profession: While the victim was living in the DPRK, she was unemployed.

(f) Father's name: [redacted]

Mother's name: [redacted]

(g) Date of birth: [redacted] 1976

(h) Place and country of birth: [redacted], Democratic People's Republic of Korea

(i) Was the person below 18 years-old at the moment of the disappearance? _____ yes / ___v__ no

(j) Identity document (passport, national identity card, voter's card or any other relevant national identity card)

Type: N/A

Number: N/A

Date of issue: N/A

Place and country of issue: N/A

(k) Nationality or nationalities: Democratic People's Republic of Korea

(l) Address of usual residence: [redacted], DPRK

(m) Any other place of residence at the moment of the disappearance:

[redacted], DPRK

(n) Marital status: [redacted]

(o) Indigenous: __ yes / _ v _ no (p) Pregnant: __ yes / _v_ no

Abbildung 16. Beispiel eines Petitionsformulars („Jahresbericht der UN-Petitionen 2019“).

Report on Enforced or Involuntary Disappearances

VI. Information concerning the author of the present report:

Confidential

Date of submission: 1/4/2019

VII. Summary:

Session: 118

INFORMATION FROM SOURCE

Date: 1/4/2019

[redacted]

Transmitted to Government on: 3/6/2019

Transmitted to Source on: 21/6/2019

Session: 119

INFORMATION FROM GOVERNMENT

Date: 18/6/2019

The Government responded that: The communications mentioned in your letter lack basic correctness with unsubstantiated and prejudiced information and thus represent part of the stereotyped anti-DPRK political plots perused by hostile forces who resort to vicious anti-DPRK "human rights" racket using every conceivable means. Therefore the DPRK again categorically rejects the [redacted] cases mentioned in your letter as one of the anti-DPRK scheme for sinister political purposes under the disguise of human rights.

Page 2 of 2

DEMOCRATIC PEOPLE'S REPUBLIC OF KOREA - Case No: 10008925

Abbildung 17. Bericht über das erzwungene oder unfreiwillige Verschwinden von Personen – die Antwort der Regierung der DVRK auf eine von NK Watch eingereichte Petition.

제네바유엔사무국 및
기타 국제기구주재
조선민주주의인민공화국
상설대표부

Permanent Mission of the Democratic People's Republic of Korea to the United Nations Office and Other International Organizations in Geneva

Geneva, 04 June 2019

Dear Mr. Chair-Rapporteur,

I have the honour to refer to your letters Ref No. 2019/DPRK/CASE dated 17 May 2019 and Ref No. 2019/DPRK/CASE/2 dated 21 May 2019.

After having reviewed the summaries of communications attached to your letters we have concluded that the cases of [redacted] and [redacted] have no relevance with the Democratic People's Republic of Korea (DPRK).

As in previous cases, such communications represent part of the stereotyped anti-DPRK political plot by hostile forces that resort to vicious anti-DPRK "human rights" racket using every conceivable means. Therefore the DPRK again categorically rejects the two cases mentioned in your letters as one of the anti-DPRK scheme for political purposes under the disguise of human rights.

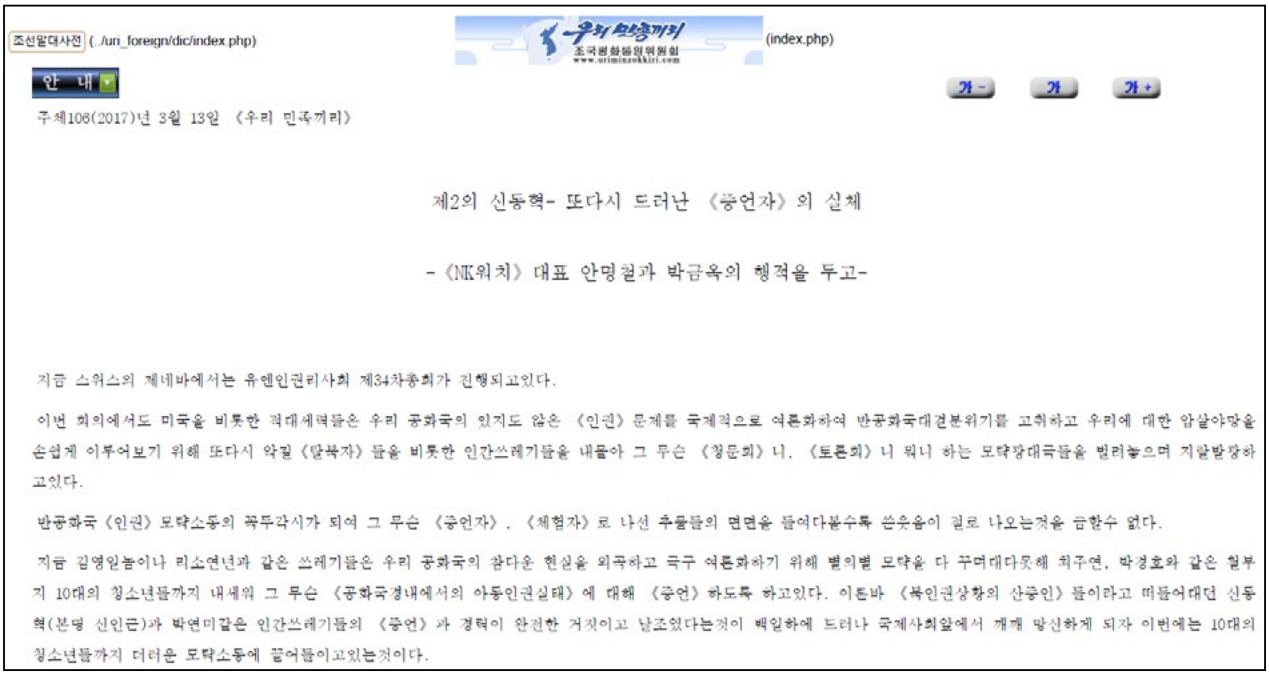
I recommend you to see through the ulterior motive behind such communications and take a fair and critical attitude toward the ill-minded attempts by hostile forces to recklessly link any issues with the DPRK on the basis of false information and conjecture.

Please accept, Mr. Chair-Rapporteur, the assurances of my highest consideration.

Abbildung 18. Bericht über willkürliche Inhaftierung – die Antwort der Regierung der DVRK auf eine von NK Watch eingereichte Petition.

Darüber hinaus hat NK Watch der Untersuchungskommission für Menschenrechte in der DVRK (CoI) ungefähr im August 2013 seine Bilanz der Menschenrechtsverletzungen in Nordkorea mitgeteilt. Die Organisation unterstützte und half der Kommission bei den Untersuchungen im Rahmen der Erstellung des detaillierten Untersuchungsberichts, der im Februar 2014 veröffentlicht wurde. NK Watch nimmt seit März 2015[84] auch jedes Jahr an der Sitzung des UN-Menschenrechtsrats teil, um auf die Menschenrechtssituation in der DVRK aufmerksam zu machen und am interaktiven Dialog teilzunehmen.

Das Engagement von NK Watch für die Menschenrechte in Nordkorea wird durch das nordkoreanische Regime scharf verurteilt. Am 13. März 2017 veröffentlichte *Uriminzokkiri*, ein Online-Medium, das vom *United Front Department* des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Koreas betrieben wird, einen Artikel, der Ahn Myeong-Chul und NK Watch angreift und kritisiert (siehe **Abbildung 19** für einen Ausschnitt).


조선말대사전 (../uri_foreign/dic/index.php)

우리 민족끼리 조국평화통일위원회 www.uriminzokkiri.com (index.php)

안 내

가 - 가 가 +

주체106(2017)년 3월 13일 《우리 민족끼리》

제2의 신동혁- 또다시 드러난 《증언자》의 실체

-《NK워치》 대표 안명철과 박금옥의 행적을 두고-

지금 스위스의 제네바에서는 유엔인권리사회 제34차총회가 진행되고있다.

이번 회의에서도 미국을 비롯한 적대세력들은 우리 공화국의 있지도 않은 《인권》문제를 국제적으로 여론화하여 반공화국대결분위기를 고취하고 우리에 대한 암살야망을 손쉽게 이루어보기 위해 또다시 악질《탈북자》들을 비롯한 인간쓰레기들을 내몰아 그 무슨 《청문회》니, 《토론회》니 뭐니 하는 모략광대극들을 벌리놓으며 지랄발광하고있다.

반공화국《인권》모략소동의 꼭두각시가 되여 그 무슨 《증언자》, 《제협자》로 나선 추물들의 면면을 들여다볼수록 쓴웃음이 절로 나오는것을 금할수 없다.

지금 김영일놈이나 리소연년과 같은 쓰레기들은 우리 공화국의 참다운 현실을 외곡하고 극구 여론화하기 위해 별의별 모략을 다 꾸며대다못해 최주연, 박경호와 같은 철부지 10대의 청소년들까지 내세워 그 무슨 《공화국경내에서의 아동인권실태》에 대해 《증언》하도록 하고있다. 이른바 《북인권상황의 산증인》들이라고 떠들어대던 신동혁(본명 신인근)과 박연미같은 인간쓰레기들의 《증언》과 경력이 완전한 거짓이고 날조였다는것이 백일하에 드러나 국제사회앞에서 개개 망신하게 되자 이번에는 10대의 청소년들까지 더러운 모략소동에 끌어들이고있는것이다.

Abbildung 19. Screenshot des Nachrichtenartikels auf der Website *Uriminzokkiri* mit dem Titel „Der nächste ‚Shin Dong-hyuk' – Die Wahrheit über ‚Zeugen' erneut aufgedeckt. Zu den Berichten von Ahn Myeong-chul, dem Geschäftsführer von NK Watch, und Park Geum-Ok"[85]

Wie bereits erwähnt, prangert das nordkoreanische Regime durch seine Propagandamedien alle Personen und Organisationen an, die kritische Bemerkungen über den obersten Führer und/oder sein Regime gemacht haben. Wenn nötig, verübt das Regime auch Anschläge. So wurde zum Beispiel Kim Chang-Hwan (ein südkoreanischer Missionar, der nordkoreanischen Flüchtlingen in Dandong, China, half) am 21. August 2011 durch eine Vergiftung mit Neostigminbromid ermordet. Park Sang-Hak (ein Menschenrechtsaktivist) war am 16. September 2011 Ziel eines Mordanschlags. Kang Ho-Bin (ein südkoreanischer Pastor und Menschenrechtsaktivist) wurde Anfang 2012 von einer nicht identifizierten Person vergiftet. Sein Leben konnte zwar gerettet werden, aber er starb am 27. Mai 2012 bei einem Autounfall in Yanji, China.

84 NK Watch plante auch die Teilnahme an der 43. Sitzung des UN-Menschenrechtsrats in Genf im März 2020. Aufgrund des COVID-19-Ausbruchs wurden alle ausländischen Teilnehmer/innen jedoch darum gebeten, von einer Teilnahme abzusehen. Dieser Bitte hat NK Watch entsprochen.

85 Quellen: http://kancc.org/bbs/board.php?bo_table=data&wr_id=4390

https://kcnawatch.org/newstream/1529080191-522801025/제2의-신동혁-또다시-드러난-《증언자》의-실체-《nk/

Die Übersetzung des Artikels lautet in etwa wie folgt:

Derzeit hält der UN-Menschenrechtsrat seine 34. Sitzung in Genf ab. Wie immer machen bei der Sitzung feindliche Kräfte, darunter die USA, öffentlich ein Problem aus dem Thema der „Menschenrechten“ in Nordkorea, obwohl es Menschenrechtsverletzungen in Nordkorea überhaupt nicht gibt, um Feindseligkeit und Schuldzuweisungen gegenüber der nordkoreanischen Regierung zu schüren. Um die Regierung weiter unter Druck zu setzen und zu beseitigen, werden „öffentliche Anhörungen“ und „Foren“ veranstaltet, die zwielichtigen Personen, darunter den bösartigen „nordkoreanischen Überläufern“ eine Bühne geben.

Wenn wir diese sogenannten „Zeugen“ und „Opfer“, die in Wirklichkeit Marionetten der gegen die nordkoreanische Regierung geschmiedeten „Menschenrechts“-Verschwörung sind, betrachten und in die schmutzige Wahrheit dieser so genannten „Zeugen“ und „Opfer“ blicken, können wir nur lachen.

Gegenwärtig verdreht dieser Abfall, wie Kim Young-il und Lee So-yeon, die Wahrheit über Nordkorea. Und um es öffentlich zum Thema zu machen, benutzen sie naive Teenager wie Choi Ju-kyung und Park Kyung-ho, um „Zeugnis“ über „Nordkoreas Kinderrechtsprobleme“ abzulegen. Die sogenannten „lebenden Beweise für Nordkoreas Menschenrechtsverletzungen“, darunter „Shin Dong-hyuk“ und „Park Yun-mi“, wurden als Lügner und ihre „Aussagen“ und Erfahrungen als Erfindungen entlarvt. Weil diese Wahrheit vor der internationalen Gemeinschaft aufgedeckt worden war, werden nun Teenager in die schmutzige Verschwörung verwickelt.

2.2 Änderungen der Menschenrechtssituation in nordkoreanischen Haftanstalten

Bei der Durchsicht und Analyse der 748 Petitionen, die zwischen 2013 und 2019 bei den UN eingereicht worden waren, konnte NK Watch einige Veränderungen in den Einstellungen der nordkoreanischen Einwohner/innen und der nordkoreanischen Regierung bezüglich der Menschenrechte feststellen.

Erstens wissen die Einwohner/innen Nordkoreas, dass das Land humanitäre Hilfe von der internationalen Gemeinschaft, insbesondere den UN, erhält. In der Vergangenheit waren die UN bei der nordkoreanischen Bevölkerung praktisch unbekannt. Dass sich das Wissen um humanitäre Hilfe wie Nahrungsmittel oder medizinische Hilfsgüter durch die UN nun in der Bevölkerung verbreitet hat, ist ein enormer Fortschritt.

Ausführliche Interviews von NK Watch mit nordkoreanischen Flüchtlingen zeigen, dass den Nordkoreaner/innen seit Ende der 1990er Jahre (1997-1999) bewusst ist, dass die internationale Gemeinschaft und die UN humanitäre Hilfe bereitstellen. Das war die Zeit der schweren Hungersnot in Nordkorea, im Land auch als „Beschwerlicher Marsch" bezeichnet. Die Menschen wussten, dass das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) und das Rote Kreuz Reis, Medikamente und Säuglingsnahrung geschickt hatten. In nur wenigen Fällen haben Menschen diese Hilfsgüter direkt von der Regierung erhalten, aber einige haben ihren Weg in die lokalen Märkte gefunden. Auch wenn die Nordkoreaner/innen diese Hilfsgüter mit ihrem eigenen Geld kaufen mussten, hatten sie durch die humanitäre Hilfe dennoch Zugang zu qualitativ hochwertiger Medizin. Auch zeigte sich durch die Interviews, dass sich in der nordkoreanischen Bevölkerung dadurch ein positives Bild von der internationalen Gemeinschaft und den UN entwickeln konnte. Die folgenden Auszüge von Aussagen von Opfern, die in Petitionen aufgenommen wurden, geben Beispiele für die Wahrnehmung der UN in der nordkoreanischen Öffentlichkeit (die Angaben in Klammern beziehen sich auf Ort und Zeitpunkt der beschriebenen Situationen).

> *„Während ihrer Zeit in der DVRK hatte sie auf dem Markt von den Vereinten Nationen (UN) gehört. Sie kaufte ein Medikament, und der Verkäufer sagte ihr, dass dieses von den UN komme. Auch ein Geschwisterteil nahm dieses Medikament gegen seine Tuberkulose." (Nord-Hamgyong Provinz, DVRK, 2008)*
>
> *„Während sie in der DVRK lebte, hatte sie von den UN gehört. Nachdem sie (nach einer Flucht nach China, Anm. d. Übers.) in die DVRK zurückgeführt und dort nach einiger Zeit in Haft entlassen worden war, blieb sie eine Zeit lang bei ihrer Schwester*

und fand dort Waren, die von den Vereinten Nationen kamen. Hier fand sie einen Kanister mit Speiseöl, der mit der Abkürzung ‚U.N.' gekennzeichnet war. Darunter stand englischer Text, darüber koreanischer Text. Darüber hinaus wurde dem Opfer mitgeteilt, dass die UN auch Reis und humanitäre Hilfe für die DVRK bereitstellten. Auch davon hat das Opfer mehrmals gehört, während es in China lebte." (Nord-Hamgyong Provinz, DVRK, 2004)

„Im Jahr 2003 wurde beim Sohn des Opfers akuter Durchfall diagnostiziert und er wurde ins Krankenhaus eingeliefert. Die DVRK behauptete zwar, dass sie kostenlose medizinische Dienstleistungen gewährleiste, aber in der Realität mussten die Bewohner/innen die Medikamente oder Injektionen für ihre Behandlung selbst beschaffen. Also ging das Opfer auf den Markt, um ein Medikament für ihren Sohn zu kaufen. Sie fand heraus, dass dieses von UNICEF stamme, einer Organisation, die sich der Hilfe für Kinder widme. Zu der Zeit hörte sie auch von den Vereinten Nationen. Der Preis der Medikamente variierte je nach Quelle, aber die Medikamente von UNICEF und den UN waren sowohl teuer als auch gut." (Nord-Hamgyong Provinz, DVRK, 2003)

Zweitens hat sich die Behandlung von Gefangenen in nordkoreanischen Gefängnissen und Haftanstalten nach und nach verbessert. Die Petitionen zeigen, dass die Haftbedingungen und die Behandlung der Gefangenen in Nordkorea nicht im Einklang mit den Mindestgrundsätzen der Vereinten Nationen für die Behandlung der Gefangenen („Nelson-Mandela-Regeln") stehen. Gegenwärtig wird den Gefangenen regelmäßig der Zugang zu persönlicher Hygiene, Kleidung und Bettzeug, Nahrung und Gesundheitsversorgung verweigert. Außerdem sind sie Zwangsarbeit, Folter und Einzelhaft ausgesetzt. Damit werden die Rechte der Gefangenen in solch einem Ausmaß verletzt, dass Würde und Werte nicht respektiert werden. NK Watch konnte jedoch unter den Zeugenaussagen mehrere Fälle identifizieren, die kleine Verbesserungen in der Behandlung von Gefangenen aufwiesen. Die Opfer bekundeten bessere Haftbedingungen und Behandlung der Gefangenen. Auch die sanitären Bedingungen waren besser im Vergleich zu denen in der Vergangenheit, und Gefangene konnten bei Erkrankungen medizinische Versorgung erhalten. Die Strafen einiger Häftlinge wurden reduziert. Wachen und Sicherheitsbeamt/innen schlugen nicht mehr so rücksichtslos oder brutal zu wie in der Vergangenheit. Den Opfern zufolge wurden diese Veränderungen herbeigeführt, da sich die Regierung und ihre Beamt/innen der Kritik der internationalen Gemeinschaft an den Menschenrechtspraktiken Nordkoreas bewusst waren. Eines der Opfer sagte aus, es habe einen Artikel in der nordkoreanischen Zeitung *Rodong Sinmun*

gesehen, der die internationale Kritik an der Menschenrechtssituation in Nordkorea zurückwies. Der Zeitungsartikel argumentierte, dass die Beschreibung der Menschenrechtsbedingungen in Nordkorea durch die internationale Gemeinschaft nicht mit der Realität übereinstimme. Die kleinen Veränderungen sprechen natürlich nicht für einen grundlegenden Wandel in der Bedeutung der Menschenrechte für das nordkoreanische Regime oder einem Interesse für wesentliche Verbesserungen. Aber sie zeigen, dass selbst Gefangene in diesem verschlossenen Land bemerken, dass das Regime sensibel auf die internationale Kritik reagiert. Auch wenn diese Verbesserungen möglicherweise nur temporär sind, wird deutlich, dass Nordkorea die Kritik der internationalen Gemeinschaft nicht ignoriert. Die Fälle zeigen also, dass sich das internationale Engagement und der Druck positiv auf die Menschenrechtslage in Nordkorea ausgewirkt haben. Die folgenden Auszüge aus Petitionen, die Aussagen von Opfern enthalten, zeigen, wie sehr sich das nordkoreanische Regime und seine Regierungsvertreter/innen der internationalen Gemeinschaft bewusst sind.

> *„Das Opfer hatte den ‚Rodong-Sinmun-Bericht 2018' gesehen, der alle Behauptungen der internationalen Gemeinschaft, Nordkorea sei frei von Menschenrechten, vollständig zurückwies. Nach Angaben des Opfers hat das Regime ständig über Menschenrechte gesprochen. Die Zeitungen berichteten immer wieder darüber, wie gut die Menschenrechtssituation in Nordkorea sei und dass auch die Gefängniswärter/innen auf den Polizeistationen angewiesen würden, die Gefangenen nicht zu schlagen und ihre Menschenrechte zu schützen. Das Opfer wurde auch Zeuge, wie Wärter in einer Haftanstalt miteinander sprachen, dass ‚sie die Gefangenen nicht schlagen sollten, weil die Welt über die Menschenrechtslage in Nordkorea spricht'." (Polizeistation Hyesan, Ryanggang Provinz, DVRK, von 2014 bis 2015)*
>
> *„Das Opfer erinnert sich daran, dass es im Juli 2010 während seines Aufenthalts im Deokwon-Strafarbeitslager erstmals von den UN hörten. Damals gab es unter den Gefangenen das Gerücht, dass die UN die Haftanstalten, Gefängnisse, Umerziehungs- bzw. Strafarbeitslager der DVRK untersuchen würden. Bald darauf kam es zu großen Veränderungen der dortigen Lebensbedingungen. Die Gefangenen wurden mobilisiert das Lager zu reinigen, die Dusch- und Baderäume wurden instandgesetzt und es war warmes Wasser verfügbar, mit dem sich die Gefangenen einmal pro Woche waschen durften. Auch die Verpflegung wurde deutlich verbessert. Alle Verbesserungen scheinen nur aufgrund des Gerüchts der UN-Inspektion implementiert worden zu sein, was zeigt, wie sensibel das Regime*

bei diesem Thema reagiert." (Strafarbeitslager in Deokwon, Wonsan, Kangwon Provinz, DVRK, 2010)

„Sie litt etwa eine Woche lang an Fieber, und obwohl sie sehr krank war, konnte sie sich nicht hinlegen; sie musste sitzen bleiben. Da sie sich in einem sehr schlechten Gesundheitszustand befand, wurde sie in eine Klinik innerhalb der Haftanstalt gebracht, wo sie etwa zwei Tage lang behandelt wurde. Zu diesem Zeitpunkt (2014-2015) waren die Menschenrechtsverletzungen und die Gewalt durch Sicherheitskräfte oder Polizeibeamt/innen Thema in der nordkoreanischen Gesellschaft und einige Beamt/innen wurden entlassen. So glaubte das Opfer, dass es aufgrund dieser Situation eine Behandlung bekam." (Haftanstalt der Sicherheitsbehörde in der Provinz Ryanggang, Hyesan, Ryanggang Provinz, DVRK, 2016)

„Im Februar 2005 hörte das Opfer, dass es ursprünglich in ein politisches Gefangenenlager gehen sollte, aber die Strafe wurde reduziert, so dass es in ein Strafarbeitslager gebracht wurde. Dies geschah, weil die internationale Gemeinschaft viel über Menschenrechte sprach. Das Opfer hörte auch, dass die Gewalt in den Gefängnissen geringer war als in der Vergangenheit." (Sicherheitsbehörde Hoeryong, Nord-Hamgyong Provinz, DVRK, 2005)

Drittens sind Personen im Sicherheits- und Polizeidienst – also diejenigen, die Menschenrechtsverletzungen in nordkoreanischen Haftanstalten begehen – zögerlicher, wenn es darum geht, Gefangene tätlich anzugreifen. Das von der internationalen Gemeinschaft geleistete Engagement hat das Bewusstsein für den Begriff „Menschenrechte" beim Personal der Gefängnisse und Haftanstalten geschärft. Den Petitionen zufolge werden Gefangene weniger rücksichtslos geschlagen oder gefoltert. Einige Agent/innen und Beamt/innen beteiligen sich gar nicht an der unmenschlichen Behandlung und Misshandlung von Gefangenen. Darüber hinaus sagten Opfer aus, dass die nordkoreanische Regierung einige Täter/innen von Menschenrechtsverletzungen bestraft hatte, weil die internationale Gemeinschaft Nordkorea ständig wegen problematischer Menschenrechtspraktiken in Gefängnissen oder Haftanstalten kritisierte. Darüber hinaus erfahren Flüchtlinge auch in China vom internationalen Engagement für die Menschenrechte. Wenn sie dann zwangsweise nach Nordkorea zurückgeschickt und dort inhaftiert werden, sensibilisieren sie andere Gefangene für Menschenrechtsfragen. Es wird deutlich, dass Informationen über das internationale Engagement und die Menschenrechtsverletzungen unter den Einwohner/in-

nen Nordkoreas zirkulieren. Die folgenden Auszüge aus Petitionen von Opferaussagen zeigen das Bewusstsein für die Menschenrechte in Nordkorea.

> *„Nach der Aussage des Opfers ist das Wissen um die Menschenrechtsverletzungen, die vom Regime der DVRK begangen werden, weit verbreitet, ebenso wie das Wissen, dass dies nicht normal und falsch sei; sogar Agent/innen der Sicherheitsbehörden sind sich Institutionen wie der UN bewusst." (Hyesan, Ryanggang Provinz, DVRK, 2015)*
>
> *„Der Begriff ‚Menschenrechtsverletzung' wird auch in Nordkorea verwendet. Die Menschen sagen, dass selbst Richter/innen keine Personen schlagen können, weil sie wegen Menschenrechtsverletzungen belangt werden können. Das Opfer hat auch davon gehört, wie die internationale Gemeinschaft und die UN Nordkorea für seine Menschenrechtsbilanz kritisieren. Dennoch hat das Opfer immer noch das Gefühl, dass Körperverletzung und Folter nach wie vor weitverbreitet sind." (Sicherheitsbehörde Sinuiju, Nord-Pyongan Provinz, DVRK, 8. November bis 1. Dezember 2017)*
>
> *„Die Warnung davor, Zivilist/innen zu schlagen oder ihre Menschenrechte zu missachten, folgte etwa im Jahr 2015 der Kritik der internationalen Gemeinschaft an der Menschenrechtssituation in Nordkorea. Das Opfer war auch Zeuge davon, dass infolgedessen einige Beamt/innen aus ihren Diensten entlassen wurden." (Chongori Strafarbeitslager Nr. 12, Hoeryong, Nord-Hamgyong Provinz, DVRK, 26. Juli 2014 bis Juni 2015)*
>
> *„Im Jahr 2007, als sich das Opfer in China aufhielt, veranstalteten Südkoreaner/innen ein Seminar über Menschenrechtsverletzungen, an dem das Opfer teilnahm. Dort berichtete es auch über seine Erfahrungen mit Haftanstalten in der DVRK." (China, 2007)*

In den Petitionen von NK Watch gibt es nur wenige Informationen darüber, wie sich die Menschenrechtssituation in Nordkorea verändert hat. Das liegt daran, dass sich die Interviews von NK Watch auf die Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen konzentrieren. Zwar werden seit der zweiten Hälfte des Jahres 2019 zusätzliche Fragen zu Veränderungen der Menschenrechts-

lage in Nordkorea gestellt, aber für eine genaue und detaillierte Analyse dieser Angelegenheit gibt es noch nicht genügend Daten. Trotz dieser Einschränkung konnte NK Watch seit der Machtübernahme von Kim Jong-un im Jahr 2012 einige Veränderungen der Menschenrechtssituation in Nordkoreas Haftanstalten und Gefangenenlagern feststellen.

Erstens scheinen sich Richtlinien in Bezug auf die Behandlung von Gefangenen geändert zu haben. Wann diese Änderungen umgesetzt wurden, ist unklar. Aber um das Jahr 2017 oder davor scheint Kim Jong-un einen Befehl zur Verbesserung der Behandlung und Betreuung von Gefangenen erlassen zu haben. Wie bereits in einem vorherigen Kapitel erwähnt, haben die Worte des obersten Führers Vorrang vor der Verfassung und dem nationalen Recht der DVRK. Befehle des obersten Führers sind damit der absolute Maßstab für Regeln in Nordkorea. Von den Opfern, die NK Watch im Jahr 2020 befragte, sagte eines aus, man habe von einem Sicherheitsbeamten gehört, dass eine Weisung von Kim Jong-un erlassen wurde: „Alle Gefangenen sollen Gefängnisse/Haftanstalten lebendig verlassen." Darüber hinaus sagte ein weiteres Opfer aus, dass Kim Jong-un 2017 einen Befehl zur Verhinderung von Folter und körperlicher Misshandlung in Gefängnissen bzw. Haftanstalten erlassen habe. In der Vergangenheit wurden Gefangene während der Verhöre häufig gefoltert und misshandelt und haben keine Notfallbehandlung oder eine angemessene medizinische Behandlung erhalten. Heutzutage scheint es weniger Folter und körperliche Misshandlung von Gefangenen zu geben. Die folgenden Auszüge aus Petitionen, die Aussagen von Opfern enthalten, zeigen Veränderungen in der Behandlung von Gefangenen.

> *„Während meiner Gefangenschaft im Strafarbeitslager Kaechon habe ich Überstunden gemacht, wenn ich mein Arbeitssoll nicht erfüllt habe. Das führte nie zu Schlägen. Ich habe jedoch gehört, dass Agent/innen die Gefangenen früher immer geschlagen haben, wenn sie ihr Soll nicht erfüllt hatten. Es wurde gesagt, dass sich diese Politik geändert hat. Heutzutage informieren politische Beamt/innen die Sicherheitsbeamt/innen von Strafarbeitslagern darüber, dass Todesfälle in den Einrichtungen verhindert werden sollen. Es wurde gesagt, dass diese Entscheidung die Rücksichtnahme des obersten Führers widerspiegelt, wonach die Gefangenen gesund bleiben und sicher zu ihren Familien zurückkehren sollen. Ich habe auch gehört, dass die Strafarbeitslager in der Vergangenheit von Läusen befallen waren. Jetzt können die Gefangenen einmal pro Woche in öffentlichen Badehäusern baden und duschen. Das Lager war frei von Läusen, aber es gab noch eine geringere Anzahl von Flöhen." (Strafvollzugsarbeitslager Kaechon, Süd-Pyongan Provinz, DVRK, von 2013 bis 2017)*

„Am 8. Januar 2018 wurde ich wegen des Versuchs nach Südkorea zu fliehen von den Sicherheitsbehörden in Hyesan verhaftet und inhaftiert. Meine Nichte, die mit mir verhaftet wurde, war schon einmal um das Jahr 2012 zwangsweise nach Nordkorea zurückgeführt worden. Nach Angaben meiner Nichte haben Sicherheitsbeamte die Gefangenen 2012 brutal mit Holzplanken geschlagen. Als wir jedoch 2018 inhaftiert wurden, wurden wir überhaupt nicht geschlagen. Der Sicherheitsbeamte, der mich verhörte, sagte: ‚Sie wären getötet worden, wenn Sie letztes Jahr verhaftet worden wären. Die Politik hat sich durch einen Befehl des obersten Führers geändert. Die Rücksichtnahme der Regierung hat Sie gerettet.' Um zu verhindern, dass Nordkoreaner/innen überlaufen, misshandeln Agent/innen und Beamt/innen die Gefangenen nicht mehr körperlich. Seit 2018 haben sich auch die sanitären Bedingungen verbessert. Die Gefangenen wurden häufig angewiesen, ihre Zelle und ihr Bad zu reinigen. Die Toilettenschüssel wurde mit einem Tuch abgedeckt, um den Geruch abzumildern. Die Gefängniszellen waren nicht mehr von Läusen und Flöhen befallen. Die Zellen wurden tagelang desinfiziert, und es wurde Beifuß zur Reinigung verbrannt. Den Gefangenen wurden Zahnbürsten zur Verfügung gestellt, wenn auch mit abgeschnittenen Griffen. Statt Zahnpasta erhielten die Gefangenen Salze. Der Direktor und der stellvertretende Direktor der Sicherheitsbehörde in Hyesan besuchten die Haftanstalt regelmäßig, um die sanitären Bedingungen und die Raumtemperatur überprüfen. Sie überprüften die Gefangenen auch auf ihren Gesundheitszustand oder Misshandlungen hin. Mir wurde gesagt, dass in der internationalen Gemeinschaft viel über die Menschenrechte in Nordkorea gesprochen wurde." (Haftanstalt der Hyesan Sicherheitsbehörde, Ryanggang Provinz, DVRK, von 2018 bis 2019).

„Bis 2010 wurden Gefangene im Straflager häufig geschlagen. Als ich jedoch im Straflager Pochon-up inhaftiert war, wurde ich nie von Agent/innen geschlagen oder misshandelt. Es hieß, diese Änderung der Behandlung von Gefangenen sei von Kim Jong-un angeordnet worden. Ich bin nicht sicher, ob diese Änderung wegen der ‚Menschenrechte' erfolgte, aber mir wurde gesagt, dass Kim Jong-un diesen Befehl erteilt habe. Als ich in das Lager gebracht wurde, stellte mir ein Sicherheitsbeamter Fragen wie ‚Wurden Sie während der Verhöre von jemandem geschlagen?' Nun haben gewöhnliche Menschen mehr Wissen (zum Beispiel, dass Gefangene in Haftanstalten nicht körperlich misshandelt werden dürfen) als die Strafvollzugs-

> *behörden. Wenn Strafvollzugsbeamt/innen Gefangene in einem Straflager oder einer Haftanstalt schlagen, werden sie bestraft. Häftlinge können die Person auch verklagen, nachdem sie ihre Strafe verbüßt haben. Die meisten dieser Fälle werden jedoch vertuscht. Für die Machtlosen ist es schwierig, jemanden mit Autorität erfolgreich zu verklagen. Wenn ein Fall vor Gericht kommt, werden die Täter/innen, die Gefangene körperlich misshandelt haben, entweder degradiert oder versetzt. Eine Entlassung ist unwahrscheinlich. Es stimmt jedoch, dass die Gefangenen unter der Führung von Kim Jong-un weniger geschlagen werden." (Straflager Pochon-up, Kreis Pochon, Ryanggang Provinz, DVRK, von 2011 bis 2012)*

Zweitens hat sich das Standardverfahren der unbekleideten Leibesvisitation, bei der auch Körperöffnungen durchsucht werden, insbesondere für weibliche Häftlinge geändert. Wenn Nordkoreaner/innen aus China zurückgeführt werden, übergibt der Zoll sie dem Ministerium für Staatssicherheit (MSS). Sicherheitsbeamt/innen des MSS in einer Haftanstalt in Grenznähe führen erste Untersuchungen durch. Die Leibesvisitation ist das erste, was die repatriierten Nordkoreaner/innen bei ihrer Ankunft durchlaufen. In der Vergangenheit wurden diese auch bei weiblichen Gefangenen in der Regel von männlichen Beamten durchgeführt. Diese Prozedur ist insbesondere für weibliche Gefangene extrem demütigend und verletzend. Von immer mehr Flüchtlingen wird berichtet, dass die Leibesvisitationen in letzter Zeit von Sicherheitsbeamtinnen und -agentinnen durchgeführt wurden. In einigen Fällen geschah das auch schon vor der Machtübernahme von Kim Jong-un, aber männliche Agenten waren trotzdem anwesend, um die Prozedur zu beobachten.

Drittens scheinen sich nach Zeugenaussagen, die NK Watch im Jahr 2020 gesammelt hat, die hygienischen und sanitären Bedingungen in den Gefängnissen und Haftanstalten deutlich verbessert zu haben. In den meisten Haftanstalten in Nordkorea herrschten schlechte hygienische Bedingungen. Die Gefängnis- und Haftanstalten waren von Flöhen und Kakerlaken befallen. Das wirkte sich u.a. negativ auf den Schlaf der Gefangenen aus. Zurzeit scheinen sich die Haftanstalten in Nordkorea sehr darum zu bemühen, die sanitären Bedingungen zu verbessern. Einem Opfer zufolge, das in einer Haftanstalt der Sicherheitsbehörde von Hyesan inhaftiert war, befahlen die Beamt/innen den Gefangenen, ihre Zellen zu reinigen. Darüber hinaus scheint sich Nordkorea nun auch um die persönliche Hygiene der Gefangenen zu kümmern. Wie in der obigen Zeugenaussage erwähnt, wurden den Gefangenen auch Zahnbürsten gegeben. In der Vergangenheit wurden den Häftlingen keine Toilettenartikel zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus zeigt der folgende Auszug aus einer Aussage, dass Gefangene duschen und Wäsche waschen konnten. Solche Fälle gab es vor 2010 noch nicht.

> *„Die Gefängniszellen der Haftanstalt in Hyesan waren mit Wasserhähnen und Toiletten ausgestattet. Da die Wasserhähne funktionierten, konnten die Gefangenen Wäsche waschen und duschen. Sie sammelten auch Wasser in Eimern zum Trinken. Die Duschkabinen hatten Trennwände. Dadurch konnten die Gefangenen trotz der installierten Überwachungskameras beim Duschen nicht gesehen werden." (Hyesan Haftanstalt, Ryanggang Provinz, DVRK, 2017)*

3. Nordkoreas eigene Darstellung seiner Menschenrechtssituation

Abgesehen von der Auflösung von politischen Gefangenenlagern und der Verbesserung der Behandlung von Gefangenen hat die nordkoreanische Regierung auch gegenüber der internationalen Gemeinschaft mehrere Beispiele benannt, um die Verbesserung der Menschenrechtslage in Nordkorea nachzuweisen. Auch wenn die Motive der nordkoreanischen Regierung für diese Darstellungen nicht bekannt sind, sind die gezeigten Veränderungen ein Indiz dafür, dass das internationale Engagement für den Schutz der Menschenrechte in Nordkorea Wirkung zeigt.

Erstens hat sich die Beteiligung der nordkoreanischen Regierung am Prozess der *Universal Periodic Review* (UPR) geändert. Der erste UPR-Zyklus begann im April 2008, nachdem 2006 der UN-Menschenrechtsrat geschaffen worden war. Die Verabschiedung der Resolution „Situation der Menschenrechte in der DVRK" durch die UN-Vollversammlung und den UN-Menschenrechtsrat wurde von Nordkorea stets abgelehnt und missbilligt. Auf der anderen Seite scheint sich Nordkorea über den UPR-Prozess nicht zu beklagen, sondern hat bisher an allen UPR-Zyklen teilgenommen, und zwar im Dezember 2009, Mai 2014 und Mai 2019. Darüber hinaus hat die nordkoreanische Regierung für jeden Zyklus einen nationalen Bericht vorgelegt, in dem die gesetzgeberischen und administrativen Maßnahmen des Landes zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte aufgeführt sind.

Tatsächlich leugnen die nordkoreanischen Regierungsvertreter/innen während der UPR-Sitzungen weiterhin alle Anschuldigungen von Menschenrechtsverletzungen, insbesondere die Existenz von politischen Gefangenen und politischen Gefangenenlagern. Trotz dieser Reaktionen hat sich die Reaktion der Regierung auf andere Arten von Menschenrechtsfragen geändert:

1. Nordkorea hat sich bemüht, die UPR-Empfehlungen zur Verbesserung der Rechte von Menschen mit Behinderungen zu übernehmen und umzusetzen. Im Juli 2013 ist Nordkorea dem Internationalen Übereinkommen zum Schutz und zur Förderung der Rechte und der Würde von Menschen mit Behinderungen beigetreten. Die Regierung hat auch Einrichtungen für behinderte

Menschen errichtet und Mitarbeiter/innen der internationalen NGO *Handicap International* (derzeitiger Name: *Humanity & Inclusion*) erlaubt, sich in Pjöngjang aufzuhalten.[86] Darüber hinaus erlaubte die nordkoreanische Regierung dem nordkoreanischen Jugend-Para-Ensemble, am 26. Mai 2017 im Sheldonian Theatre der Universität Oxford aufzutreten. Obwohl dies ein politischer Schritt war, um Bemühungen der Regierung um die Verbesserung der Rechte von Menschen mit Behinderungen vorzugeben, und keine wirkliche Veränderung, zeigt dieses Vorgehen doch, dass die Regierung bestimmte Menschenrechtsfragen angehen würde, um damit nationale Interessen zu verfolgen. Außerdem legte Nordkorea im Dezember 2018 den ersten „Bericht der Demokratischen Volksrepublik Korea über die Umsetzung des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen" dem UN-Menschenrechtsrat vor.

2. Bis vor kurzem hatte die nordkoreanische Regierung noch nie zugegeben, dass es öffentliche Hinrichtungen gibt. Auf der UPR-Sitzung am 9. Mai 2019 sagte die Regierung der DVRK jedoch: „Öffentliche Hinrichtungen finden in Ausnahmefällen statt. Bei Hinrichtungen werden die Meinungen der Opfer und der Bevölkerung berücksichtigt, wenn diese nachdrücklich eine öffentliche Hinrichtung fordern. Und diese Entscheidungen werden unter sorgfältiger Abwägung getroffen." Es war für Nordkorea unvermeidlich, diese Tatsache zuzugeben, weil es zu viele Zeugen gab, die öffentliche Hinrichtung in Nordkorea bezeugen können. Zu häufig hatte die Außenwelt von dieser Praxis Nordkoreas Kenntnis erhalten.[87] Trotz dieser Umstände weist die Tatsache, dass die nordkoreanischen Regierungsvertreter/innen die Behauptungen über die öffentliche Hinrichtung offen zugaben, auf eine Veränderung hin.

3. Nordkorea organisierte eine Arbeitsgruppe, um den nationalen Bericht vorzubereiten und dem Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) vorzulegen.[88] Um am UPR-Prozess teilnehmen zu können, muss ein solcher Bericht vorgelegt werden. Hierfür wurden Personen aus verschiedenen Institutionen, wie dem Außenministerium der DVRK, dem Gesetzgebungskomitee der Obersten Volksversammlung, der Akademie der Sozialwissenschaften der DVRK, dem MSS, dem MPS, dem Obersten Gerichtshof der DVRK und der Obersten Staatsanwaltschaft der DVRK, von der nordkoreanischen Regierung rekrutiert. Mit Ausnahme der

86 Thae Yong-ho, "The Situation of Human Rights in the DPRK and the Future of the DPRK's Human Rights Diplomacy," *Thae Yong-Ho's Forum for Unification* (blog), 9. September 2018, https://thaeyongho.com/2018/10/09/북한인권문제의-현-상황과-향후-북한인권외교-방향/

87 „The DPRK Ambassador. Democratic People's Republic of Korea Review - 33rd Session of Universal Periodic Review.", 9. Mai 2019, *UN Web TV*, Genf, Schweiz.

88 siehe Fußnote 86

Mitarbeiter/innen des Außenministeriums weiß die nordkoreanische Elite in Nordkorea nicht, wie die internationale Gemeinschaft, einschließlich der UN, die Menschenrechtssituation in Nordkorea einschätzt. Doch die Bildung dieser Arbeitsgruppe bot ihnen die Möglichkeit, etwas über das internationale Engagement für Menschenrechte zu erfahren. Dadurch konnten sie auch etwas über die internationalen Gesetzgebungen und Mechanismen in Bezug auf Menschenrechte lernen, insbesondere über das Kernkonzept der Menschenrechte.

Zweitens haben sich die Rechte nordkoreanischer Arbeitsmigrant/innen verbessert. Die nordkoreanische Regierung wies alle Botschaften der DVRK an, die Arbeitsbedingungen und Löhne der Arbeiter/innen regelmäßig zu überprüfen und darüber Bericht zu erstatten. Da sich die nordkoreanische Regierung der internationalen Medienberichterstattung bewusst war, führte sie außerdem Schutzmaßnahmen ein wie das Tragen von Helmen auf Baustellen. Obwohl die Arbeitsmigrant/innen nach wie vor verpflichtet sind, einen Teil ihres Lohnes an die nordkoreanische Regierung zu „spenden", hat sich die Behandlung der Arbeiter/innen verbessert. In der Vergangenheit haben viele nordkoreanische Regierungsbeamt/innen, die zur Überwachung und Verwaltung der Arbeitsmigrant/innen eingesetzt wurden, zusätzliches Geld von ihnen erpresst. Das scheint heute nachgelassen zu haben.[89]

89 siehe Fußnote 87

V

Menschenrechtsstrategien und ihre Auswirkungen

1. Warum sich die Situation der Menschenrechte unter der Führung von Kim Jong-un verbesserte

Insgesamt verbesserte sich die Menschenrechtslage innerhalb Nordkoreas seit Ende der 1980er Jahre, nicht zuletzt durch die investigative Arbeit von Menschenrechtsaktivist/innen. In einem ersten Schritt löste die nordkoreanische Regierung sechs von zwölf Lager für politische Gefangene auf. Um alle Beweise für die Existenz dieser Lager zu vernichten, löste die Regierung diejenigen auf, deren Standorte entweder durch die internationale Gemeinschaft enttarnt worden waren oder die potenzielle Sicherheitsprobleme aufwiesen. Die Rückbauarbeiten an diesen sechs politischen Gefangenenlagern wurden bis Anfang der 1990er Jahre fortgesetzt. Nach wie vor bestreitet die nordkoreanische Regierung konsequent die Existenz politischer Häftlinge und entsprechender Lager in der DVRK.

Zwischen den 1990ern und dem Anfang der 2000er Jahre war dem nordkoreanischen Regime die Kritik der internationalen Gemeinschaft an Nordkorea vollkommen egal. In dieser Zeit durchlebte das Land mehrere drastische innenpolitische Krisen. Die nordkoreanische Führung stand vor einer ernsten Bedrohung, nachdem das Land einen schweren wirtschaftlichen Abschwung erlitten hatte, der massive systemische Probleme des Staatswesens zu Tage brachte. Aufgrund dieser Krise war die Regierung nicht in der Lage, auf Kritik an der Menschenrechtssituation zu reagieren. Ab Mitte der 2000er Jahre jedoch diskutierten die Vereinten Nationen und ihre Mitglieder, wie die EU und die USA, über Nordkoreas Menschenrechte und brachten ihre Besorgnis zum Ausdruck, wodurch sie die nordkoreanische Regierung unter Druck setzten, sich mit ihren problematischen

Menschenrechtspraktiken auseinanderzusetzen. Infolgedessen begann Nordkorea erneut, auf die internationale Menschenrechtskritik zu reagieren.

In den 2000er Jahren stand Nordkorea unter erheblichem Druck der internationalen Gemeinschaft. Nach Angaben von Han Jin-Myeong (ehemaliger Diplomat der DVRK) wies Kim Jong-il Mitte der 2000er Jahre das Außenministerium und alle Botschaften der DVRK an, bei anderen Mitgliedern der UN-Generalversammlung und des Menschenrechtsrats Lobbyarbeit zu leisten. Es war Nordkoreas Versuch, bei der Abstimmung über die Annahme der Resolution zur Menschenrechtslage in der DVRK mehr Gegenstimmen und Enthaltungen zu erreichen. Als Kim Jong-il jedoch im Dezember 2011 verstarb und die UN beschlossen, die Resolution ab 2012 im Konsens zu verabschieden, waren Nordkoreas Lobby-Bemühungen zwecklos.

Nach der Machtübernahme von Kim Jong-un leitete Nordkorea als Reaktion auf die internationale Menschenrechtskritik Maßnahmen zur Verbesserung seiner Menschenrechtssituation ein. Nordkorea schloss zwei weitere Lager für politische Gefangene, verbesserte die Behandlung von Gefangenen in Gefängnissen/Haftanstalten und engagierte sich im UPR-Prozess.

Unter der Führung von Kim Jong-un hat Nordkorea einige Zeichen für eine Verbesserung der Menschenrechtssituation gezeigt. Dieser Wandel ist ein Ergebnis der Bemühungen des internationalen Engagements für Menschenrechte. Dieses Engagement kann in zwei Arten unterteilt werden: Engagement für Rechenschaftspflicht (*Accountability advocacy*: Kim Jong-un für Verbrechen gegen die Menschlichkeit zur Rechenschaft ziehen) und Engagement für Bewusstseinsschaffung (*Awareness Raising advocacy*: Aufklärung von Nordkoreaner/innen über Menschenrechte, Demokratie und Marktwirtschaft). Erstgenanntes wurde von den UN und anderen Regierungen wie z.B. der EU weitgehend unterstützt und umgesetzt, letzteres insbesondere von verschiedenen NGOs und Menschenrechtsaktivist/innen. Mit solchen Bemühungen gelang es der internationalen Gemeinschaft, Druck auf das nordkoreanische Regime auszuüben und die Menschenrechtslage in Nordkorea teilweise zu verbessern.

2. Auswirkungen der Menschenrechtsstrategien

Wenn Nordkorea seine Führung und sein politisches System weiterhin aufrechterhält, wird es fast unmöglich sein, die Menschenrechtssituation in Nordkorea grundlegend zu verbessern. Darüber hinaus kann man derzeit von Nordkorea kaum erwarten, dass es sein System freiwillig reformiert. Folglich sollte die internationale Gemeinschaft die Bemühungen fortsetzen, Kim Jong-un für Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft zu ziehen. Nordkorea ist kein typischer totalitärer Staat. Der oberste Führer Nordkoreas bewahrt und übt absolute Kontrolle über die Partei der Arbeit Koreas, das Kabinett und die Koreanische Volksarmee sowie über das Volk aus. In Nordkorea ist der oberste Führer das nationale Interesse des Landes, und die nationale Sicherheit konzentriert sich auf den Schutz des obersten Führers. Während Nordkorea öffentlich die Sicherheit des Staates und des politischen Systems – die „kollektive Sicherheit" – betont, vertritt es intern die Logik, dass die Existenz der Partei der Arbeit Koreas, des Kabinetts, der Koreanischen Volksarmee und des Volkes gänzlich von der Existenz und der Sicherheit des obersten Führers abhängt.

Darüber hinaus sollte die internationale Gemeinschaft einen Weg finden, um separate Botschaften an nordkoreanische Eliten unterer Hierarchie-Ebenen oder Personen, die beispielsweise im Handel arbeiten, zu richten. Für die internationale Gemeinschaft ist bei der Kontaktaufnahme mit den nordkoreanischen Eliten ein vorsichtiger Ansatz erforderlich. In Nordkorea kann selbst mit einer Machtkoalition aus den wichtigsten Apparaten und Eliten der oberste Führer nicht verdrängt oder gestürzt werden. Trotzdem sind die nordkoreanischen Eliten der Schlüssel zur Verbesserung der Menschenrechtssituation im Land. Mitarbeiter/innen von politischen Polizeibehörden wie dem MSS und dem MPS betrachten sich als Kollaborateure des nordkoreanischen Regimes. Ihnen ist klar, dass sie Menschenrechtsverletzungen begehen. Sie wissen auch, dass sie bestraft werden können, wenn es zu einer Revolution oder einem Führungswechsel kommt. Ein Problem der nordkoreanischen Eliten ist jedoch, dass selbst diejenigen, die im wirtschaftlichen oder kulturellen Bereich tätig sind, sich selbst auch als „Täter/innen von Menschenrechtsverletzungen" ansehen. Auch wenn diese Eliten die Menschenrechte nicht verletzt haben, sind sie der Meinung, dass sie sich durch ihre Arbeit für das Regime und das bessere Leben, das sie führen, Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht haben.

Schließlich ist es wichtig, Nordkorea gegenüber das Konzept der universellen Menschenrechte, das in der internationalen Gemeinschaft weithin akzeptiert ist, immer wieder zu erläutern. Bei der Erörterung von Menschenrechtsverletzungen mit Nordkorea sollte sich die internationale Gemeinschaft auf die grundlegenden Prinzipien der Menschenrechte stützen. Das liegt daran, dass Nordkorea bei internationalen Verhandlungen sein Argument immer mit einer bestimmten

Prämisse oder Bedingung vorgetragen hat, um die von ihm gewünschten Ergebnisse zu erzielen. Diese Prämisse oder Bedingung versucht in der Regel, die Schlüsselwörter in Bezug auf den Verhandlungsgegenstand zu verdrehen. Während es den gleichen Text wie die internationalen Gemeinschaft verwendet, schafft Nordkorea einen Kontext, der seiner Situation Einzigartigkeit verleiht. Zum Beispiel beschreibt Nordkorea sein politisches System als „Sozialismus unseres Stils (Sozialismus nach koreanischer Art)", nicht mit der marxistischen Definition des Sozialismus. Darüber hinaus bezeichnet Nordkorea das Wort „Denuklearisierung" als „Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel" und nicht als „Denuklearisierung der DVRK" (siehe auch Kapitel II).[90] Ebenso definiert Nordkorea sein eigenes Konzept von „Menschenrechten". Dieser Strategie muss sich die internationale Gemeinschaft bewusst sein, wenn sie mit Nordkorea über seine Menschenrechtssituation verhandelt.

90 "It Would Be Better to Search for New Way Rather than Facing Barrier", Korean Central News Agency (Pyongyang), 20. Dez. 2018.

Anhang

Auflistung und Orte der Lager für politische Gefangene in Nordkorea.
Die Informationen basieren auf den Aussagen von Ahn Myeong-Chul.

Name	Typ	Geschätzte Anzahl der Häftlinge	Status	Lage	Koordinaten
Nr. 14	Lager für politische Gefangene *Total Control Zone*	30.000	Aktiv	Kaechon, Provinz Süd-Pyongan	39°34'13.71"N, 126° 3'26.68"E (Hauptquartier der Sicherheitskräfte)
Nr. 15	Lager für politische Gefangene *Total Control Zone*	50.000	Aktiv	Kreis Yodok, Provinz Süd-Hamgyong	39°40‘34.79“N, 126°50‘59.50“E (Hauptquartier der Sicherheitskräfte)
Nr. 16	Lager für politische Gefangene *Total Control Zone*	30.000-50.000	Aktiv	Kreis Myonggan (früher: Hwasong), Provinz Nord-Hamgyong	41°18‘54.04“N, 129°20‘33.89“E (Hauptquartier der Sicherheitskräfte)
Nr. 25	Strafarbeitslager für politische Gefangene	5.000	Aktiv	Chongjin, Provinz Nord-Hamgyong	41°50‘0.75“N, 129°43‘42.74“E (Hauptquartier der Sicherheitskräfte)
Nr. 11	Lager für politische Gefangene *Total Control Zone*	30.000	Inaktiv (seit 1989)	Kreis Kyongsong, Provinz Nord-Hamgyong	41°33‘20.94“N, 129°22‘53.71“E (Hauptquartier der Sicherheitskräfte)
Nr. 12	Lager für politische Gefangene *Total Control Zone*	20.000	Inaktiv (seit Mai 1987)	Changpyong-rodongjagu, Kreis Onsong, Provinz Nord-Hamgyong	42°48‘25.79“N, 129°50‘27.07“E (Hauptquartier der Sicherheitskräfte)
Nr. 13	Lager für politische Gefangene *Total Control Zone*	30.000	Inaktiv (seit 1990)	Chongsong-rodongjagu, Kreis Onsong, Provinz Nord-Hamgyong	42°45‘32.90“N, 129°48‘55.77“E (Hauptquartier der Sicherheitskräfte, in dem auch Gefangene in Verwaltungshaft untergebracht sind)

Nr. 15	Lager für politische Gefangene *Revolutionary Zone*	1.000	Inaktiv (seit 2012)	Kreis Yodok, Provinz Süd-Hamgyong	39°40'18.95"N, 126°50'0.62"E
Nr. 17	Lager für politische Gefangene *Total Control Zone*	Unbekannt	Inaktiv (seit Ende der 1980er)	Tanchon, Provinz Süd-Hamgyong	41°5'39.31"N 128°46'49.35"E[91] (Hauptquartier der Sicherheitskräfte)
Nr. 18	Lager für politische Gefangene *Total Control Zone*	50.000	Inaktiv (seit 2002)	Kreis Pukchang, Provinz Süd-Pyongan	39°33'52.87"N, 126° 4'37.72"E (Hauptquartier der Sicherheitskräfte)
Nr. 22	Lager für politische Gefangene *Total Control Zone*	50.000	Inaktiv (seit Juni 2012)	Hoeryong, Provinz Nord-Hamgyong	42°32'17.02"N, 129°56'2.50"E (Hauptquartier der Sicherheitskräfte)
Nr. 26	Strafarbeitslager für politische Gefangene	10.000	Inaktiv (seit 1991)	Kreis Sungho, Provinz Nord-Hwanghae (früher: Sungho-kuyok in Pjöngjang)	39° 1'55.94"N, 126° 3'14.15"E (Hauptquartier der Sicherheitskräfte)
Nr. 27	Lager für politische Gefangene *Total Control Zone*	Unbekannt	Inaktiv (seit 1990)	Kreis Chonma, Provinz Nord-Pyongan	39°55'59.64"N, 124°50'51.55"E (Hauptquartier der Sicherheitskräfte)
Behinderte Personen	Lager für behinderte Personen	Unbekannt	Unbekannt	Kreis Hwadae, Provinz Nord-Hamgyong	40°45'29.02"N, 129°31'40.51"E

91 Ahn Myeong-Chul verfügt über keine detaillierten Informationen zum Lager Nr. 17. Nach der Auflösung des Lagers wurde das Gelände der Zivilbevölkerung überlassen. Daher können Anzahl der Gefangenen und die Größe des Lagers nicht geschätzt werden.

Literatur

Ahn, Myeong-Chul. *They are crying*. Seoul: Chunjimedia, 1995.

Ahn, Myeong-Chul. *Total Control Zone*. Seoul: Sidaejungshin, 2007.

Amnesty International. *Amnesty International Annual Reports*. 1 October 1981.

An, Myung-Hyuk. "The Perpetrator of Human Rights Violations is the US." *Geunroja*, August 1990.

Asia Watch & Minnesota Lawyers International Human Rights Committee. *North Korean Human Rights*. Seoul: Koryowon, 1990.

Cha, Yong-ae. *The Ideology by the Supreme Leader, Jong-Il Kim*. Pyongyang: Social Science Press, 1996.

Choi, Bong-Dae. *The Study on the Legal Consciousness of North Korean Refugees*. Seoul: Institute for Eastern Studies, 2011.

Fifield, Anna. "He ran North Korea's secret moneymaking operation. Now he lives in Virginia." *The Washington Post*, 13 July 2017, https://www.washingtonpost.com/world/asia_pacific/he-ran-north-korea-as-secret-money-making-operation-now-he-lives-in-virginia/2017/07/12/4cb9a590-6584-11e7-94ab-5b1f0ff459df_story.html?utm_term=.a77d4f7b8f09.

Friedrich, Carl. J. & Brzezinski, Zbigniew K. *Totalitarian Dictatorship & Autocracy*. 2nd ed., New York: Frederick A. Praeger, 1965.

Giddens, Anthony. "Modernity, Totalitarianism and Critical Theory," in *The Nation-State and Violence: Volume Two of a Contemporary Critique of Historical Materialism*. University of California Press, 1985.

Hwang, Jang-yop. *I witnessed the truth of history*. Seoul: Hanul, 1999.

Hyun, Seong-Il. *North Korea's National Strategy and Power Elites*. Seoul: Sunin, 2007.

Jong, Kyong Sop. *The Rebound Effect of Human Rights Advocacy by Imperialists*. Pyongyang: Choson Rodongdang Press, 1992.

Kim, Dukhong. *Suryong Absolutism and North Korean studies. Vol. 1*, unpublished book.

Kim, Hyeryeon & Kim, Sungho. *About Human Rights*. Pyongyang: Pyongyang Press, 2017.

Kim, Yong Sam. "The Inside Story of In-vivo Studies and Secret Execution on Pregnant Women." *Monthly Chosun Magazine*, Vol. 3, 1995.

Korea Association for Human Rights Studies, *Report on Human rights Situation in DPRK*. Pyongyang, 2014.

Korean Central News Agency. "Testimony of Two Fugitives at the US Senate Committee on Foreign Relations (Editorials)." Pyongyang, 5 May 1999.

Korean Central News Agency. "U.S. not qualified to talk about human rights." Pyongyang, 3 April 2003.

Korean Central News Agency. "KCNA refutes U.S. Congress anti-DPRK 'resolution'." Pyongyang, 25 May 2003.

Korean Central News Agency. "The Statement of the Press Secretary of the Ministry of Foreign Affairs of the DPRK – If Human Rights Issue is Misused to Abuse the Nation, We would Take Decisive Steps to Counter." Pyongyang, 20 April 2005.

Korean Central News Agency. "The Statement of the Press Secretary of the Ministry of Foreign Affairs of the DPRK – Denunciation of 'the Resolution on the Situation of Human Rights in North Korea' as Non-Statutory Document." Pyongyang, 21 November 2005.

Korean Central News Agency. "Who is the 'Resolution on the Situation of Human Rights in North Korea' for (Editorials)." Pyongyang, 22 November 2005.

Korean Central News Agency. "The Denunciation of 'the Resolution on the Situation of Human Rights in North Korea', the Press Briefing of the DPRK Ambassador to the UN." Pyongyang, 27 December 2005.

Korean Central News Agency. "The Press Secretary of the Ministry of Foreign Affairs of the DPRK, 'The Resolution' of the UN Human Rights Council is a document aiming for political mudslinging." Pyongyang, 29 March 2008.

Korean Central News Agency. "We will End All Political Mudslinging Campaigns by Crazy, Political Imposters (Editorials)." Pyongyang, 22 April 2014.

Korean Central News Agency. "U.S., Western Countries Are to Blame for World's Biggest Refugee Crisis: DPRK Human Rights Institute." Pyongyang, 17 June 2017.

Korean Central News Agency. "It Would Be Better to Search for New Way Rather than Facing Barrier." Pyongyang, 20. Dez. 2018.

Kwak, Myeong-Il. *A Study on the Change of relations between People's Safety Agents and Residents in North Korea*. University of North Korean Studies, PhD dissertation, 2016.

Lee, KwanHyung. "A Study on North Korean Spies: Interviews with Former Elite Secret Agents of North Korea." *Korean Journal of Military Art and Science. Vol. 76, No. 1*, 2020.

Lim, Jae-Cheon. *Kim Jong Il's Leadership of North Korea*. London: Routledge, 2009.

Oh, Hang Kyun. *A research on the command system of North Korean Armed Forces in Kim Jong Il regime*. University of North Korean Studies, PhD dissertation, 2012.

Park, Hyeong Jung et al. "The Dynamics of the Competition for Power and Interest under Suryong Dictatorship and the Purge of Jang Sung-taek." *North Korean Studies Review, Vol. 18, No. 1*, 2014, pp. 1-27.

Park, Young-Ja et al. *North Korea's State Apparatus and Stateness in the Kim Jong Un Era*. Seoul: Korea Institute for National Unification, 2018.

Ra, Jong-Yil. *The Path Taken by Jang Song-thaek: A Rebellious Outsider.* Seoul: Alma Books, 2016.

Rodong Sinmun. "Advocating for Real Human Rights." Pyongyang, 24 June 1995.

Rodong Sinmun. "(Editorial) Our Party publications are a powerful weapon to keep socialist ideology strong." Pyongyang, 1 November 1995.

Rodong Simun. “The Party’s publication is a Weapon to protect and strengthen the country’s socialist ideology (Editorials).” Pyongyang, 1 November 1995.

Shaw, William. *Human Rights in Korea: Historical and Policy Perspectives*. East Asian Legal Studies Program of the Harvard Law School and Council on East Asian Studies / Harvard University, 1991.

Thae, Yong-ho. “The Effect of Jang Song-Thaek’s Execution on North Korean Society (A discussion with South Korean human rights activist on 29 January 2017).” Thae Yong Ho’s Forum for Unification. https://thaeyongho.com/2017/01/29/장성택숙청사건이-북한사회에-미친-영향/ (accessed 15 April 2019).

Thae, Yong-ho. “The Situation of Human Rights in the DPRK and the Future of the DPRK’s Human Rights Diplomacy.” Thae Yong-Ho’s Forum for Unification (blog), 9 September 2018. https://thaeyongho.com/2018/10/09/북한인권문제의-현-상황과-향후-북한인권외교-방향/.

The Network for North Korean Democracy and Human Rights. *Names Lost to NK Gulags*. Seoul: Zeitgeist, 2004.

The Network for North Korean Democracy and Human Rights. *245 Prisoners of Political Prison Camps in North Korea: The Revolutionary Zone at Yodok Gwanliso No. 15*. Seoul: The Network for North Korean Democracy and Human Rights, 2011.

The US Department of State. *Country Reports on Human Rights Practices for 1979*. Washington D.C.: The US Department of State, 1980.

The US Department of State. *Country Reports on Human Rights Practices for 1989*. Washington D.C.: The US Department of State, 1990.

The US Department of State. *The Budget in Brief – Fiscal Year 2005*. Washington D.C.: The US Department of State, 2005.

The US Department of State (Bureau of Democracy, Human Rights, and Labor). „Prisons of North Korea“ (FACT SHEET), https://www.state.gov/prisons-of-north-korea/.

United Nations. “Democratic People’s Republic of Korea Review - 33rd Session of Universal Periodic Review.” UN Web TV, 9 May 2019, http://webtv.un.org/search/democratic-people%E2%80%99s-republic-of-korea-review-33rd-session-of-universal-periodic-review/6034759611001/?term=Korea&sort=date&page=13.

United Nations. “The DPRK Ambassador. Democratic People’s Republic of Korea Review - 33rd Session of Universal Periodic Review.” UN Web TV, 9 May 2019, http://webtv.un.org/search/democratic-people%E2%80%99s-republic-of-korea-review-33rd-session-of-universal-periodic-review/6034759611001/?term=Korea&sort=date&page=13.

First published by **NK Watch**
Address #503, 38 Sejong-daero 14-gil, Jung-gu, Seoul, ROK (04526)
Telephone +82-2-6413-8220 Fax +82-2-6413-2222
Homepage (Kor) www.nkwatch.org (Eng) www.nkwatch.org/en
Facebook (Kor) www.facebook.com/nkwatch2003 (Eng) www.facebook.com/nkgulag
E-mail info@nkwatch.org / nkgulag@gmail.com

ISBN **979-11-970711-0-2 [93340]**

NK Watch aims to help
end the human rights violations and
restore the rights and freedoms of
the people in North Korea.

Address #503, 38 Sejong-daero 14-gil, Jung-gu, Seoul, ROK (04526)
Tel +82-2-6413-8220
Fax +82-2-6413-2222
Homepage (Kor) www.nkwatch.org (Eng) www.nkwatch.org/en